



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„*Securitization* des Klimawandels in Österreich?
Eine Analyse von Sicherheitsdiskursen in politischen
Dokumenten“

verfasst von / submitted by

Sonja Steinbauer, BA BA BA MA MA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2020 / Vienna, 2020

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

066 905

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Soziologie

Betreut von / Supervisor

Assoz. Prof. Mag. Dr. Maximilian Fochler

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	5
2. Der Klimawandel als Risiko – eine Schnittstelle zwischen Politik, Wissenschaft, Zukunftsidealen und der öffentlichen Darstellung	12
2.1. Risikogesellschaft	15
2.1.1. Risikomanagement	16
2.2. Politik und Klima – Wer entscheidet und was ist legitim?	20
2.3. Wissenschaft und die Konstruktion von Wissen über den Klimawandel	25
2.3.1. Der IPCC	27
2.3.2. Modelle und der Klimawandel	31
2.4. Zukunft und Zukunftsvorstellungen	33
2.5. Die (mediale) Darstellung des Klimawandels: Images und Frames	36
2.5.1. Frames und Images	37
2.5.2. Die Darstellung des Klimawandels	39
2.5.2.1. Klimawandel-Images	41
2.5.2.2. Rahmung von Klimawandeldarstellungen	44
3. Sicherheit, <i>Securitization</i> und der Klimawandel als Risiko	47
3.1. Klimasicherheit	48
3.1.1. Sicherheit und der Klimawandel als Risiko	50
3.1.2. Sicherheit und Wissen(schaft)	51
3.1.3. Sicherheit und Politik	54
3.2. <i>Securitization</i>	58

3.2.1. <i>Securitization</i> und die <i>Copenhagen School</i>	59
3.2.2. <i>Securitization</i> des Klimawandels	62
3.2.3. Beispiele für <i>Securitization</i> des Klimawandels	66
4. Der österreichische Klimawandeldiskurs von 2017-2020	72
4.1. Methodik	73
4.1.1. Methodik – Materialauswahl	73
4.1.2. Methodik – <i>Securitization</i>	75
4.1.3. Methodik – Diskursanalyse nach Jäger und Link	76
4.2. Analyse des österreichischen Klimawandeldiskurses: Zielsetzung und diskursiver Hintergrund	81
4.2.1. Allgemeine Tendenzen des österreichischen Klimawandeldiskurses – Emissionsreduktion	83
4.2.2. Der Klimawandel als unausweichliche Tatsache und Risiko	84
4.2.3. Der Klimawandel als Belang nationaler Sicherheit	87
4.2.4. Der Klimawandel als Belang internationaler Sicherheit	90
4.2.5. Die Frage nach der Handlungsverantwortung	93
4.2.6. Diskussion der Ergebnisse – <i>Securitization</i> des Klimawandels und die Frage nach der Handlungsverantwortung	96
5. Conclusio	105
6. Annex	109
7. Quellenverzeichnis	110
8. Anhang	119
8.1. Zusammenfassung	119
8.2. Abstract	120

1. Einleitung

Vor allem in den letzten Jahren ist Klimawandel in vielen Ländern ein immer wieder diskutiertes, politisches Thema (Chmutina et al., 2018: 460; Hayes and Knox-Hayes, 2014: 82; Schäfer et al., 2016: 76–77). Dies wurde international seit 2007 vermehrt deutlich (Bo, 2016: 94; Brzoska, 2009: 137; Chmutina et al., 2018: 462; Scott, 2012: 220). Gleichzeitig stieg auch die allgemeine Aufmerksamkeit für das Thema Klimawandel im Jahr 2007 rasant an. Auslöser hierfür war die Vergabe des Friedensnobelpreises an Al Gore und den IPCC (*Intergovernmental Panel on Climate Change*) (Rothe, 2016: 1).

Dem Thema Klimawandel wird auch in Österreich viel Aufmerksamkeit geschenkt. Dies wird unter anderem durch mediale Berichte wie Zeitungsartikel (CCCA, n.d.) oder Veröffentlichungen des Umweltbundesamtes, beispielsweise den österreichischen Klimaschutzberichten (Umweltbundesamt, 2017, 2018, 2019, 2020), deutlich. Daraus ergibt sich die Forschungsfrage, wie der derzeitige österreichische Klimawandeldiskurs geführt wird und welche Besonderheiten und Implikationen diesem eingeschrieben sind.

Aus einer soziologischen Perspektive ist besonders relevant, wie der Klimawandel gesellschaftlich dargestellt und wahrgenommen wird. Welche Annahmen es in Bezug auf bestimmte Themen gibt, beeinflusst die darauffolgenden Handlungen. So gibt ein Verständnis des Klimawandeldiskurses mitunter Aufschluss darüber, welche Maßnahmen getroffen werden oder eben nicht.

Von Bedeutung ist das Hinterfragen sozialer Prozesse und gesellschaftlicher Vorgänge in einem konkreten historischen und lokalen Kontext. Schwerpunkt in dieser Arbeit ist der Klimawandeldiskurs in Österreich. Das Ziel dabei ist es, herauszufinden, welche Tendenzen im österreichischen Klimawandeldiskursen eine Rolle spielen. Darüber hinaus ist von Bedeutung, welche(s) Gesellschaftsbild(er) dabei vordergründig sind. So wird bereits zu Beginn dieser Arbeit das Konzept der Risikogesellschaft von Ulrich Beck zentral.

Der Klimawandel wird nach Meinung vieler Autor_innen als Risiko begriffen (McDonald 2013: 42). Im Besonderen wird Klimawandel in Verbindung mit Risikoreduktion bzw. der Herstellung von Sicherheit thematisiert (Chmutina/Fussey/Dainty/Bosher 2018: 460, Warner/Boas 2017: 207). Daraus folgt die Bestrebung, Sicherheit herzustellen. In

diesem Sinne ist es Ziel dieser Arbeit, einen Einblick in potentiell daraus folgende Sicherheitsdiskurse zu geben. Hierbei handelt es sich um ein aktuelles Themenfeld, welches im Blickpunkt wissenschaftlicher Diskurse steht.

Sicherheitsdiskurse in Verbindung mit Klimawandel zu verstehen, hat enorme Auswirkungen darauf, Klimawandel-Politiken zu begreifen (Hayes and Knox-Hayes, 2014: 82). Indem gewisse Bereiche als politische, ökonomische oder wirtschaftliche Bedrohungen verstanden werden, erhöht dies das Bewusstsein und die Dringlichkeit zu handeln (Bo, 2016: 98). Das hat allerdings auch Auswirkungen darauf, welche Implikationen gewisse Themen mit sich bringen und wie diese gehandhabt werden (Warner and Boas, 2017: 203). Die Relevanz dieser Thematik liegt sowohl in der Wichtigkeit von Nachhaltigkeit in verschiedenen Bereichen im Sinne einer funktionalen Zukunft als auch dem Interesse für politischen Entscheidungsträger_innen begründet (Spaargaren, 2011: 813). Ähnliches gilt auch für diese Masterarbeit. Eine genauere Betrachtung, wie Klimawandel medial und politisch dargestellt wird, kann einen Beitrag zum Verständnis daraus hervorgehender Handlungsstrategien leisten. In dieser Arbeit wird diesem Anspruch vor allem in Bezug auf die Begriffe Risiko und Sicherheit Rechnung getragen. Dabei ist vor allem die Frage zentral, ob im österreichischen Klimawandeldiskurs *Securitization*¹ eine Rolle spielt. Darüber hinaus hat sich im Zuge der Arbeit herauskristallisiert, dass noch eine weitere Frage relevant ist. Dabei wird beleuchtet, wem die Handlungsverantwortung im österreichischen Klimawandeldiskurs zugeschrieben wird.

Es ist aus mehreren Gründen relevant, sich aus einer soziologischen Perspektive mit dem Klimawandel auseinanderzusetzen. Derartige Debatten zu begreifen, hat enorme Auswirkungen darauf, damit einhergehende Politik zu verstehen (Hayes/Knox-Hayes 2014: 82). Darüber hinaus ist es wichtig, herauszuarbeiten, wieso bestimmte Diskurse unter gewissen lokalen und temporären Umständen entstehen und welche Ziele die handelnden Akteur_innen damit verfolgen. In einem weiteren Kontext gesehen, tradieren (Sicherheits)Diskurse auch Handlungszuschreibungen und vorherrschende Gesellschaftsbilder (wie jenes der Risikogesellschaft). Diese offenzulegen ist besonders aus einer sozialwissenschaftlichen bzw. soziologischen Perspektive

¹ *Securitization* ist der Fachbegriff, um zu beschreiben, dass jemand oder etwas als Sicherheitsrisiko eingestuft wird und dementsprechend in der Öffentlichkeit damit umgegangen wird. Dieser Ausdruck wird im weiteren Verlauf der Arbeit noch genauer beschrieben.

relevant. So wird dadurch mitunter deutlich, wieso bestimmte politische Entscheidungen getroffen wurden und welche Maßnahmen für angebracht erachtet werden, um auf die jeweilige Situation zu reagieren.

Securitization in Verbindung mit dem Klimawandel wird vor allem von Seiten der Wissenschafts- und Technikforschung behandelt. Darin werden sowohl Umwelt- als auch Sicherheitsprobleme aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive aufgegriffen (Felt/Fouché/Miller/Smith-Doerr 2017: 24). Hierbei handelt es sich um ein interdisziplinäres Forschungsfeld, in welchem Institutionen, Praktiken, Bedeutungen und Auswirkungen von Wissenschaft und Technik in ihren multiplen Beziehungen zu bestimmten Gesellschaften, Personen und deren Werten genauer beleuchtet werden (Felt/Fouché/Miller/Smith-Doerr 2017: 1).

Auch innerhalb der Fachrichtung *Science and Technology Studies* hat die Beschäftigung mit Umweltthemen in den letzten Jahren (seit Beginn des 21. Jahrhunderts) immer weiter zugenommen (Yearly, 2008: 921, 939). Besondere Aufmerksamkeit kam dabei auch dem menschlich induzierten Klimawandel zu (Yearly, 2008: 922). Wieso es wichtig ist, diese Thematik aus einer STS-Perspektive zu nähern, wird in diesem Zitat genauer hervorgehoben:

„STS extends this work uniquely by focusing on how scientific knowledge reflects social influences and institutional choices, how the social shaping of knowledge in turn impacts how problems are known and which solutions are proposed and adopted, and how knowledge production and policy making can make these influences more transparent and governable. Understanding these influences on scientific knowledge – and science’s corollary role in shaping social and policy outcomes – allows a better awareness of the nature of risks posed by global environmental change and encourages more flexible, more inclusive and, arguably, more effective approaches to policy making.“ (Beck et al., 2017: 1060)

Wissenschaft und Technik rahmen, wie Menschen sich ihre Lebenswelten vorstellen, zusammensetzen und ordnen (Felt et al., 2017: 2). Aus diesem Grund sind auch im Folgenden Einsichten aus den *Science and Technology Studies* in Verbindung mit dem (österreichischen) Klimawandeldiskurs zentral.

Im Allgemeinen wird Klimawandel als Risiko wahrgenommen (Dalby, 2015: 83). Einige theoretische Überlegungen hierzu stehen im Fokus des nächsten Kapitels. Im Zuge dessen wird die Frage thematisiert, wie mit dieser Bedrohung umgegangen wird. Hierfür spielen die Überlegungen Becks (2015) zur Risikogesellschaft eine Rolle. Darüber hinaus ist zentral, in welchen Bereichen mit der Bedrohung Klimawandel umgegangen wird und wem die Handlungsverantwortung hierfür zugeschrieben wird.

Ein entscheidendes Feld ist die Politik. So wird oft der Staat verantwortlich gemacht, mit Risiko und damit auch mit der Bedrohung Klimawandel umzugehen (Bulkeley, 2005: 878). Allerdings müssen auch Entscheidungsträger_innen ihre Handlungen legitimieren. Dies geschieht häufig auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse (Adam, 1998: 104). Ein weiteres relevantes Feld in Bezug auf den Umgang mit Risiko ist demnach die Wissenschaft.

Was wissenschaftliche Akteur_innen betrifft, kommt dem IPCC besondere Aufmerksamkeit zu. Das ist der Tatsache geschuldet, dass die Messung und Darstellung von Klimawandel großteils auf die generelle Methodologie desselben zurückgeht (Dahan, 2010: 283). Damit ist der IPCC die Basis für Risikomanagement und politische Entscheidungen (Demeritt, 2001: 325). Aus diesem Grund werden der IPCC und die von ihm generierten Modelle im zweiten Kapitel dieser Arbeit beleuchtet.

Bei einer genaueren Betrachtung von Klimawandeldarstellungen sticht heraus, dass nicht nur der derzeitige Status quo, sondern auch potentielle, zukünftige Auswirkungen gezeigt werden (Gramelsberger, 2012: 533). Das ist relevant, da sich das Wort Risiko selbst auf noch nicht eingetretene, mögliche Katastrophen bezieht. In diesem Sinne gestalten die gegenwärtigen Vorstellungen über den Klimawandel zukünftige Ereignisse (Konrad et al., 2017: 473, 478). So wird in dieser Arbeit auch die Beziehung zwischen dem Klimawandel und bestimmten Zukunftsvisionen thematisiert.

Welche Vorstellungen es zu bestimmten Themen wie dem Klimawandel gibt, wird medial kommuniziert. Medien sind die Hauptquelle des allgemeinen Klimawandelverständnisses (Grittmann, 2014: 132). Das ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass es sich hier um ein schwer zu fassendes Phänomen handelt, das erst mittels Beschreibung und Darstellung sichtbar gemacht werden kann (vor allem für eine breitere Öffentlichkeit) (Schneider and Nocke, 2014: 12). Als solches ist relevant, welche Images und Frames zu diesem Thema kursieren. Der erste Begriff (Image) bezieht sich auf die über den Klimawandel vermittelten Bilder. Dies ist sowohl im eigentlichen Sinne (z.B. grafische Darstellungen oder Fotografien) als auch im übertragenen Sinne (z.B. sprachliche Beschreibungen, die das unsichtbare Phänomen Klimawandel fassbar machen sollen) zu verstehen (Schneider and Nocke, 2014: 10). Zusätzlich ist die Rahmung von Klimawandeldarstellungen von Bedeutung. Diese wird unter dem Schlagwort Framing behandelt. Im Allgemeinen bedeutet dieser Begriff, dass die Aufmerksamkeit auf eine oder mehrere Dimensionen eines Berichts oder

einer Debatte gelegt wird (Jones and Song, 2014: 447). Auch die Begriffe Frame und Risiko haben eine enge Verbindung zum Begriff Risiko. Dieser Sachverhalt wird gegen Ende des nächsten Kapitels thematisiert. Ziel des gesamten Abschnittes ist es, die Beziehung zwischen Risiko und Klimawandel auf verschiedenen Ebenen (Politik, Wissenschaft, Zukunftsvorstellungen und Medien) hervorzuheben.

Darauf aufbauend ist der Begriff Sicherheit vordergründig, denn auf Risiko folgt der Wunsch nach Sicherheit. Das eingeschriebene Ziel dabei ist, Bedrohungen beherrschbar zu machen (Fortun et al., 2017: 1003). Dieses Thema wird in Kapitel 3 umrissen.

Seit 2007 zeichnen sich in vielen Ländern Bestrebungen ab, Klimawandel in Verbindung mit einem Sicherheitsdiskurs zu verhandeln (Bo, 2016: 94; Brzoska, 2009: 137; Chmutina et al., 2018: 462; Scott, 2012: 220). Besonders deutlich wird dies in der Intention, das Risiko für mögliche Katastrophen zu vermindern (Chmutina et al., 2018: 460; Warner and Boas, 2017: 207). Hier stellt sich abermals die Frage, wer dafür verantwortlich ist, Sicherheit herzustellen.

Im Falle der globalen Erwärmung ist unklar, was zu tun ist und vor allem, wer zu handeln hat. Dennoch kommt diesem Thema durch die eingeschriebene Sicherheitsfrage Priorität zu (O’Lear and Dalby, 2015: 7). Aus diesem Grund wird zuerst darauf eingegangen, wie sich das Narrativ des Klimawandels als Sicherheitsrisiko entwickelt hat und welche Implikation das für aktuelle Debatten und Diskurse hat.

Darauf aufbauend wird das Thema Klimasicherheit als Weiterführung der Darstellung des Klimawandels als Risiko behandelt. Dieses wird in drei Bereiche untergliedert. Diese sind unter anderem der Klimawandel als Risiko in Bezug auf die Themen Sicherheit, Sicherheit und Wissen(schaft) und Sicherheit und Politik. Die letzten beiden Bereiche waren bereits bei der Betrachtung von Risiko selbst relevant. Ziel ist es, diese aus einer anderen Perspektive, diesmal mit einem klaren Bezug zu Sicherheit, zu behandeln.

In internationalen Diskursen wird Klimawandel nach Meinung vieler Autor_innen als Sicherheitsrisiko definiert (McDonald, 2013: 42). Derartige Debatten zu verstehen hat enorme Auswirkungen darauf, damit einhergehende politische Maßnahmen zu verstehen (Hayes and Knox-Hayes, 2014: 82). Als solches ist es ein Ziel in dieser

Masterarbeit, herauszufinden, ob der Klimawandel auch in Österreich als Sicherheitsrisiko definiert wird und wie ein derartiger Diskurs aussieht.

Basierend auf einer Beschreibung, wie Sicherheit in verschiedenen Bereichen behandelt wird, steht *Securitization* im Mittelpunkt. Dieser Begriff entstand als Theoriegerüst, um zu verstehen, wie bestimmte Themen zu Sicherheitsbelangen werden und welche Konsequenzen das mit sich bringt (Nyman and Zeng, 2016: 302). Im Besonderen wird *Securitization* hier in Zusammenhang mit den Annahmen der *Copenhagen School* diskutiert. Dieser Begriff wird als sprachlicher Akt beschrieben, durch welchen gewisse Themen als Sicherheitsgefährdung inszeniert werden. Diese Deutung wird in weiterer Folge vom Publikum akzeptiert (Bo, 2016: 95; McDonald, 2013: 581; Nyman and Zeng, 2016: 302; Thomas, 2015: 98–99; Warner and Boas, 2017: 205). Indem gewisse Bereiche als politische, ökonomische oder wirtschaftliche Bedrohungen begriffen werden, erhöht dies das Bewusstsein und die Dringlichkeit zu handeln (Bo, 2016: 98). Dies hat allerdings auch Auswirkungen darauf, welche Implikationen gewisse Themen mit sich bringen und wie diese gehandhabt werden (Warner and Boas, 2017: 203). So können Themen, die mittels *Securitization* zu Sicherheitsproblemen gemacht werden, durch den Einsatz von außergewöhnlichen Maßnahmen behandelt werden, um die Bedrohung abzuwenden. Diese von „normaler“ Politik abweichenden Handlungen werden durch die Risikoin szenierung (*Securitization*) legitimiert (Oels and Von Lucke, 2015: 45; Rothe, 2016: 4; Stritzel, 2011: 343).

Aufbauend auf dieser allgemeinen Beschreibung steht die Frage, ob Klimawandel *securitized* wurde und wird. Zur Beantwortung derselben werden verschiedene Beispiele herangezogen. Diese adressieren vor allem die Themen klimabedingte Konflikte und Migration.

Sowohl zur Thematik Klimawandel (als Risiko) als auch zu damit in Verbindung stehenden Sicherheitspolitiken bietet sich eine außerordentlich breite Materialgrundlage. *Securitization* wird in einer Vielzahl von einschlägigen Quellen aufgegriffen. Ein Bezug zum Thema Klimawandel ist dabei erst in den letzten Jahren auszumachen. Dabei versuchen viele Autor_innen nachzuweisen, dass mit dieser Thematik ein Sicherheitsdiskurs einhergeht (z.B. Scott, 2012).

Die Verknüpfung von Sicherheitsdiskursen und Klimawandel wurde im wissenschaftlichen Bereich ausführlich diskutiert, konzentrierte und konzentriert sich

allerdings maßgeblich auf die Analyse internationaler Fragen (Chmutina et al., 2018: 461). Im Gegensatz zu diesen eher allgemeinen Beobachtungen hat diese Masterarbeit, nach der eben beschriebenen theoretischen Einführung, einen konkreten räumlichen Bezug zu Österreich.

Trotz dieser breiten Materialgrundlage besteht eine Forschungslücke in Bezug auf die Aufarbeitung von *Securitization* des Klimawandels in Verbindung mit Österreich. So gilt es herauszufinden, ob diese ein Teil des Klimawandeldiskurses ist. In diesem Fall bietet sich eine Diskursanalyse verschiedener politischer Maßnahmenpaket und Veröffentlichungen in Bezug auf diese Thematik an. Wieso genau diese Methodik hierfür geeignet ist, wird in Kapitel 4 in einer einführenden Methodendarstellung beschrieben. Dabei wird auch darauf eingegangen, wie *Securitization* (mittels Diskursanalysen) untersucht werden kann und etwaige für diesen Prozess relevante Fachbegriffe wie „Sprechakt“ genauer definiert. Die daraus hervorgehende Diskursanalyse basiert weitgehend auf den Ansätzen von Jürgen Link (Jäger, 2010; Link, 2003) und Sigfried Jäger (Jäger, 2015; Jäger and Jäger, 2007).

Analysegrundlage sind ein 2017 vom Bundeskanzleramt veröffentlichtes Strategie- und Maßnahmenpaket zur Implementierung der Agenda 2030 und die Klimaschutzberichte des Umweltbundesamtes der Jahre 2017, 2018, 2019 und 2020. Wieso genau diese Dokumente geeignet sind, Einblicke in den österreichischen Klimawandeldiskurs zu bieten, wird in Kapitel 4 unter dem Punkt „Materialauswahl“ beschrieben.

Wie sich allerdings im Verlauf der Diskursanalyse herausstellte, ist neben der Frage, ob *Securitization* vorliegt, noch eine zweite relevant. Bei dieser geht es um die in den Dokumenten genannte Handlungsverantwortung. Auch diese wird im Laufe der Analyse neben den allgemeinen Tendenzen des österreichischen Klimawandeldiskurses (wie den Fokus auf die Reduktion von Treibhausgasen) behandelt.

2. Der Klimawandel als Risiko – eine Schnittstelle zwischen Politik, Wissenschaft, Zukunftsidealen und der öffentlichen Darstellung

In weniger als zwanzig Jahren wurde der Klimawandel von einem außerhalb der Wissenschaft kaum diskutiertem Thema zu einem heiß umkämpften, politischen Anliegen. Der damit einhergehende Diskurs spaltet Nationalstaaten, beeinflusst politische Entscheidungen und gestaltet Allianzen um (Dahan-Dalmedico, 2008: 72).

Der Klimawandel wurde von einer schwammigen Thematik zu einem Objekt umfassender Besorgnis und internationaler Regulierungsinteressen (Demeritt, 2001: 307). So wird dieser schon seit geraumer Zeit als vielschichtige Bedrohung diskutiert (Dalby, 2015: 83). Das geht mit einer gewissen Risikoeinschätzung einher (Beck et al., 2017: 1061).

Von einer Gesellschaft, die Bedrohungen als Schadenswahrscheinlichkeiten charakterisiert, können mögliche Katastrophen nicht mehr akzeptiert werden (Calhoun, 2004: 380–381). Insofern ist davon auszugehen, dass wir in einer Risikogesellschaft leben wie Beck (2015) sie konzeptualisiert hat. Diese wird zu Beginn des Kapitels genauer beleuchtet. Sie stellt eine wichtige Kategorisierung für die gesamte Arbeit dar. Neben der Risikogesellschaft selbst ist in weiterer Folge auch Risikomanagement als Praktik mit Schadenswahrscheinlichkeiten umzugehen zentral. Dieses ist auch in Verbindung mit dem Klimawandel relevant.

In Bezug auf den Umgang mit Risiko stellt sich auch die Frage, in welchen Bereichen und von wem Katastrophenwahrscheinlichkeiten gehandhabt werden müssen. Hierfür können viele Gruppen und Akteur_innen zur Verantwortung gezogen werden. Der Umgang mit dem Klimawandel stellt sich dabei als Herausforderung für die Entscheidungsträger_innen heraus (Nerlich, 2012). Aus diesem Grund werden in dieser Arbeit verschiedene Gruppen herausgegriffen, die in Bezug auf das Thema Klimawandel maßgeblich sind. Ein entscheidender Bereich ist die Politik. So wird oft der Staat verantwortlich dafür gemacht, mit Risiko und damit auch der Bedrohung Klimawandel umzugehen (Bulkeley, 2005: 878).

Allerdings müssen auch Regierende ihre Handlungen legitimieren. Das geschieht häufig durch rhetorische Mittel, die die Erkenntnisse wissenschaftlicher Innovation, technologischen Fortschritts und ökonomischen Wachstums in den Vordergrund

stellen (Adam, 1998: 104). Durch die Bezugnahme auf Forschungsergebnisse stehen Wissenschaft und Politik in einem engen Verhältnis (Jasanoff and Kim, 2009).

Der Umgang mit dem Klimawandel wird also sowohl von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Darstellungen als auch von kulturellen und politischen Werten beeinflusst (Dahan, 2010: 283). Ein weiterer relevanter Bereich, in welchem der Klimawandel verhandelt wird und welcher in dieser Arbeit thematisiert wird, ist demnach die Wissenschaft.

Wissenschaft und Politik haben in gewisser Weise eine internationale Beziehung. Ein Beispiel hierfür ist der IPCC (*Intergovernmental Panel on Climate Change*) (Dahan-Dalmedico, 2008: 72). Diese Institution spielt in Verbindung mit dem Klimawandel eine herausragende Rolle. Aus diesem Grund kommt dem IPCC in dieser Arbeit große Aufmerksamkeit zu.

Wie Klimawandel gemessen und dargestellt wird, geht größtenteils auf die generelle Methodologie des IPCC zurück (Dahan, 2010: 283). Damit ist der IPCC die Basis für Risikomanagement und politische Entscheidungen (Demeritt, 2001: 325).

Die Empfehlungen des IPCC basieren auf Modellen (Computersimulationen) von bereits vergangenen und zukünftigen Umweltveränderungen (Dahan, 2010: 283). Welche Lösungsmöglichkeiten für den Klimawandel gefunden werden, hängt auch davon ab, wie dieser aufgearbeitet, beschrieben und dargestellt wird. In diesem Fall ist es nötig, die Implikationen und Entstehung von klimatischen Modellen genauer zu beleuchten.

Bei einer genaueren Betrachtung dieser Darstellungen sticht heraus, dass nicht nur der derzeitige Stand dargestellt wird, sondern auch potentielle, zukünftige Zustände und Ereignisse sichtbar gemacht werden (Gramelsberger, 2012: 533). Das ist insofern relevant, als dass sich auch das Wort *Risiko* selbst auf noch nicht eingetretene, mögliche Katastrophen bezieht.

Zukunftsvorstellungen beschreiben gleichzeitig Visionen zukünftiger Ereignisse und Ziele, als auch den Prozess, wie diese verwirklicht werden (Berkhout, 2006: 302). Das bedeutet, sie verknüpfen mehrere Zeitebenen miteinander. In diesem Sinne gestalten die gegenwärtigen Vorstellungen über den Klimawandel zukünftige Ereignisse und Realitäten (Konrad et al., 2017: 473, 478). Aus diesem Grund wird in dieser Arbeit auch die Beziehung zwischen bestimmten Zukunftsvisionen und dem Klimawandel thematisiert.

Welche Vorstellungen es zu gewissen Themen wie dem Klimawandel in einer Gesellschaft gibt, wird vor allem medial kommuniziert. Den meisten Menschen werden diese durch verschiedene Medien nähergebracht. Sie sind die Hauptquelle des allgemeinen Verständnisses in Bezug auf den Klimawandel (Grittmann, 2014: 132).

Der Klimawandel ist ein schwer fassbares Phänomen. Das bedeutet, er muss erst durch Beschreibung und Darstellung sichtbar gemacht werden (Schneider and Nocke, 2014: 12). In Verbindung mit einer medialen Komponente sind hierfür die Begriffe Image und Frame relevant. Ersterer bezieht sich auf die vermittelten Bilder des Klimawandels selbst. Dies ist sowohl im eigentlichen Sinne (z.B. grafische Darstellungen oder Fotografien) als auch im übertragenen Sinne (z.B. sprachliche Beschreibungen, die das unsichtbare Phänomen Klimawandel fassbar machen sollen) zu verstehen (Schneider and Nocke, 2014: 10). Zusätzlich ist die Rahmung von Klimawandeldarstellungen von Bedeutung. Diese wird unter dem Schlagwort Framing behandelt. Im Allgemeinen bedeutet dieser Begriff, dass die Aufmerksamkeit auf eine oder mehrere Dimensionen eines Berichts oder einer Debatte gelegt wird (Jones and Song, 2014: 447). Dadurch werden bestimmte Informationen in den Vorder- oder Hintergrund gerückt. Ziel dieses Unterkapitels ist es, herauszustellen, wie gängige Images und Frames über den Klimawandel den Diskurs um denselben prägen.

Darüber hinaus werden medial Darstellungen in Bezug auf den Klimawandel von dem Begriff *Risiko* geprägt. So gibt es einen starken Fokus auf dessen (potentielle) negative Auswirkungen (Grittmann, 2014: 129). Eine Definition von Risiko ist die Grundlage für etwaige weitere Schritte. Deshalb wird zu Beginn auf Risikogesellschaft und den Begriff Risiko selbst eingegangen.

Das Ziel dieses Kapitels ist es, die Beziehung zwischen Klimawandel und dem Begriff Risiko auf mehreren Ebenen deutlich zu machen. Hierfür wird zuerst Bezug auf die Risikogesellschaft selbst und damit verbundenes Risikomanagement genommen. Darauf aufbauend werden zwei Bereiche, in welchen der Klimawandel verhandelt wird, hervorgehoben: Politik und Wissenschaft. In Verbindung mit letzterer sind vor allem der IPCC und die Beschreibung klimatischer Modelle zentral. In weiterer Folge steht die Verbindung zwischen dem Klimawandel und bestimmten Zukunftsvorstellungen im Vordergrund. Abschließend wird die mediale Darstellung des Klimawandels in den Blick genommen. Auch diese steht in enger Verbindung mit dem Begriff Risiko.

2.1. Risikogesellschaft

Im 21. Jahrhundert wurde der Ausdruck „klimatisches System“ zu einem neuen, globalen Begriff. In diesem Sinne wurde und wird auch die damit einhergehende Risikoeinschätzung als allgemeines Problem gehandhabt (Beck et al., 2017: 1061). In diesem Kapitel steht der Umgang mit Katastrophen, Bedrohungen und Risiken im Vordergrund. Neben einer grundlegenden Definition dieser Begriffe wird in weiterer Folge auch der Umgang mit denselben in Bezug auf den Klimawandel thematisiert.

Das gesellschaftliche Verständnis von Katastrophen veränderte sich über die Jahrhunderte. So handelt es sich hierbei um nichts mehr, das von einer Gesellschaft, die Bedrohungen als Schadenwahrscheinlichkeiten konzeptualisiert, akzeptiert werden kann. Risiko und Bedrohungen werden erhoben und strukturiert. Dies formt die soziale Organisation von Angst und die Verteilung von einem Gefühl der Verletzlichkeit (Calhoun, 2004: 380–381).

In diesem Sinne kann davon ausgegangen werden, dass wir in einer Risikogesellschaft leben, wie Beck jene konzeptualisiert hat. Durch den wachsenden Fortschritt der Industriegesellschaft werden Bedrohungen generiert, mit denen in weiterer Folge umgegangen werden muss. Auch ökologische Risiken ohne direkt Verantwortliche werden hierbei immer prominenter (Beck, 2015). Obwohl Beck in seinen Beschreibungen vom 20. Jahrhundert ausgeht, können diese Annahmen ohne Probleme auf den Umgang mit dem Klimawandel im 21. Jahrhundert umgelegt werden. Dies ist vor allem unter der Tatsache plausibel, dass der Klimawandel anthropogen ist. Auch hier handelt es sich also um eine durch industriellen Fortschritt erzeugte Bedrohung, mit welcher nun umgegangen werden muss.

Die Risikogesellschaft erlaubt es niemandem, globalen Katastrophen zu entkommen (Fortun et al., 2017: 1015). Dabei wird deutlich, dass es sich hierbei um den Umgang mit zukunftsorientierten Bedenken handelt. So ist das Risiko einer Katastrophe die Wahrscheinlichkeit, dass bedrohliche Ereignisse in einem bestimmten Zeitraum eintreten. Katastrophen selbst sind dabei Abweichungen von der normalen Funktion einer Gesellschaft in Verbindung mit gefährlichen Ereignissen (Lavell et al., 2012: 31-32). Die Möglichkeit, dass eine Katastrophe eintritt, beschreibt, wie eben erwähnt, eine mögliche Zukunft. Wie man sich diese vorstellt, hängt mit gängigen sozialen und ökonomischen Prozessen zusammen und wie diese durch spezielle Gefahren verändert werden (Cardona et al., 2012: 69).

Das bedeutet in weiterer Folge, dass auch die Beurteilung von Risiko von unterschiedlichen kognitiven, kulturellen und sozialen Prozessen beeinflusst wird. Vor allem subjektive Einschätzungen können hier von Gefühlen oder Reaktionen auf bestimmte Ereignisse geleitet werden (wie Angst oder Kontrollverlust). Dies spielt oft eine größere Rolle als die Analyse ihrer Wahrscheinlichkeit (Lavell et al., 2012: 45). Das trifft auch auf den Umgang mit Risiken in Verbindung mit dem Klimawandel zu. Rationalität spielt dabei fast keine Rolle. Je unsicherer die Situation, desto mehr gerät diese in den Hintergrund. Stattdessen ist die öffentliche Meinung maßgeblich für den Umgang mit Risiko (Comfort, 2005: 352).

Was eine Risikogesellschaft ausmacht, ist ein spezieller Umgang mit möglichen Bedrohungen. Wie genau das aussieht, wird im nächsten Unterkapitel unter dem Schlagwort „Risikomanagement“ behandelt. Dabei stehen zuerst allgemeine Definitionen im Vordergrund. Darauf aufbauend wird eine Verbindung zu klimawandelspezifischen Aussagen hergestellt.

2.1.1. Risikomanagement

Das Wort Risiko wird unmittelbar von der Idee des Risikomanagements begleitet. Dies verweist auf die Vorstellung, dass bestimmte Zustände bzw. die Zukunft verändert werden könnten (Calhoun, 2004: 381). Es wird von einer bestimmten Wahrscheinlichkeit ausgegangen, mit welcher Ereignisse eintreffen oder eben nicht. Welche möglichen Zukunftsvorstellungen kursieren, hat mit einer bestimmten Erwartungshaltung zu tun. So wird immer mehr Gewicht auf Prävention und Vorsichtsmaßnahmen gelegt. Hierbei steht nicht sozialer Fortschritt, sondern Sicherheit und Schutz im Vordergrund. Diese Vorgehensweise hat es zum Ziel, die Zukunft kontrollierbar und vorhersehbar zu machen (Adam and Groves, 2007; Konrad et al., 2017: 476–478). In einer Risikogesellschaft werden Bedrohungen generiert, für die in weiterer Folge der Anspruch deutlich wird, diese zu managen.

Seit Mitte der 1980er Jahre wurden Katastrophen und die darauffolgenden Regierungsaktivitäten kritischer analysiert als dies zuvor der Fall war. Dies führte zu einer anderen Definition von extremen Ereignissen. So werden Katastrophen mittlerweile als Probleme gesehen, die durch Informationen und gezieltes Investment gemanagt werden können (Comfort, 2005: 336). Die Kontrolle von Katastrophen steht

in engem Zusammenhang mit der Kontrolle von Risiko und Umwelt. Wichtig hierfür sind vor allem die Ziele Risikoreduktion und der Umgang mit Katastrophen (Tierney, 2012: 242-343). Ein genereller Gedanke dabei ist, dass Katastrophen (wie Naturkatastrophen) vermeidbar sind (Calhoun, 2004: 388).

Die Vorstellung, dass Risiko und Bedrohungen beherrschbar und veränderbar sind, gab es nicht immer. Dieser Anspruch kann als typisch für die Risikogesellschaft gesehen werden. Risiko kann in Verbindung damit als Katastrophenwahrscheinlichkeit verstanden werden, die es zu managen gilt. Dies wirft zwei Fragen auf: Wie genau wird mit Risiko umgegangen bzw. welche Erwartungen gibt es hierzu und wer wird dafür verantwortlich gemacht?

Wie Katastrophen gemanagt werden, hängt von einer Vielzahl sozialer, ökonomischer und politischer Faktoren wie Globalisierung, ökonomischen und politische Dynamiken im Weltsystem und sozio-demographischen Trends ab (Tierney, 2012: 346).

In Bezug auf das derzeitig vorherrschende Risikomanagement gibt es eine eindeutige Präferenz, technologische Bewältigungsstrategien für die bestehenden Bedrohungen zu finden. Zentral dabei ist es, die einzelnen Faktoren zu identifizieren, Computersimulationen zu alternativen Szenarien zu erstellen und so unterschiedliche Zukunftsvorstellungen zu beleuchten und nach (technologischen) Lösungen zu suchen. Risikomanagement ist in verschiedene sozio-technologische Praktiken eingebettet. Keine dieser Methoden kann alleine für Sicherheit garantieren; gemeinsam ist die Wahrscheinlichkeit von Gesellschaften allerdings höher, Risiken handhaben zu können (Comfort, 2005: 353). Ein Beispiel hierfür ist der Umgang mit etwaigen Widersprüchen im Umgang mit Gefahren. Um diese zu beseitigen, werden willkürliche Grenzwerte und Berechnungsverfahren eingeführt (Berger and Beck, 1989: 25). Hier geht es also vor allem darum, ein subjektives Gefühl von Sicherheit herzustellen.

Wie das obige Beispiel zeigt, ist es ein Ziel von Risikomanagement, neue Prozesse zu erstellen und zu implementieren. Dabei spielen verschiedene Bewertungsstrategien, Politik und das spezielle Risikoverständnis eine Rolle. Aus diesen Faktoren ergeben sich Praktiken, die in weiterer Folge zu einer Erhöhung der Sicherheit und damit gleichzeitig einer Herabsetzung der Katastrophenwahrscheinlichkeit führen sollen. Die Reduktion derselben bezeichnet gleichzeitig ein politisches Ziel als auch die

instrumentellen Maßnahmen zur Antizipation. Dabei soll die Resilienz² gegenüber zukünftigen Ereignissen gestärkt werden (Lavell et al., 2012: 34). Konkrete Strategien, um dies zu erreichen, sind beispielsweise die vorhandenen Ressourcen in gewissen Bereichen zu vergrößern (Erhöhung der Resilienz) oder zu versuchen, die Einschränkungen bereits existierender Systeme auszugleichen bzw. zu erweitern (Erweiterung von Wissen in bestimmten Bereichen um in Zukunft besser reagieren zu können) (Comfort, 2005: 347).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Begriff *Risiko* für die Wahrscheinlichkeit des Eintreffens eines gefährlichen Ereignisses in einer bestimmten Zeitspanne steht. Katastrophen sind in diesem Sinne ein Versagen und inadäquate Vorbereitung darauf. Sicherheit in weiterer Folge bezieht sich auf Handlungen von Verantwortlichen, um vor potenziellen Bedrohungen zu schützen (Comfort, 2005: 338). Daraus ergibt sich die Frage, wer in einer Risikogesellschaft die verantwortlichen Akteur_innen sind.

Für Beck ist es die Aufgabe der Wissenschaft, unsichtbare Risiken erfassbar zu machen (Demeritt, 2001: 309). Wissenschaftler_innen sind aber keinesfalls die einzigen Gruppen, welcher die Pflicht zu reagieren zugesprochen wird. Politiker_innen und Entscheidungsträger_innen werden immer wieder in die Verantwortung genommen, um auf Risiken und potentielle Bedrohungen zu reagieren (Comfort, 2005: 337). Wie genau das Verhältnis zwischen den genannten Gruppen und dem Anspruch auf Risikoreduktion aussieht, wird in den nächsten Unterkapiteln noch deutlicher hervorgehoben.

Allgemein gesagt können Menschen von verschiedenen Schadenskategorien betroffen sein, auf welche unterschiedliche Aktionen der Regierung oder anderen Institutionen erfolgen können, um die jeweiligen Bedrohungen zu minimieren. Risiko, Sicherheit und Katastrophen stehen für verschiedene Unsicherheiten in Verbindung mit zerstörerischen Ereignissen. Politik für jedes potentielle Schadensereignis zu machen, setzt verschiedene Ressourcen, Organisationsstrukturen, Methoden und Messungen der Leistung voraus (Comfort, 2005: 337). Wer in der Verantwortung gesehen wird zu handeln, ist in diesem Sinne auch immer von der Art des Risikos und den zur Verfügung stehenden Hilfsmitteln abhängig.

² Unter Resilienz wird weitgehend die Fähigkeit einer Gesellschaft verstanden, auf etwaige Probleme ohne größere Abweichungen vom „Normalzustand“ zu reagieren.

Auf den Klimawandel bezogene Risiken zu managen betrifft viele Akteur_innen. Diese erstrecken sich über internationale, nationale, sub-nationale und Gemeindeebenen (Lal et al., 2012: 345). Konkret sind hier unter anderem Wissenschaftler_innen, Entscheidungsträger_innen, private Unternehmen, NGOs, Medien, Pädagog_innen und die „Öffentlichkeit“ beteiligt. Diese stehen in einem Prozess des Austauschs von Wissen und Informationen (Lavell et al., 2012: 46). So sind beispielsweise die Weltbank oder die Vereinten Nationen als wichtige Akteur_innen zu nennen (Tierney, 2012: 346).

Wie die Beteiligung unterschiedlicher Akteur_innen und Gruppen bereits vermuten lässt, vermengen sich bei der Bewältigung von Katastrophenwahrscheinlichkeiten die Ansichten von Laien und Experten. Diese interagieren auf komplexe Art und Weise mit Klimawandelpolitiken und der Formulierung von Strategien (Demeritt, 2001: 307). Daraus ergeben sich Techniken des Risikomanagements (Tierney, 2012: 242-343). Dabei kann am besten von einem kontinuierlichen Prozess ausgegangen werden. Im Zuge dessen wird die Situation geprüft, Adaptionen zu den derzeitigen Gegebenheiten vorgenommen und Lehren aus vergangenen Problemen gezogen (Comfort, 2005: 353).

In Verbindung mit dem Klimawandel geht es also darum, bereits bestehende Prozesse und Systeme an neue Gegebenheiten anzupassen. Dies geht aus der Beschreibung des Risikomanagementprozesses hervor. Das Ziel liegt hier darauf, Bedrohungen zu minimieren und nicht darauf, neue, alternative Lösungsansätze zu fördern.

Wie mit Bedrohungen in Bezug auf den Klimawandel umzugehen ist, wird auch von Arbeitsgruppen des IPCC thematisiert (Lavell et al., 2012: 27). Dabei stehen sowohl Risikomanagement als auch Adaptionsmechanismen im Vordergrund (Lavell et al., 2012: 30). Auch hier ist also eher die Rede von Resilienz und weniger davon, Alternativen zu erschaffen. Wie genau die Ansätze hierzu aussehen und wie diese Organisation zu ihren Empfehlungen kommt, wird später in diesem Kapitel zentral.

Der Klimawandel ist in vielen Bereichen relevant. Der Umgang mit demselben baut auf Sachverhalten auf, die auch allgemein in Bezug auf Risiko, die Risikogesellschaft und Risikomanagement wesentlich sind. So wird dieser von wissenschaftlichen Ergebnissen und Methoden, Zukunftsidealen, gesellschaftlichen Darstellungen und dem Umgang mit Katastrophenwahrscheinlichkeiten geprägt. Diese Bereiche stehen in einem dynamischen Verhältnis und konstruieren und bedingen einander. Obwohl

eine Vielzahl von Akteur_innen in dieses Thema verwickelt ist, werden letztlich häufig staatliche Maßnahmen gefordert. Betrachtet man diese in Verbindung mit den anderen relevanten Bereichen, wird eine bestimmte Richtung der Entscheidungsfindung deutlich. Aus diesem Grund wird im Folgenden das Verhältnis zwischen Politik und Klima genauer erläutert.

2.2. Politik und Klima – Wer entscheidet und was ist legitim?

Mit dem Klimawandel umzugehen stellte sich immer wieder als Herausforderung für Entscheidungsträger_innen heraus (Nerlich, 2012). Konkret wird gefordert, das Risiko zukünftiger Katastrophen zu minimieren. Aber wer soll hier wie und aus welchem Grund handeln? Wer hat überhaupt das Recht und die Verpflichtung, dies zu tun?

Wie bereits angedeutet können viele Gruppen und Akteur_innen zur Verantwortung gezogen werden. Diese Bandbreite und die impliziten Vorstellungen darüber, wer zu handeln hat, machen es keineswegs einfacher, festzulegen, wer Verantwortung zu übernehmen hat und wie dies aussehen soll. Aus diesem Grund werden in dieser Arbeit verschiedene Gruppen herausgegriffen, die in Bezug auf das Thema Klimawandel maßgeblich sind. Ein entscheidender Bereich ist die Politik.

Den Klimawandel zu „lenken“ ist demnach mit politischen Prozessen verbunden. Diese spielen sich an der Schnittstelle verschiedener Strukturen, Netzwerke und Organisationen ab (Bulkeley, 2005: 876). Dabei sticht heraus, dass dasselbe Thema auf unterschiedlichen Ebenen (lokal, national und global) anders thematisiert wird. Welche Differenzen es hier gibt und welche Implikationen das mit sich bringt, ist zentral für dieses Kapitel.

Klimawandel ist ein globales Problem. Alle Menschen und Staaten sind von dessen Auswirkungen betroffen (O’Lear and Dalby, 2015: 7). Dennoch gibt viele verschiedene Interpretationen, was Klimapolitik im globalen Raum bedeutet bzw. wie diese umgesetzt werden sollte (Bulkeley, 2005: 877). Eine Perspektive hierzu ist, dass internationale Umweltprobleme zwar globale Lösungen bräuchten, diese aber auf nationale und implizit auch subnationale Ebenen heruntergebrochen werden müssen (Bulkeley, 2005: 878-879).

Eine Forderung an Klimapolitik ist es demnach, verschiedene Organisationsebenen miteinander zu verbinden. Das ist vor allem vor dem Hintergrund sinnvoll, dass unterschiedliche Akteur_innen und Staaten über verschiedene Lösungskompetenzen, Ressourcen und Einblicke verfügen (O’Lear and Dalby, 2015: 7).

Ansprüche an Lösungskompetenzen oder „die Klimapolitik“ (wie das Verbinden verschiedener Organisationsebenen) sind sozial und politisch konstruiert. Diese sagen etwas über die gegenwärtigen Mechanismen von Dominanz und Kontrolle aus. So stehen verschiedene Herrschafts- und Kontrollstrukturen in Verbindung mit Klimawandelpolitiken in einem hierarchischen Verhältnis. Das zeigt sich auch anhand von Konflikten und Verhandlungen, wie am besten auf bestimmte Bereiche (z.B. Wohnen, Landnutzung und Transport) Bezug genommen werden könne. Hierbei wird ein hierarchisches Verhältnis zwischen verschiedenen politischen Strukturen deutlich. Dabei sind „nationale“ Ansprüche nicht immer höher gereiht oder politisch bestimmender einzustufen als „lokale“ Bestrebungen. Viel eher geht es um einzelne Maßstäbe und Ansprüche an politische Handlungen im Umgang mit dem Klimawandel, die eher akzeptiert werden als andere (Bulkeley, 2005: 883–897). Kurz gesagt geht es nicht darum, auf welcher Ebene (national, lokal, global) Klimapolitik betrieben wird, damit diese eine Wirkung hat, sondern ob sie allgemein akzeptiert wird.

Es gibt verschiedene Arten, Akzeptanz und damit in gewisser Weise auch Legitimität herzustellen. Ein Beispiel hierfür sind Staaten. Diese spielen in vielen Vorstellungen die unangefochten größte Rolle in Verbindung mit Umweltpolitik (Bulkeley, 2005: 878). Dennoch müssen auch Regierende ihre Bestrebungen in Richtung Nachhaltigkeit und Umweltschutz legitimieren. Dies gilt besonders für (liberale) Demokratien³, da es hier kein absolutes Herrschaftsverhältnis gibt. Diese Legitimation geschieht oftmals mit bestimmten rhetorischen Mitteln, die die Erkenntnisse wissenschaftlicher Innovation, technologischen Fortschritts und ökonomischen Wachstums in den Vordergrund stellen (Adam, 1998: 104).

Durch die Bezugnahme von Regierenden auf wissenschaftliche Erkenntnisse stehen Wissenschaft und Politik in einem engen Verhältnis (Jasanoff and Kim, 2009). So ist

³ Barbara Adam geht hier von liberalen Demokratien als Idealbild aus. Diese vereinen ein politisch-demokratisches Herrschaftssystem mit wirtschaftlicher Liberalisierung und Globalisierung (Adam, 1998: 15, 122). Obwohl sich die Autorin hier auf eine bestimmte Regierungsform bezieht, können diese Annahmen auch auf andere Formen der Demokratie umgelegt werden. Auch in diesen gibt es kein absolutes Herrschaftsverhältnis.

davon auszugehen, dass gängige Wissenskonzepte über den Klimawandel (wie vom IPCC dargestellt) politische Entscheidungen beeinflussen. Das schließt einige Ein- und Beschränkungen mit ein. So ist der wissenschaftliche Input meist auf verbesserte Klimavorhersagen und der Erstellung neuer ökonomischer Instrumente begrenzt (Beck et al., 2014: 81). Diese Einschränkung wirkt sich wiederum auf die daraus hervorgehende Klimapolitik aus, denn was nicht (wissenschaftlich) legitimiert wird, kann in weiter Folge nicht von der breiten Masse akzeptiert werden.

Klimawandelpolitiken wurden und werden stark von wissenschaftlichen Annahmen geprägt (Beck et al., 2017: 1065). Umgekehrt ist auch Politik ein zentrales Element in der Entstehung von Wissen (Felt et al., 2017: 13). In diesem Sinne sind Wissenschaft und Politik nicht als getrennte Felder zu betrachten. Viel eher erzeugen sie durch ihre Verbindung neue Arten der Wissenserstellung und Entscheidungsfindung (Beck et al., 2017: 1066). Daneben ist Forschung an lokale Gegebenheiten und materielle Umstände (wie politische Förderungen) gebunden (Henke and Gieryn, 2008: 353). Im Allgemeinen kann gesagt werden, dass globale Politik immer weitreichender auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basiert (Jasanoff, 2010: 695). Diese Vorgehensweise dient vor allem dazu, die weitreichende Akzeptanz zu stärken.

Wichtiger als die organisatorischen Strukturen ist, wer die Legitimität hat zu handeln und als fähig anerkannt wird, „Klimapolitik“ zu betreiben. Im Allgemeinen wird das Prinzip akzeptiert, dass es in Bezug auf dieses Thema keine hauptverantwortlichen Akteur_innen gibt, sondern lediglich unterschiedliche Verantwortungsbereiche, in welchen gehandelt werden soll. Wer genau dies wie tun soll, ist allerdings unklar (O’Lear and Dalby, 2015: 7).⁴ Ein Beispiel hierfür die Verknüpfung von Akteur_innen verschiedener Ebenen. So wird der Anspruch laut, globale Lösungen zu finden bzw. zumindest als nationalstaatliches Vorbild in Umweltfragen voranzuschreiten. Obwohl Regierungen zumindest auf einem nationalen Level handlungsmächtig sind, steht es nicht an ihnen alleine zu, derartige Entscheidungen zu treffen. So spielen auch (multinationale) Unternehmen, Organisationen und NGOs eine Rolle (Ottinger et al.,

⁴ Ein Beispiel hierfür ist die UNFCCC (*United Nation Framework Convention on Climate Change*). Diese Organisation ist eindeutig legitim. Die vom UNFCCC ins Leben gerufenen Abkommen (Kyoto Protokoll, Paris Agreement) wurden von vielen Staaten unterzeichnet. Dennoch können Verstöße gegen etwaige Abkommen nicht wirklich geahndet werden, da auf einem global Level dazu die juristische Macht fehlt (Bourk et al., 2017: 822). Diese Handlungseinschränkung trotz allgemeiner Akzeptanz bestimmter Akteur_innen und Körperschaften wird in Kapitel zwei noch genauer thematisiert.

2017: 1039). Das ist vor allem auf die von ihnen zur Verfügung gestellten Ressourcen und Möglichkeiten zurückzuführen (Tierney, 2012: 343). In diesem Sinne wird Klimawandelpolitik von verschiedenen staatlichen, aber auch nichtstaatlichen Akteur_innen bestimmt (Bulkeley, 2005: 877-878).

Komplexe soziale Probleme wie in Verbindung mit Umwelt, Klimawandel, Bedrohungen oder Katastrophen fallen also auch in die Verantwortlichkeit individueller Organisationen und Institutionen. Verschiedene kooperierende Netzwerke sind anpassungsfähig und in der Lage, verschiedene Ressourcen zu mobilisieren. Reaktionen auf Katastrophen erfolgen beispielsweise oft von multiorganisationalen Netzwerken, denen eine zentrale Koordination fehlt (Tierney, 2012: 343). Wer die Legitimität besitzt zu handeln, sagt nichts über die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten einzelner Akteur_innen, Organisationen, Institutionen oder sogar Nationalstaaten aus. So kann es durchaus sein, dass nicht der Staat, sondern Unternehmen besser gewappnet sind, auf etwaige Risiken zu reagieren. Hinzu kommt, dass es statt einer klaren, einheitlichen Linie eine schwammige Aufteilung verschiedener Zuständigkeitsbereiche gibt.

Obwohl klare Abgrenzungen und Zuständigkeiten fehlen, wird in Bezug auf Klimawandelpolitik oft der Staat in der Pflicht gesehen zu handeln. Dieser spielt in vielen Vorstellungen die unangefochten größte Rolle beim Management von Umweltpolitik (Bulkeley, 2005: 878). Das bedeutet in weiterer Folge, dass es seine Aufgabe ist, mit Katastrophenwahrscheinlichkeiten und Bedrohungen umzugehen und diese erfolgreich zu bewältigen.

Die Bestrebung „Sicherheit“ zu erzeugen offenbart eine implizite Vorstellung über die Aufgaben des Staates. Dieser Ansicht nach ist es eine der wichtigsten Rollen von Regierungen, ihre Bürger_innen vor Leid zu schützen (Comfort, 2005: 336). Wie in diesem Zitat dargestellt wird, wird dies zwar selten explizit ausgesprochen, aber dennoch eindeutig als Aufgabenbereich definiert:

„It is striking that in so many different policy arenas we find a shared understanding in political discourse both of what constitutes a catastrophe and of the expected government role in preparing for and responding to potentially catastrophic events. Catastrophes are understood as sudden and unpredictable events that disrupt the system that are critical to economic and social life. And government is held responsible for reducing vulnerability to such events as well as for ensuring the operation of critical systems in their wake. Amid rancorous debates over government responsibility for managing disasters, these background assumptions have mostly gone unremarked – they are taken to be a matter of common sense.“ (Collier and Lakoff, 2015: 20)

Ein konkretes Beispiel für Klimawandelpolitik und Risikomanagement von Seiten des Staates ist der Umgang mit dem anthropogenen Klimawandel.

Der Umgang mit Treibhausgasen ist ein dominantes Thema in Verbindung mit Klimapolitik und der Minimierung von Risiken durch den Klimawandel (Nerlich, 2012). Eine daraus hervorgehende Strategie ist der Anspruch von Regierungen, Emissionen zu regulieren und diese auf angeblich „sichere“ Ausmaße einzuschränken. Ziel dabei ist es, die Nachhaltigkeit der Existenzgrundlagen wie Luft, Wasser, Erde, Pflanzen, Biodiversität und Klima zu sichern. In gewisser Weise wird der Umwelt hier ein Wert zugeschrieben. Dieser spiegelt sich in Preisen von Gütern und Leistungen wider (Adam, 1998: 103).

Durch die Strategie, Treibhausgase auf ein „sicheres“⁵ Niveau zu regulieren, wird der Status quo erhalten. Dies geschieht, indem keine Alternativen zu bisherigen Praktiken erdacht werden, sondern lediglich die bereits bekannten Konzepte reguliert (wie bei „sicheren“ Emissionslevels) und erweitert (wie die monetäre Bewertung von Umweltgütern) werden.

Im späten 20. und 21. Jahrhundert wurden also keine politischen Entscheidungen getroffen, um den anthropogenen Klimawandel zu umgehen. Eine mögliche Antwort hierzu gibt Russell (2015). Seiner Meinung nach ergeben sich viele der derzeitigen Probleme aus der Kommunikation über den Klimawandel selbst. Obwohl es sich hierbei um ein medial präsenten Thema handelt, bleiben damit in Verbindung stehende erfolgreiche Aktionen aus (Russill, 2015: 36).

Ein möglicher Grund, wieso bis jetzt noch keine Erfolge in der Minderung der Bedrohung Klimawandel erzielt wurden, ist, dass der Diskurs um menschliche Sicherheit und Risikomanagement eher auf wissenschaftlichen Kosten-Nutzen-Rechnungen basiert. Statt Treibhausgase aus diesem Grund generell zu stoppen, wird versucht, diese durch Risikomanagement auf einem mutmaßlich „sicheren“ Niveau zu halten (Oels, 2015: 194). Dadurch wird der Status quo erhalten und Alternativen kategorisch ignoriert.

⁵ Unter einem „sicheren“ Niveau werden oft Treibhausgasmengen verstanden, bei denen angenommen wird, dass die globale Erwärmung auf ein bestimmtes Maximum begrenzt werden kann (wie 1,5° oder 2° als Ziel).

Maßnahmen wie die Reduktion von Treibhausgasemission stehen nicht für sich selbst, sondern verfolgen ein ganz bestimmtes Ziel. In diesem Fall sollen sie vor noch nicht eingetretenen Ereignissen wie Bedrohungen durch den Klimawandel schützen (Mitigation). Zudem wird versucht, dies innerhalb des schon bestehenden Systems zu tun. Hier wird eine weitere Verknüpfung von Politik innerhalb des Themenfeldes Klimawandel deutlich. Die angestrebten Ziele sind mit bestimmten Vorstellung zukünftiger Ereignisse verbunden.

Zukunftsorientierte politische Bestrebungen sind in gegenwärtigen zeitlichen und örtlichen Umständen der Wissensk Konstruktion verwurzelt (Adam and Groves, 2007: 116).

Klimapolitik steht nicht für sich allein. Stattdessen bestehen Verbindungen zu vielen anderen Bereichen wie Wissenschaft oder Zukunftsvorstellungen. Obwohl Aufgabenbereiche und Zuständigkeiten für Klimabelange äußerst schwammig sind, spielt der Staat eine herausragende Rolle. Dies ist vor allem auf der Forderung der Risikominimierung begründet. Nichtsdestotrotz müssen auch staatliche Akteur_innen ihre klimapolitischen Entscheidungen legitimieren. Dies geschieht oftmals durch einen Rückgriff auf wissenschaftliche Forschung. Der Einfluss derselben ist im nächsten Abschnitt zentral.

2.3. Wissenschaft und die Konstruktion von Wissen über den Klimawandel

In politischen Debatten wird das Thema Klimawandel von wissenschaftlichen Erkenntnissen geprägt. Dies verweist auf die Autorität von Wissenschaft, um politische Handlungen zu legitimieren (Demeritt, 2001: 307). Es wäre verfehlt, hier von einer einseitigen Auswirkung von Wissenschaft auf Politik auszugehen. Viel eher handelt es sich um ein dynamisches Verhältnis dieser beiden Felder, die einander beeinflussen. Im vorigen Unterkapitel lag der Fokus auf Politik in Verbindung mit dem Klimawandel. Ziel des folgenden Abschnittes ist es, die Auswirkungen von Wissenschaft und wissenschaftlichen Erkenntnissen auf den Diskurs rund um den Klimawandel bzw. das Verhältnis zu anderen Feldern (wie Politik) genauer zu beleuchten. Darauf aufbauend steht die Klimawissenschaft selbst und die damit einhergehenden Implikationen im Vordergrund. Besonders relevant ist hierfür der IPCC und die Beschreibung gängiger klimatischer Modelle.

Wissenschaft wurde lange Zeit als unabhängig von politischen Prozessen gesehen und lediglich als Informationslieferant dargestellt. Diese Ansicht ist unweigerlich falsch. So werden beispielsweise Klimawissenschaft und die Erforschung des Klimawandels maßgeblich von nationaler und internationaler Politik bestimmt. Dies hat einen deutlichen Einfluss auf die wissenschaftliche Praxis. Selbiges bezieht sich auf die Formulierung von Fragestellungen, die Wahl der Methoden, die Standards als auch die Definition von „guter“ wissenschaftlicher Praxis (Demeritt, 2001: 308). Ein Beispiel hierfür ist die Festlegung von „sicheren“ Emissionslevels. Darüber hinaus gibt es noch weitere Beispiele für den Zusammenhang zwischen Politik und Wissenschaft. So kann letztere auch systemerhaltend wirken.

Wissenschaftler_innen und Ingenieur_innen werden auf Basis des jeweiligen Status quo ausgebildet. Ihr Wissen ist das Produkt von kulturell gelenkten Entscheidungen, wie wer unterrichtet wird und welches Wissen vermittelt wird. Dies führt zu einer Art Reproduktion derselben Zugänge und Ideale. Damit steht dieser Prozess in engem Zusammenhang mit der Aufrechterhaltung nationaler Souveränität oder Sicherheit, ökonomischem Wohl oder technologischen Zielen. Bei der Wahl von Idealen und Zugängen handelt es sich um aktive kulturelle und politische Entscheidungen der Forschenden. Diese wirken sich auch auf die Normen, Werte und das Selbstverständnis von Wissenschaftler_innen und Ingenieur_innen aus (Mody and Kaiser, 2008: 378–383). Wissenschaft hilft dabei, Regeln und Autoritäten zu generieren. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass es sich dabei um eine sozial eingebettete Praxis handelt (Löwbrand et al., 2009: 8). Spezifische soziologische Faktoren jeder Gesellschaft beeinflussen das produzierte Wissen und die verwendeten Modelle (Yearly, 2008: 925). Sie beinhaltet eine große soziale Dimension, auf deren Basis Wissen generiert wird (Demeritt, 2001: 309). Politik und Wissenschaft hängen also zusammen, indem letztere bestehende Systeme stützt und legitimiert.

Allerdings gilt nicht jede Forschung als legitim. So ist es wichtig, wo und von wem diese erzeugt wird. Wissenschaft findet nicht überall statt. Viel eher ist diese ungleich über die gesamte Welt verteilt (Henke and Gieryn, 2008: 355). Wo und von wem Forschung vorgenommen wird, prägt in weiterer Folge auch deren Ergebnis. „Thus, some places ratify scientific claims.“ (Henke and Gieryn, 2008: 357). Legitimiertes Wissen setzt also voraus, dass dieses an berechtigten Orten erzeugt wird. In diesem Sinne werden Wissen und Forschung standardisiert (Henke and Gieryn, 2008: 359, 363-364).

Zusätzlich sind Wissenschaft und Wissen auch fernab von politischen und sozialen Einflüssen nicht neutral. Sie sagen unweigerlich etwas über ihre Erzeuger_innen aus (Shapin, 2012: 171). Arbeiten aus dem Bereich der Wissenschafts- und Technikforschung haben hier dazu beigetragen, Dynamiken zu enthüllen, wie wissenschaftliche Ansprüche, die Bildung von Expertenwissen, technologische Designs, aber auch die Bewertung von Risiken und Vorteilen konstruiert werden (Jasanoff and Kim, 2009: 120).

Zudem geht die Produktion von Wissen mit einer gewissen Erwartungshaltung einher. Diese betrifft nicht nur das Endergebnis, sondern auch den Prozess und die Ziele. Beispielsweise gibt es in Bezug auf Klimawissenschaften eine gesteigerte Nachfrage nach Verantwortung bzw. Verbindlichkeit (Jasanoff, 2010: 696). Darüber hinaus sind Erwartungen von wissenschaftlichem Fortschritt immerwährende Komponenten von sogenannten „großen Herausforderungen“. Insofern ist es auch eine Forderung im 21. Jahrhundert, dass Wissenschaft und Technik derartige Probleme lösen sollten (Konrad et al., 2017: 465). Dieser Anspruch wird auch in Bezug auf den Klimawandel deutlich.

Eine weitere Forderung bezieht sich auf internationale Wissenschaft und globale Perspektiven (Löwbrand et al., 2015: 211). Ein Beispiel hierfür ist hier der IPCC. Dabei handelt es sich um eine internationale Organisation, die sich mit dem Thema Klimawandel befasst. Der IPCC genießt großes Ansehen und eine gewisse Autorität in Verbindung mit Klimawissenschaft. Das von ihm erzeugte Wissen ist legitim und glaubwürdig. In weiterer Folge beeinflusst es unter anderem auch Politik. Wie genau der IPCC das Wissen über den Klimawandel beeinflusst, wird im Folgenden genauer beleuchtet.

2.3.1. Der IPCC

Die steigende Nachfrage nach politikrelevantem Wissen hat zur Entstehung neuer Gruppen von globalen Expert_innen und Organisationen geführt. Charakteristisch für diese war es, die weltweit neusten, wissenschaftlichen Informationen in Verbindung mit dem Klimawandel zu sammeln und zu bewerten. Hierbei wurde auch Wert auf politisch relevante Problematiken gelegt. Beispiele für derartige Institutionen sind der IPCC (*Intergovernmental Panel on Climate Change*) und die IPBES (*Intergovernmental Platform on Biodiversity and Ecosystem Services*) (Beck et al.,

2014: 80). Besonders der IPCC ist für heutige Debatten rund um den Klimawandel relevant.

In den 1980er Jahren erhielt das Thema Klimawandel neue Aufmerksamkeit. Eine Folge daraus war die Gründung des *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC) (Beck et al., 2014: 82; Yearly, 2008: 924). Mittlerweile ist sie die weltweit führende Organisation in Bezug auf wissenschaftliche Erkenntnisse über den Klimawandel (Jasanoff, 2010: 695). Der IPCC hat mittlerweile eine Schlüsselrolle innerhalb des Klimawandeldiskurses inne (Dahan-Dalmedico, 2008: 71). Dazu hat vor allem die Tatsache beigetragen, dass dieser Organisation gemeinsam mit Al Gore im Jahr 2007 der Friedensnobelpreis verliehen wurde. Dadurch erhielten auch die späteren Publikationen große mediale und wissenschaftliche Aufmerksamkeit (Rothe, 2016: 1). Besonders wichtig ist daher das Selbstverständnis des IPCC (auch in Bezug auf Klimapolitik) und wie dieser seine Empfehlungen formuliert.

Der IPCC versteht sich explizit als Einflussfaktor auf politische Entscheidungen. Dies geht mit einer gewissen medialen Aufmerksamkeit einher (Hajer, 2012: 454). Hajer (2012: 455) geht hierzu sogar so weit zu konstatieren, dass Autorität durch (mediale) Kommunikation erzeugt wird. Hierin sieht er ein Potential, um bestimmte Ansätze oder Ziele wirksam zu machen.

Wie der Klimawandel vom IPCC dargestellt wird, beeinflusst in weiterer Folge die Handlungen von Entscheidungsträger_innen (Beck et al., 2014: 82). Wie bereits in Zusammenhang mit Politik beschrieben, ist es wichtig, dass die vermittelnden Informationen legitim sind. Durch die besondere Rolle des IPCC in Klimawandeldiskursen ist davon auszugehen, dass etwaige Empfehlungen und Verlautbarungen dieser Organisation auf breite Akzeptanz stoßen. Welche Handlungsvorschläge vom IPCC gemacht werden, hat also eine maßgebliche Wirkung darauf, welche Entscheidungen in weiterer Folge getroffen werden.

Für den IPCC ist der Begriff *Risiko* zentral. Es werden universelle, globale Bedrohungen durch den Klimawandel dargestellt (Beck et al., 2014: 82; Dahan, 2010: 286). Mehr denn je werden vom IPCC Gesellschaften und natürliche Systeme in den Mittelpunkt gerückt. In Verbindung damit wird auch auf mögliche humanitäre Notfälle aufmerksam gemacht (Hackmann et al., 2014: 653). Dadurch soll die Dringlichkeit zu handeln hervorgehoben werden. Diese Tendenz in Richtung Klimarisiko lässt sich vor allem in ihren Veröffentlichungen nach 2001 ablesen. Das ist der Tatsache geschuldet,

dass ab diesem Zeitpunkt Treibhausgasdynamiken in die Modelle bzw. Computersimulationen und Analysen miteinbezogen wurden (Dahan, 2010: 286). Derartigen Risikodarstellungen liegt die Hoffnung zu Grunde, zu erfolgreichen Handlungen und Lösungen beizutragen (Beck et al., 2014: 82).

Obwohl politische Entscheidungen nicht ausschließlich auf Anraten von Expert_innen hin getroffen werden (Yearly, 2008: 929), versteht sich der IPCC als politischer Einflussfaktor. Ziel ist es, durch die Darstellung von Risiken zu Handlungen aufzurufen, die dem Klimawandel entgegenwirken. Durch die Stellung des IPCC ist davon auszugehen, dass die ausgesprochenen Empfehlungen Auswirkungen auf die Ansichten und Klimapolitik verschiedener Akteur_innen haben.

So wird in den Empfehlungen des IPCC auch ein Ideal deutlich, wer auf die Herausforderungen und Risiken des Klimawandels zu reagieren hätte und welche Ressourcen einzelnen Akteur_innen zur Verfügung stehen, um dieser Aufgabe nachzukommen. Am besten sollten nationale Institutionen auf die Risiken des Klimawandels reagieren (Lal et al., 2012: 341, 345).

Wie gut verschiedene Staaten allerdings darauf vorbereitet sind, Risiko zu managen, unterscheidet sich signifikant. Auch dies wird vom IPCC thematisiert. Hierbei spielt die Kapazität der verfügbaren Ressourcen eine Rolle. In einem Bericht einer Arbeitsgruppe des IPCC wird auf die unterschiedlichen Möglichkeiten verschiedener Staaten hingewiesen, gewisse Risiken erfolgreich zu managen. Benachteiligt gesehen werden hier vor allem Länder des globalen Südens (Lal et al., 2012: 341, 345).

Die Einschätzungen des IPCC basieren primär auf tausenden von wissenschaftlichen Artikeln. In weiter Folge werden diese von verschiedenen Arbeitsgruppen gesichtet, um zu Statements und Vorschlägen für Entscheidungsträger_innen zu gelangen. Zentral hierbei ist die Expertise von internationalen Expert_innen (Beck et al., 2014: 80; Hajer, 2012: 459).

Die aus den Einschätzungen des IPCC hervorgehenden Empfehlungen dienen dazu, eine Risikoeinschätzung zu vermitteln und vor allem die negativen Auswirkungen des Klimawandels zu illustrieren (Beck et al., 2014: 82). Was bei selbigen heraussticht, ist, dass es sich hier weniger um Alternativvorschläge zu gängigen Praktiken handelt. Stattdessen stehen eher Risikomanagement und Adaptionsmechanismen im Vordergrund (Lavell et al., 2012: 30). Diese Richtung fällt vor allem auf, da vom IPCC

klar kommuniziert wird, dass es sich um einen anthropogenen Klimawandel handelt und damit der Mensch verantwortlich gemacht wird (Dahan, 2010: 286). Adaption und Risikomanagement dienen eher dazu, den Status quo und damit auch problematische Praktiken beizubehalten.

Zusätzlich basieren die Empfehlungen des IPCC auf Modellen (Computersimulationen), welchen vergangene Umweltveränderungen zu Grunde liegen. In diesen wird versucht, eine größtmögliche Anzahl an Faktoren miteinzubeziehen. Diese Vorgehensweise dient dazu, der „Realität“ möglichst nahe zu kommen. Diese Taktik wird in der Wissenschaft allerdings kontrovers betrachtet; oft wird der Vorwurf der Überkomplexität laut (Dahan, 2010: 283).

Allein die Diskussion, welche Faktoren in Analysen miteinbezogen werden sollten, um nicht zu verfälschen oder Sachverhalte unnötig zu vereinfachen oder überkomplex darzustellen (Dahan, 2010: 283), verweist auf eine gewisse Unsicherheit der Ergebnisse. Ein großes Problem bei der Darstellung von Klimadaten ist es, dass es nur eine begrenzte Anzahl an Möglichkeiten und/oder Blickwinkel gibt, aus welchen diese betrachtet werden können. Abgesehen davon, dass nicht klar ist, welche Faktoren Auswirkungen auf das Klima haben und wie viele von den bekannten in die Analyse miteinbezogen werden sollten (Dahan, 2010), muss bei der Darstellung der Informationen abermals eine Reduktion vorgenommen werden. Das führt zu einem Informationsverlust (Nocke, 2014: 57). Auch den Aussagen, Empfehlungen und Darstellungen des IPCC, einem als legitim betrachteten Akteur in Debatten um den Klimawandel, sind demnach gewisse Unsicherheiten eingeschrieben.

Obwohl die gewählten Methoden also keineswegs als unumschränkt geeignet erachtet werden können (Nocke, 2014: 57), bleibt die Herausforderung, Informationen darzustellen und zu kommunizieren. Bereits aus dem Selbstverständnis des IPCC geht hervor, dass die Vermittlung von „Fakten“ als Weg zur Verminderung des vom Klimawandel ausgehenden Risikos betrachtet wird. Als Kommunikationsstrategie sind häufig klimatische Modelle zur Visualisierung zentral.

Bereits in der Planungsphase des ersten IPCC-Reports wurden Computersimulationen über das zukünftige Klima als präferierte Methode genannt (Demeritt, 2001: 316). Auffallend ist, dass bei derartigen Darstellungen nicht nur auf Klima im eigentlichen Sinne Bezug genommen wird, sondern eher auf den gesamten Planeten. So werden auch Komponenten wie die Vegetation in den Computersimulationen dargestellt. Die

Art der Repräsentation beruht vor allem auf der methodologischen Ausrichtung des IPCC und ihrer Konzentration auf das von klimatischen Veränderungen ausgehende Risiko (Dahan, 2010: 282). Ein zentraler Punkt der vom IPCC erstellten Modelle ist es, Risiko sichtbar und damit begreifbar zu machen (Dahan, 2010: 283). Ein weitreichenderer Einblick in Klimamodelle ist daher im nächsten Unterkapitel zentral.

2.3.2. Modelle und der Klimawandel

Klimawandel ist eine der größeren von Menschen ausgelösten Veränderungen des Planeten. Dieses Zeitalter wird häufig als Anthropozän bezeichnet (O’Lear and Dalby, 2015: 3). Auch der IPCC beschreibt den Menschen als Auslöser des Klimawandels. Dies wird vor allem in Modellen ab dem Jahr 2001 deutlich. Darin werden vermehrt Treibhausgaszyklen in die Analyse miteinbezogen (Dahan, 2010: 286).

Durch die Annahme eines anthropogenen Einflusses auf den Klimawandel wird die Verantwortung für den Kollaps von Zivilisationen, Wetterextremen und den zukünftigen Wohlstand von Nationen dem Menschen zugeschrieben (Hulme, 2011: 248). Weitere Folgen des Klimawandels sind Veränderungen in der chemischen Zusammensetzung der Atmosphäre, die Versauerung der Ozeane, eine Erhöhung der Verschmutzung, Veränderungen in Landformen und Wasserläufen und den Dynamiken von Flora und Fauna (O’Lear and Dalby, 2015: 4). Eine detailliertere Beschreibung der Folgen findet sich in den Beschreibungen des IPCC (vor allem im Sachstandbericht 2014).

Welche Lösungsmöglichkeiten für diese Probleme gefunden werden, hängt auch davon ab, wie die Themen aufgearbeitet, beschrieben und dargestellt werden. Der Klimawandel als solches wird durch Modelle charakterisiert. Dabei herrscht immer wieder die Meinung vor, dass die wissenschaftliche Demonstration des menschlichen Einflusses auf Umweltveränderungen politische Entscheidungen vereinfachen würde und die Bildung von neuen Vorgehensweisen begünstigen (Russill, 2015: 37–38). Dies ist in Anbetracht der derzeitigen Lage wohl eine Fehleinschätzung. Obwohl der Auslöser Mensch bekannt ist, kam es in den letzten Jahren zu keinen (politischen) Entscheidungen, die die Risiken des Klimawandels maßgeblich verringert hätten. Im Gegenteil, dieser wird sowohl von wissenschaftlicher Seite (Chmutina et al., 2018: 460) als auch medial (CCCA, n.d.) als unverminderte Bedrohung verstanden.

Wie Klima- und Umweltveränderungen dargestellt wurden und werden ist keineswegs konstant. Je nachdem, wie diese beschrieben werden, verändert sich das Verständnis, durch wen oder was dieser bedingt wird. Das bringt politische Implikationen mit sich, beispielsweise, welche Entscheidungen in Bezug auf den/die Auslöser zu treffen sind (Dahan, 2010: 282-283).

Wie Klimawandel gemessen und dargestellt wird, geht großteils auf die generelle Methodologie des IPCC zurück (Dahan, 2010: 283). Gleichzeitig bildet diese die Basis der Risikoeinschätzung des IPCC. Damit sind sie die Basis für Risikomanagement und politische Entscheidungen (Demeritt, 2001: 325). In diesem Sinne bestätigen dessen Modelle die Annahmen einiger STS (*Science and Technology Studies*)-Autor_innen, dass (technisches) Wissen innerhalb von regulierten Standardsettings, Prozessen und einem Konsens von Experten erzeugt wird (Jasanoff and Kim, 2009: 120). Wie genau diese aussehen, wird im Folgenden beschrieben.

Der Klimawandel wird häufig unter Zuhilfenahme von Computersimulationen und (numerischen) Modellen verdeutlicht (Dahan, 2010: 291; Demeritt, 2001: 316). Dafür sind vorrangig naturwissenschaftliche Erkenntnisse wichtig. Die darin begründeten Ergebnisse prägen auch die daraus hervorgehenden Klimawandeldiskurse (Hulme, 2011: 249). So leisten diese Modelle einen Beitrag dazu, das Klimasystem überhaupt begreif- und fassbar zu machen (Demeritt, 2001: 309).

Um zu erkennen, welche Prioritäten bei den derzeit vorherrschenden Visualisierungen gesetzt werden, ist es hilfreich, die Entwicklungsgeschichte derselben näher zu betrachten. Seit den 1980er Jahren veränderten sich Klimamodelle maßgeblich (Dahan, 2010: 282). Ab den 1990er Jahren wurden Computermodelle die zentrale Praktik in der Evaluation des Klimawandels. Das in Verbindung damit produzierte Wissen ist eng mit sozialen, institutionellen und politischen Gegebenheiten verbunden (Hulme, 2011: 258). Seit Beginn der 2000er wurden dabei vermehrt Ozeane und Vegetation relevant für verschiedene Darstellungen. In weiterer Folge wurde der Kohlenstoffkreislauf und seine Auswirkungen auf die Atmosphäre mit einbezogen. Seit 2001 ist durch diese Maßnahme das mit klimatischen Veränderungen einhergehende Risiko zentral. Damit wurde Klimawandel zu einem der zentralen Themen des 21. Jahrhunderts (Dahan, 2010: 286, 290).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Begriff *Risiko* und die Einschätzung desselben eine zentrale Rolle für die Darstellung des Klimawandels spielt. Darüber

hinaus gibt es einen klaren Fokus auf den Einfluss des Menschen und Emissionsdynamiken.

In Verbindung mit dem Klimawandel wird hierzu vor allem auf meteorologische Modelle zurückgegriffen. Dabei wird nicht nur der derzeitige Stand der Atmosphäre gemessen, sondern es werden auch mögliche zukünftige Zustände sichtbar gemacht (Gramelsberger, 2012: 533).

Nichtsdestotrotz ist es schwierig, die Zukunft zu fassen, da diese zeitlich noch nicht stattgefunden hat (Ramírez and Selin, 2014: 66). Erwartungen, Visionen und Szenarien, was in Zukunft passieren könnte, beeinflusst, was tatsächlich passiert und passieren wird. Versprechen und Bedenken mobilisieren und legitimieren die Aktivitäten von Wissenschaftler_innen, Innovator_innen, Entscheidungsträger_innen, Regulator_innen, aber auch NGOs und anderen sozialen Akteur_innen (Konrad et al., 2017: 465). Wie derartige Zukunftsvorstellungen aussehen können und wie welche Implikationen dies in Verbindung mit dem Klimawandel mit sich bringt, steht im nächsten Abschnitt im Fokus.

2.4. Zukunft und Zukunftsvorstellungen

Es gibt verschiedene Ansätze, wie Zukunftsvorstellungen zu untersuchen sind. Zudem gibt es unterschiedliche Ansichten, wie diese aussehen bzw. was sie ausmacht. Diese fließen mit wissenschaftlichen und politischen Kontroversen zusammen, die darüber Auskunft geben, wie die Zukunft selbst produziert wird (Andersson, 2012: 1412-1413). Ziel dieses Abschnittes ist es, derartige Vorstellungen genauer zu beleuchten. Zuerst stehen allgemeine Definitionen von Zukunft und damit verbundenen Vorstellungen im Mittelpunkt. Darauf aufbauend wird Bezug auf den Klimawandel und die damit einhergehenden Implikationen genommen.

Ein Problem bei der Analyse von verschiedenen Zukunftsvorstellungen ist, dass diese sehr vielfältig sind und unterschiedliche Formen annehmen können (Berkhout, 2006: 302). Je unsicherer eine bestimmte Situation ist, desto schwieriger ist es, diese zu analysieren, auf verlässliche Trends zu untersuchen oder potentielle Hypothesen zu testen (Comfort, 2005: 351). Nichtsdestotrotz wird genau das durch den Anspruch, die Zukunft fassbar zu machen, versucht.

In alle politischen und sozialen Handlungen sind bestimmte Erwartungen eingeschrieben. So ist es nicht möglich, zu handeln, ohne Vermutungen über die möglichen Konsequenzen anzustellen. Zukünftige Verhaltensweise sind aus diesem Grund bereits in gegenwärtigen Vorstellungen verankert (Berkhout, 2006: 299). Wie diese imaginiert werden, hat maßgebliche Auswirkungen auf Innovationen und Technologien. Diese werden in Hinblick auf Zukunftsvisionen gestaltet. Sie werden von einer Erwartungshaltung gegenüber zukünftigen Entwicklungen bestimmt. Dadurch üben sie ihrerseits Druck auf Innovator_innen aus (Pollock and Williams, 2010: 525-528).

Erwartungen sind nicht neutral, sie enthalten eine positive oder negative Bewertung (Konrad et al., 2017: 467). Das ist eine für STS-Autor_innen typische Annahme. Eines der zentralen Konzepte ist, dass Erwartungen, Visionen, Images Auskunft über die Zukunft geben bzw. den Prozess, wie diese erzeugt werden. Zukunftsorientierte Diskurse, Praktiken und Materialitäten prägen, wie bestimmte Gesellschaften Wissenschaft und Techniken Sinn zuschreiben, sie legitimieren und welche Strategien Akteur_innen in weiterer Folge entwickeln (Konrad et al., 2017: 468). Diese haben auch Auswirkungen darauf, welche Rolle verschiedene Personen spielen und wie diese miteinander interagieren (Konrad et al., 2017: 469).

Zukunftsvorstellungen beschreiben gleichzeitig Visionen zukünftiger Ereignisse und Ziele, als auch den Prozess, wie diese verwirklicht werden (Berkhout, 2006: 302). Das bedeutet, sie verknüpfen mehrere Zeitebenen miteinander. In diesem Sinne wird die Zukunft gleich wie die Gegenwart als soziale Realität über bestimmte Praktiken und Diskurse hergestellt und reproduziert. Wenn Zukunftsorientiertheit dabei hilft, die Gegenwart zu gestalten, leistet sie zweifelsohne auch einen Beitrag, die Zukunft zu gestalten (Konrad et al., 2017: 473, 478). Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft stehen also in einer dynamischen Beziehung (Hulme, 2011: 250).

Besonders wichtig in der Bewertung noch kommender Ereignisse ist der Umgang mit Unsicherheit und Bedrohung. In vielen Analysen sind Vorstellungen zu Risiko und Unsicherheit typisch für die Konstruktion von zukünftigen Imaginationen (Berkhout, 2006: 299).

So handelt es sich auch bei Diskussionen rund um den Klimawandel um zukunftsgerichtete Bedenken. Diese betreffen beispielsweise die Frage, wie Energiepolitiken aussehen könnten, ohne dabei den Klimawandel zu verschlimmern.

Diese Sorge fällt in den Bereich zukunftsorientierte Wohlstandspolitiken (Adam and Groves, 2007: 115).

Ein weiteres Beispiel, das die Verbindung zwischen dem Klimawandel und Zukunftsvorstellungen deutlich macht, ist die Diskussion rund um Treibhausgase. Dabei ist das erklärte Ziel, eine zukünftige Katastrophe zu vermeiden (Nerlich, 2012: 32). Diskussionen in Verbindung mit Treibhausgasen sind von wissenschaftlichen Ergebnissen geprägt. Hier wird der Anspruch deutlich, (wissenschaftliche) Lösungen für diese Bedrohung bereitzustellen (Andersson, 2012: 1415). Das ist einerseits typisch für eine Risikogesellschaft und legitimiert andererseits dementsprechende Handlungen auf Seiten der Verantwortlichen. In vielen Vorstellungen ist das der Staat. Die Vorstellung, zukünftige Bedrohungen zu handhaben, verleiht auch politische Macht.

In Bezug auf den Klimawandel nehmen Zukunftsvorstellungen eine sehr spezielle Form an. Das liegt mitunter an den weitreichenden Auswirkungen auf das menschliche Leben. Eine Implikation davon ist, dass Vorstellungen über den Klimawandel gleichzeitig noch viele andere Bereiche wie Systeme von Ökonomie, Agrikultur, Transport, Finanzwesen und Gesellschaft betreffen (Dalby and O'Lear, 2015: 203). Dieser Sachverhalt wird auch bei genauerer Betrachtung von potentiellen zukünftigen Szenarien deutlich.

Klimamodelle spielen eine außerordentliche Rolle zur Vorhersage möglicher Zukunftseignisse. Durch die Prominenz derselben wird das Klima in gewisser Weise zur einzig „bekannten“ Variable in einer sonst unfassbaren Zukunft. Diese wird mit verschiedenen Bereichen verbunden. So wird versucht, die Auswirkungen des Klimas auf ökonomische Aktivitäten, soziale Mobilität, menschliches Verhalten, kulturelle Evolution, aber auch Geo-Sicherheit (im Sinne von Katastrophenschutz) vorherzusagen (Hulme, 2011: 249). Eine genauere Beschreibung und Begründung dieser Klimazentrierung gibt Hulme in diesem Zitat:

„In the case of climate change studies, this means isolating climate as the (primary) determinant of past, present, and future system behaviour and response. If crop yield, economic performance, or violent conflict can be related to some combination of climate variables, then knowing the future behaviour of these variables offers a way of knowing how future crop yield, economic performance, or violent conflict will unfold.“ (Hulme, 2011: 253)

Das Klima ist, in Verbindung mit Forschungen über den Klimawandel, die bestimmende Komponente, um die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu

bewerten. Wenn verschiedene Bereiche damit verknüpft werden können, bedeutet dies, dass durch Aussagen über das Klima gleichzeitig eine Beschreibung damit verbundener Sektoren möglich ist.

Wie die Zukunft aussieht, ist ein aktiver und von Gegenwart und Vergangenheit abhängiger, Prozess. Wie dieser gestaltet wird, hängt davon ab, welche Vorstellungen, Ideale und Ängste kursieren. Aus diesem Grund ist es relevant, zu klären, welche Images und Vorstellungen es derzeit in Verbindung mit dem Klimawandel gibt, denn diese beeinflussen wiederum zukünftige Entwicklungen.

2.5. Die (mediale) Darstellung des Klimawandels: Images und Frames

Ein Bewusstsein für die Auswirkungen des Klimawandels zu schaffen, ist unerlässlich, um Handlungen voranzutreiben, die diesem entgegenwirken. Hierzu ist eine effektive Kommunikation von Nöten (Wrobel and Reusser, 2014: 188).

Der breiten Masse wird dieses Thema meist durch Medien nähergebracht. Sie sind die Hauptquelle des allgemeinen Verständnisses über den Klimawandel (Grittmann, 2014: 132). Aus diesem Grund ist es wichtig, medialer Berichterstattung über den Klimawandel in der Analyse Beachtung zu schenken. Sie gibt Auskunft darüber, wie bestimmte Themen von zentralen Akteur_innen kommuniziert werden (Stoddart et al., 2016: 220).

Die meisten Darstellungen des Klimawandels weisen eine Gemeinsamkeit auf: Sie beziehen sich auf unsichtbare Phänomene. Aus diesem Grund ist es nötig, sie durch Beschreibung oder Darstellung sichtbar zu machen (Schneider and Nocke, 2014: 12).

Dies wirft die Frage auf, wie dieses Thema vermittelt wird. So wird der Klimawandel durch verschiedene Darstellungsmöglichkeiten (wie sprachliche oder bildliche Beschreibung) erklärt. Ein zentraler Begriff hierfür ist jener des Images. Diesem kommt in dieser Arbeit eine Doppelbedeutung zu. So werden im Folgenden Bilder im eigentlichen Sinne (wie grafische Darstellungen oder Fotografien) als auch Bilder im übertragenen Sinne (wie sprachliche Beschreibungen, die dazu verwendet werden, den Klimawandel sichtbar zu machen) genauer beleuchtet. Sowohl sprachliche als auch bildliche Images sind eng miteinander verwoben (Schneider and Nocke, 2014: 10).

Zusätzlich ist die Rahmung von Darstellungen des Klimawandels von Bedeutung. Diese wird unter dem Schlagwort Framing behandelt. Dadurch diesen Vorgang erhalten gewisse Inhalte und Informationen im Diskurs um den Klimawandel mehr Aufmerksamkeit als andere. Es gibt viele Definitionen von Framing. Generell lässt sich dabei sagen, dass Frames die Aufmerksamkeit auf eine oder mehrere bestimmte Dimensionen eines Berichts oder einer Debatte legen (Jones and Song, 2014: 447).

Ziel dieses Unterkapitels ist es, herauszustellen, wie gängige Images und Frames über den Klimawandel den Diskurs um denselben prägen. Hierzu gebe ich zunächst eine allgemeine Definition von Images und Frames. Anschließend beziehe ich mich auf diese und deren Funktion in Verbindung mit dem Klimawandel.

2.5.1. Frames und Images

Wie genau Bilder und Frames zusammenhängen, beschreibt Grittmann (2014) anhand von visuellen Images. Das eigentliche Bild (Image, für diese Arbeit sowohl im eigentlichen als auch im übertragenen Sinne zu verstehen), dessen Ikonografie und Ästhetik, stellt dabei nur eine Bedeutungsebene dar. So fließen hier unterschiedliche Traditionen und Kontexte ein, die den Bildern eine weitere Sinnebene zuschreiben (beispielsweise können durch sprachliche Beschreibungen einzelne Aspekte in den Vorder- oder Hintergrund gerückt werden). Diese sind als Framing zu verstehen (Grittmann, 2014: 134). Framing beschreibt also die Rahmung bzw. Richtung, unter welcher die Darstellungen bestimmter Themen verhandelt werden.

Framing wird in vielen verschiedenen Studienrichtungen behandelt. Grundsätzlich geht es hierbei darum, herauszufinden, wie bestimmte Inhalte von Medien für die Öffentlichkeit präsentiert und wie diese aufgenommen und interpretiert werden (Ross and Rivers, 2019: 975).

Es gibt zwei Arten von Frames, welche häufig untersucht werden. Schuld und Roth bezeichnen diese als „equivalency“ und „emphasis“ Frames (Schuldt and Roh, 2014: 530). Für meine Arbeit sind vor allem letztere relevant. Diese werden häufig in sozialwissenschaftlichen Fächern behandelt, während erstere eher in den Bereich der Psychologie fallen (Bourk et al., 2017: 823; Schuldt and Roh, 2014: 530).

Soziologisches Framing konzentriert sich dabei auf die Rahmung von Wörtern, Bildern/Images, Phrasen und den Stil, wie Informationen präsentiert werden (Bourk et al., 2017: 823). Dabei wird das vermittelte Wissen selektiert und strukturiert, beispielsweise durch Stereotype oder andere Wahrnehmungsmuster. Diese geben in weiterer Folge an, wie bestimmte Themen zu interpretieren sind (Broadbent et al., 2016: 4; Schuldt and Roh, 2014: 530).

Eine der bekanntesten Definitionen von Framing ist jene von Entman. Diese lautet folgendermaßen:

„To frame is to select some aspects of a perceived reality and make them more salient in a communicating text, in such a way as to promote a particular problem definition, causal interpretation, moral evaluation, and/or treatment recommendation for the item described.“
(Entman 1993: 52, nach Stoddart et al., 2016: 220, Hervorhebungen im Original)

Frames treffen also eine Auswahl, welche Themen für bestimmte Diskurse wichtig sind. Sie strukturieren Informationen (Kenix, 2011: 9; Moernaut et al., 2018: 1312). Sie schreiben Sinn zu, betonen bestimmte Bereiche und organisieren die Erzählstränge. Sie zeigen den Rezipient_innen, was wichtig ist und was nicht (Kenix, 2011: 9). Sie bestimmen sozusagen, was das eigentliche Thema ist (Kenix, 2011: 40). Wie Debatten geframed werden, gibt Auskunft darüber, welche Themen für einzelne Diskurse von Bedeutung sind und welche nicht (Broadbent et al., 2016: 2). Framing bedeutet, dass bestimmte Aspekte weiter in den Vordergrund gerückt werden als andere (Grittmann, 2014: 135).

Eine Grundannahme in Bezug auf Framing ist, dass das Publikum (von medialen Berichten, Presseaussendungen, wissenschaftlichen Artikeln, ...) nicht komplett frei ist in seiner Interpretation. Diese wird durch Frames gelenkt (Ross and Rivers, 2019: 975). Dieser Sachverhalt wirkt sich darauf aus, was Menschen in Erinnerung behalten. Rezipient_innen neigen dazu, spezifische Komponenten von Berichterstattungen zu vergessen. Die Eindrücke, die diese über Themen und Personen gewonnen haben, hinterlassen allerdings einen dauerhaften Eindruck (Kenix, 2011: 63).

In Frames spiegeln sich kulturelle Überzeugungen, Praktiken und Trends wider. Sie entstehen in Verbindung mit der Notwendigkeit, Informationen und Nachrichten zu kategorisieren, damit diese in weiterer Folge verstanden werden und eine sinnvolle Kommunikation darüber stattfinden kann (Kenix, 2011: 40–41).

Wie geframed wird, hat in weiterer Folge Auswirkungen darauf, welche Lösungen für gewisse Probleme wie den Klimawandel gefunden werden und wie sich

Entscheidungsträger_innen verhalten (Davies et al., 2017: 482). Insofern ist es wichtig, zu beleuchten, welche Images und Frames kursieren. Während letztere dabei die Rahmung bezeichnen, bezieht sich der Begriff Image auf die vermittelten Bilder (hier sowohl im eigentlichen als auch im übertragenen Sinne des Wortes gemeint).

Je nach Bereich unterliegen Darstellungen, unabhängig von der konkreten Form (wie sprachliche Beschreibungen, Grafiken, Tabellen oder Fotografien), einem unterschiedlichem Framing (Schneider and Nocke, 2014: 11).

Der Unterschied zwischen Frames und Images ist also vor allem, dass erstere für die gesellschaftliche Rahmung des Diskurses stehen. Letztere beziehen sich auf die Darstellung (hierunter verstehe ich neben Bildern auch sprachliche Beschreibungen) eines bestimmten Themas.

2.5.2. Die Darstellung des Klimawandels

Seit den 1990er Jahren hat das Thema Klimawandel enorme mediale Aufmerksamkeit erhalten (Nerlich, 2012: 31).⁶ In den letzten Jahren gab es immer wieder Studien zur medialen Berichterstattung über den Klimawandel in unterschiedlichen Ländern (Grundmann and Scott, 2014: 221). Hierbei wird deutlich, dass Images und Framing in Bezug auf den Klimawandel sich durchaus unterscheiden und andere Informationen in den Vorder- bzw. Hintergrund gerückt werden (Grundmann and Scott, 2014: 227). Dies wird im weiteren Verlauf im Zuge der beispielhaften Beschreibung unterschiedlicher Kontexte immer wieder deutlich.

Das mediale Interesse bewegt(e) sich dabei in Wellen und flaut immer wieder ab bzw. wird durch einzelne Ereignisse angeheizt (Grundmann and Scott, 2014: 230). Dies ist auch heute (April 2020) gut zu beobachten. So erfreute sich das Thema Klimawandel durch die *Fridays for Future-Bewegung* großer medialer Aufmerksamkeit. Dieses flaute allerdings durch die derzeitige Krisensituation in Zusammenhang mit Covid-19 wieder ab. Zudem wird die mediale Aufmerksamkeit noch von weiteren Faktoren bestimmt.

⁶ Die erste Weltklimakonferenz fand bereits 1979 statt (WMO, 2015). Eine Steigerung des medialen Interesses für das Thema Klimawandel setzte allerdings erst später ein.

Darstellungen des Klimawandels gehören mittlerweile zur Normalität. Das bedeutet auch, dass sie als etwas Natürliches wahrgenommen werden und ihre konstruktiven Eigenschaften in den Hintergrund treten und wenig Beachtung finden (Schneider and Nocke, 2014: 12). Was die mediale Aufarbeitung des Klimawandels betrifft, gibt es einen starken Fokus auf dessen (negative) Auswirkungen (Grittmann, 2014: 129). Ein Beispiel, wie dies medial aufgearbeitet wird, liefert dieses Zitat von Kenix:

„The overwhelming majority of news reports about climate change continue to report on a supposed scientific debate surrounding the causes of climate change. One ‘side’ inevitably argues that climate change has been brought about by human activity, while the other ‘side’ maintains that this is a natural phenomenon. This conflict frame persists in the media even though there is almost complete agreement among the scientific community that climate change is caused by humans.“ (Kenix, 2011: 55)

Wie dieses Beispiel zeigt, wird der Klimawandel auch von Kritiker_innen immer wieder öffentlich beleuchtet. Diese verwenden die gleichen Strategien zur Vermittlung ihrer Botschaften, beziehen sich aber auf andere Inhalte. So argumentieren sie ihren Standpunkt sowohl sprachlich (zum Beispiel durch die Aussage, dass die Sonne für die Erwärmung verantwortlich wäre) als auch anhand von Bildern. Letztere beinhalten einerseits datenbezogene Darstellungen wie Grafiken, Diagramme und Tabellen, andererseits Fotografien (Schneider et al., 2014: 158).

Ein weiteres Beispiel, wie dieses Thema kommuniziert wird, zeigt sich in der Verbindung von Sprache und Bildern. Im Diskurs um den Klimawandel ist nicht nur wichtig, wie dieser visualisiert wird, sondern auch, welche Bedeutungen diesen Bildern zugeschrieben werden. Ein Beispiel hierfür sind die Aussagen von Thomas Stockner, einem Professor für Klima- und Umwelphysik und dem Leiter der IPCC Working Group I. So erklärte dieser in Verbindung mit einer Weltkarte, auf welcher die Durchschnittstemperaturen in leuchtendem Rot angezeigt wurden, dass dies die Oberfläche unseres Planeten wäre und diese rot wäre. Mit dieser Behauptung spielte er auf einen Trend der globalen Erwärmung an (Schneider and Nocke, 2014: 9).

Der Vorteil einer Visualisierung ist es, eine direkte Verbindung zwischen digitalen Daten und menschlichen Vorstellungen herzustellen (Nocke, 2014: 56). Wie der Klimawandel grafisch repräsentiert wird, ist von sozialen Prozessen und kulturellen Konventionen, was als „sinnvoll“ erachtet wird, geprägt (Mahony and Hulme, 2014: 106).

Die übermittelnden Bilder werden zusätzlich durch verschiedene Rahmungen geprägt. Auch dies hat Auswirkungen darauf, wie das Thema Klimawandel wahrgenommen

wird. Um diese Verbindung zu verdeutlichen, werden im Folgenden zuerst die vermittelten Images und anschließend die damit einhergehenden Frames genauer beleuchtet.

2.5.2.1. Klimawandel-Images

In diesem Unterkapitel ist die Beschreibung von Images in Verbindung mit dem Klimawandel zentral. Hiermit sind sowohl sprachliche als auch bildliche Darstellungen gemeint. Nichtsdestotrotz kommt letzteren, wie vor allem gegen Ende klar wird, eine Sonderstellung zu. Da es sich beim Klimawandel um ein „unsichtbares“ Phänomen handelt, leisten unterschiedliche Visualisierungen einen maßgeblichen Beitrag dazu, diesen sichtbar und damit auch verständlich zu machen. Es werden sinnvolle Bilder benötigt, um die unsichtbaren und abstrakten Konzepte und Komponenten dieser Veränderung darzustellen (Grittmann, 2014: 133). Aus diesem Grund kommt Bildern im Sinne von Fotografien, Grafiken oder Ähnlichem hier ein besonderer Stellenwert zu.

Der breiten Masse wird der Klimawandel durch Medien vermittelt. Dabei sind diese auf wissenschaftliche Erkenntnisse angewiesen. In Verbindung mit dem Thema Klimawandel wird dies durch folgendes Beispiel verdeutlicht:

„When, during the press conference, the IPCC scientists pointed to the highly abstracted and conventionalized graphs, they communicated the essence of climate scientific findings with the help of visual media. By speaking *colloquially* about the images, the scientists *metaphorically* related to data abstractions back to their concrete meaning for mankind.“ (Schneider and Nocke, 2014: 10)

Hier zeigt sich die enge Verbindung zwischen sprachlichen und bildlichen Beschreibungen. Besonders visuelle Darstellungen helfen dabei, diesen von einer unsichtbaren Annahme in ein erfassbares Phänomen mit einer bestimmten Form zu verwandeln.

In meiner Arbeit übernehme ich die Einteilung von Schneider und Nocke (2014) in zwei Typen von bildlichen Images, um den Klimawandel darzustellen. Dabei handelt es sich einerseits um wissenschaftliche Grafiken und andererseits um Bilder von konkreten Klima-Ereignissen (Schneider and Nocke, 2014: 10). Letztere sind oft ikonische Bilder, die Emotionen hervorrufen sollen, und beziehen sich typischerweise auf negative Effekte des Klimawandels (wie einen Polarbären in einer von steigenden Temperaturen beeinflussten Umgebung). Im Gegensatz zu diesen doch eher

konkreten Darstellungen sind wissenschaftliche Repräsentationen oft abstrakter. Sie dienen beispielsweise dazu, die Entwicklung bestimmter klimatischer Variablen in lokalen oder temporalen Zusammenhängen darzustellen. Dies wird mittels Karten, Diagrammen oder anderen Arten von Grafiken deutlich gemacht. Darüber hinaus gilt es, in dieser Kategorie wissenschaftliche Gütekriterien zur Visualisierung von Daten einzuhalten. Ihre Funktion ist es, Informationen darzustellen und nicht Emotionen auszulösen (Wrobel and Reusser, 2014: 189).

Das Erstellen derartiger Grafiken geht immer mit einer Reduktion von Komplexität einher (Schneider et al., 2014: 162). Wie dies bei Visualisierungen aussehen kann, beschreibt Walsh (2014) genauer. Sie weist darauf hin, dass beispielsweise bei Liniendiagrammen zuerst die Kurve bzw. Trendlinie von den Rezipient_innen betrachtet wird, da diese oft als Zusammenfassung aller weiteren, komplexen Informationen wahrgenommen wird. Darüber hinaus ist es für die Betrachter_innen leichter, dem jeweiligen Diagramm Sinn zuzuschreiben, je einfacher und klarer die Linie dargestellt ist (Walsh, 2014: 96). In diesem Sinne sind Grafiken, Diagramme und Bilder immer als Träger einer bestimmten Botschaft zu verstehen.

Ein großes Problem bei der Darstellung von Klimadaten ist es, dass es nur eine begrenzte Anzahl an Möglichkeiten und/oder Blickwinkel gibt, aus welchen diese betrachtet werden können. So bleiben viele Informationen verborgen, da es vor der Visualisierung nötig ist, eine statistische Aggregation vorzunehmen (Nocke, 2014: 57). Nocke (2014: 57) beschreibt dieses Datenverhältnis wie jenes eines unter Wasser liegenden Eisbergs zu dessen Spitze. Dies ist problematisch, da Bilder - und in Bezug auf dieses Thema vor allem auch wissenschaftliche Bilder - Macht ausüben. Wie der Klimawandel dargestellt wird, beeinflusst, wie er in weiterer Folge wahrgenommen wird (Schneider and Nocke, 2014: 9).

Wissenschaftliche Forschung gab den Anstoß dafür, den Klimawandel auf unterschiedliche Art und Weise darzustellen. Neben Graphen, Tabellen oder Karten, wurden diese Erkenntnisse auch in andere Bereiche und damit andere Bilder transferiert. Neben wissenschaftlichen Grafiken gibt es noch viele andere Strategien, den Klimawandel zu illustrieren und glaubhaft zu machen (Schneider and Nocke, 2014: 10–11).

Während grafische (wissenschaftliche) Repräsentationen des Klimawandels vor allem nützlich sind, um komplexe Dynamiken wie den Wandel der Atmosphäre zu

beschreiben, zielen Fotografien darauf ab, die möglichen Auswirkungen zu illustrieren. Häufige Darstellungen sind hilflose Polarbären, Überflutungen oder ausgetrockneter Boden. Diese begleiten oftmals die Medienberichterstattung zum Thema Klimawandel (Mahony and Hulme, 2014: 106). Diagramme, Tabellen und Grafiken vermitteln wissenschaftliche Fakten über die Existenz des Klimawandels. Im Gegensatz dazu vermitteln Fotografien Eindrücke bedrohlichen Naturkatastrophen (Grittmann, 2014: 138–139).

Beide Kategorien sind mittlerweile ins kollektive Gedächtnis der derzeitigen Gesellschaft übergegangen. Das bedeutet, dass diese Bilder die Vorstellungen einer sich durch den Klimawandel verändernden Welt prägen (Schneider and Nocke, 2014: 10).

Ein konkretes Beispiel für die Darstellung des Klimawandels ist die Visualisierung des Ozonlochs. Es ist zu bedenken, dass es sich hier um Grafiken handelt und nicht um „reale“ Aufnahmen. Hierbei handelt es sich um die Darstellung einer wirkmächtigen Metapher über einen fragilen Planeten und das Symbol einer ökologischen Katastrophe (Grevsmühl, 2014: 47–48). In Bezug auf derartige computergestützte Grafiken kann eine Visualisierung des Klimawandels als Darstellung der wichtigsten Eigenschaften eines Datensets (z.B. zur Erderwärmung oder zum Ozonloch) verstanden werden. So findet hier eine Transformation von abstrakten Informationen in Bilder statt. Ziel hierbei ist es, die Analyse zu vereinfachen und Klimamodelle, -daten und -konzepte verständlich zu machen (Nocke, 2014: 56). Dies geht allerdings mit der bereits angedeuteten Reduktion von Komplexität einher.

Ein weiteres Beispiel und gleichzeitig eines der bekanntesten in Bezug auf dieses Thema ist die Darstellung der klimatischen Erwärmung. 2001 wurde dieser vom IPCC erstmals als Art „Ampeldiagramm“ visualisiert. Dabei wurde die Gefahr des Temperaturanstiegs in verschiedenen Szenarien (Anstieg nach Grad) schematisch abgebildet und mit Farben (Rot für sehr bedrohlich) gekennzeichnet (Mahony and Hulme, 2014: 106–107). In dieser Grafik wird durch Kolorierung implizit auf Risiko und Bedrohung verwiesen. Wie in vielen wissenschaftlichen Darstellungen von Klimadaten zeigt sich hier, dass auf eine gewisse zeitliche Komponente Bezug genommen wird (Nocke, 2014: 60).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Visualisierung von Klimadaten bzw. Vorgängen sowohl wissenschaftlich von Bedeutung ist als auch diese Einblicke in

weiterer Folge der breiten Masse zu kommunizieren (Nocke, 2014: 72). Vor allem letzteres wird neben den verwendeten Bildern noch von den Frames bestimmt, unter welchen dieses Thema verhandelt wird.

2.5.2.2. Rahmung von Klimawandeldarstellungen

Das Thema Klimawandel wird von vielen Rahmungen bestimmt. Diese können von einer Beschreibung desselben bis zu Diskussionen darüber reichen (Broadbent et al., 2016: 4). Diese handeln von Akzeptanz bzw. Ablehnung wissenschaftlicher Erkenntnisse, sowohl regionalen als auch globalen ökologischen Bedenken, politischen Anliegen und bis zu welchem Grad Regierungen Emissionsreduktionen unterstützen. Des Weiteren kann der Klimawandel beispielsweise als „real“ oder „imaginär“ beschrieben werden. Zudem spielen viele verschiedene Bereiche wie ökonomische Effekte, alternative Energie-Technologien, politische Prozesse oder die Zuweisung von Verantwortung eine Rolle dabei, wie dieser verhandelt wird (Broadbent et al., 2016: 3–4).

In Verbindung mit Zeitungsartikeln identifizieren Broadbent et.al (2016: 3) vier Hauptkategorien, in welche Frames in Bezug auf das Thema Klimawandel meist fallen. Diese sind die Validität der Klimawissenschaft, das Ausmaß der ökologischen Bedrohung, klimapolitische Maßnahmen bzw. deren Ausmaß und die Unterstützung von Maßnahmen zur Schadensminimierung (Broadbent et al., 2016: 12). Weitere Rahmungen, unter welchen dieses Thema verhandelt wird, sind die Interaktion von Mensch und Natur, ökologische Gerechtigkeit, Menschenrechte, ökonomische Herausforderungen oder das Begreifen des Klimawandels als natürliche Varianz (Moernaut et al., 2018: 1314–1315). Zu all diesen Frames gibt es meist unzählige Subframes, welche die Darstellung dieser Thematik prägen.

Ein Beispiel hierfür ist das Schlagwort „Risiko“, mit welchem der Klimawandel häufig in Verbindung gebracht wird, wie bereits in Verbindung mit der Beschreibung der Risikogesellschaft deutlich wurde. Gängige Subframes zu dieser Richtung sind die Inszenierung von Risiko als gegenwärtig in Bezug auf den Klimawandel, der wissenschaftliche Anspruch auf Gültigkeit (also, dass das Risiko wirklich existent ist), dass diese Bedrohung von Menschen ausgelöst wird, die Beleuchtung der potentiellen Konsequenzen und letztlich auch das Aufwerfen der Frage, wie mit diesem Risiko

umzugehen ist (Ross and Rivers, 2019: 979). Vor allem von einem wissenschaftlichen Standpunkt gesehen ist das Thema Klimawandel eng mit der Kommunikation von Risiko verbunden (Grittmann, 2014: 131). Dementsprechend enthalten viele wissenschaftliche Frames in Verbindung mit dem Klimawandel die Darstellung von Risiko. Dies geht vor allem darauf zurück, dass in diesem Bereich vorwiegend auf die möglichen Folgen dieser Veränderung aufmerksam gemacht wird. Die Konstruktion eines Themas als Risiko impliziert die moralische Verpflichtung, darauf zu reagieren. In Verbindung mit dem Klimawandel ist daher die moralische Verpflichtung, sowohl innenpolitisch als auch global Treibhausgase zu reduzieren, eine wichtige Rahmung (Broadbent et al., 2016: 4).

Welche Implikationen Klimawandelframes mit sich bringen, kann anhand von verschiedenen Beispielen verdeutlicht werden. Wie der Klimawandel medial dargestellt wird, hängt stark von nationalen Kontexten ab. So wird dieser in Großbritannien beispielsweise oft als Problem, welches „jede_n“ betrifft, geframed. In US-amerikanischen Medien ist im Gegensatz dazu auffallend, dass skeptischen Stimmen übermäßig viel Platz eingeräumt wird (Stoddart et al., 2016: 220). Dies hängt unter anderem mit der politischen und wirtschaftlichen Ausrichtung zusammen. So wird in den USA Klimawandelskeptikern aufgrund einer starken Verbindung zur fossilen Brennstofflobby viel Platz eingeräumt (Grundmann and Scott, 2014: 231). Einige dieser national spezifischen Besonderheiten werden im weiteren Verlauf auch in der Analyse der österreichischen Dokumente deutlich.

Zudem zeigt sich bei näherer Betrachtung der Rahmungen auf einem allgemeinen Level eine gewisse Verantwortungszuschreibung. Faktoren wie Energie- und Stromerzeugung, Verkehr, zerstörte Wälder und Viehzucht werden häufig als Gründe für den Klimawandel dargestellt. Dieses Framing beruht auf der Logik, dass Treibhausgase einen maßgeblichen Einfluss darauf haben (Grittmann, 2014: 142). Durch das Frame des anthropogenen Klimawandels wird also der Mensch als Auslöser in den Mittelpunkt gerückt. Dies geht mit der Forderung einher, den eigenen CO₂-Abdruck zu minimieren. Dieser Anspruch wird sowohl von Politiker_innen als auch in der Medienberichterstattung im Allgemeinen immer wieder aufgegriffen (Nerlich, 2012: 32). Hier wird die Annahme deutlich, dass es sich um einen menschengemachten Klimawandel handelt. Relevant in den derzeit gängigen Darstellungen ist das „Anthropozän“. So steht der Mensch im derzeitigen Narrativ des Klimawandels deutlich

im Mittelpunkt. Er wird als primärer Umgestalter des Planeten gesehen (Lövbrand et al., 2015: 211, 213, 216).

Abschließend lässt sich sagen, dass Framing per se weder positiv noch negativ ist. Einerseits werden dadurch bestimmte Ausschnitte der Realität betont. Andererseits geraten dadurch andere Aspekte, die vielleicht ebenfalls wichtig für einen Diskurs wären, ins Hintertreffen (Davies et al., 2017: 496).

Frames werden sowohl in der politischen als auch der öffentlichen Sphäre eingesetzt, um strittige Themen darzustellen. Framing wird von verschiedenen Akteur_innen wie Politiker_innen, NGOs, Journalist_innen oder Wissenschaftler_innen benutzt, um bestimmte Komponenten eines Diskurses zu betonen (Grittmann, 2014: 135).

Nicht nur die breite Öffentlichkeit wird von Images und Frames beeinflusst. Sie nehmen auch Einfluss auf Entscheidungsträger_innen und Politiker_innen (McNeil et al., 2017: 449). Dies hat in weitere Folge Auswirkungen darauf, wie bestimmte Entscheidungen legitimiert und argumentiert werden (Grittmann, 2014: 132). Dabei kann davon ausgegangen werden, dass verschiedene Entscheidungsträger_innen unterschiedliche Prioritäten bezüglich Rahmung und Inszenierung von Diskursen wie jener des Klimawandels haben (Beck et al., 2017: 1069, 1075, 1078).

Wie der Klimawandel wahrgenommen wird, prägt das Verständnis von Natur und Gesellschaft als lenkbare Bereiche (Lövbrand et al., 2009: 7). Insofern ist es eine Möglichkeit, die Rahmung von Diskursen zu verändern, um allgemeine Aufmerksamkeit zu erzeugen und zu Handlungen zu motivieren (Hackmann et al., 2014: 654). Dies ist auch für die Thematik *Securitization* des Klimawandels in Österreich relevant, denn welche Vorstellungen über ein Thema kursieren, prägt den hierzu geführten Diskurs maßgeblich. Wie vor allem aus diesem Unterkapitel deutlich wird, wird in Bezug auf das Framing eine deutliche Tendenz zu Risikominimierung in Verbindung mit Sicherheitsdiskursen deutlich.

Der Begriff *Risiko* beherrscht Debatten und Darstellungen rund um den Klimawandel. Das zeigt sich in Feldern wie Wissenschaft und Politik, wird aber auch in Verbindung mit Zukunftsvorstellungen oder der medialen Aufarbeitung deutlich. Das Hervorheben von Risiko hat dabei ein Ziel: Es soll zu erfolgreichen Handlungen und zur Minderung der Katastrophenwahrscheinlichkeit führen. Die Rede ist also von Sicherheit. Diese, als Folge von Risiko, ist zentral für das nächste Kapitel.

3. Sicherheit, *Securitization* und der Klimawandel als Risiko

Die Bereiche Wissenschaft und Gesellschaft sind geprägt von Debatten über Risiko (European Commission and Directorate-General for Research, 2007: 16). Das wurde bereits im vorigen Kapitel beschrieben. Da diese Debatten meist im Wunsch nach Sicherheit münden, ist eben jene für diesen Abschnitt zentral.

Obwohl *Sicherheit* sowohl in den Sozialwissenschaften als auch in der Politik zentral ist, herrscht Uneinigkeit darüber, was dieser Begriff eigentlich bedeutet (Del Sarto, 2006: 508). Die Definition des Begriffs hängt viel mehr von lokalen, historischen und sozio-politischen Faktoren ab (Hayes and Knox-Hayes, 2014: 85).

Im Allgemeinen kann davon ausgegangen werden, dass die Bestrebung, Sicherheit herzustellen, aus der Angst vor bestimmten Bedrohungen hervorgeht (Williams, 2011). Das deklarierte Ziel ist es, Risiko beherrschbar zu machen (Fortun et al., 2017: 1003). Sicherheit zielt darauf ab, Personen vor Bedrohungen zu bewahren und (staatliche) Politik in Gang zu bringen, die sich mit der Bedrohung der sozialen Stabilität beschäftigen (O'Lear and Dalby, 2015: 7). Als derartiges Risiko wird auch der Klimawandel wahrgenommen.

Im Falle der globalen Erwärmung ist unklar, was zu tun ist, und vor allem, wer zu handeln hat. Dennoch kommt diesem Thema durch die eingeschriebene Sicherheitsfrage Priorität zu (O'Lear and Dalby, 2015: 7). Aus diesem Grund wird im folgenden Kapitel zuerst darauf eingegangen, wie sich das Narrativ des Klimawandels als Sicherheitsrisiko entwickelt hat und welche Implikation das für aktuelle Debatten und Diskurse hat.

Darauf aufbauend wird das Thema Klimasicherheit als Weiterführung der Darstellung des Klimawandels als Risiko behandelt. Dieses wird in drei Bereiche untergliedert. Selbige sind unter anderem der Klimawandel als Risiko in Bezug auf die Themen Sicherheit, Sicherheit und Wissen(schaft) und Sicherheit und Politik. Wie bereits aus den Titeln abzulesen ist, waren die letzten beiden Bereiche bereits bei der Verhandlung von Risiko relevant. Hier werden Wissen(schaft) und Politik aus der entgegengesetzten Richtung, in Verbindung mit dem Begriff Sicherheit, genauer beleuchtet.

Basierend auf einer Beschreibung, wie Sicherheit in verschiedenen Bereichen behandelt wird, steht *Securitization* im Mittelpunkt. Dieser Begriff entstand als

Theoriegerüst, um zu verstehen, wie bestimmte Themen zu Sicherheitsbelangen werden und welche Konsequenzen das mit sich bringt (Nyman and Zeng, 2016: 302). Im Besonderen wird *Securitization* in Zusammenhang mit den Annahmen der *Copenhagen School* diskutiert. In ihren theoretischen Ansätzen wird dieser Begriff als Prozess beschrieben, bei welchem bestimmte Themen als Sicherheitsrisiko dargestellt werden (Bo, 2016: 95; Guzzini, 2011: 335; McDonald, 2012: 581; Nyman and Zeng, 2016: 302; Oels and Von Lucke, 2015: 44; Thomas, 2015: 98–99; Warner and Boas, 2017: 205). Diese werden (mittels Sprechakten) zu Sicherheitsproblemen gemacht. Dadurch können die aus dem normalen Politikprozess herausgenommen und außergewöhnliche Maßnahmen eingesetzt und legitimiert werden, um die Bedrohung abzuwenden (Oels and Von Lucke, 2015: 45; Rothe, 2016: 4; Stritzel, 2011: 343).

Aufbauend auf dieser allgemeinen Beschreibung steht die Frage, ob Klimawandel *securitized* wurde und wird, im Mittelpunkt. Nach Meinung einiger Autor_innen ist das eindeutig nicht der Fall (Oels and Von Lucke, 2015). Nichtsdestotrotz wird in diesem Kapitel dargelegt, dass im Falle des Klimawandels sehr wohl von einer Form von *Securitization* gesprochen werden kann. In weiter Folge wird diese Annahme anhand von Beispielen gestützt. Besonders häufig werden dabei die Themen klimabedingte Konflikte und Migration adressiert.

3.1. Klimasicherheit

Die Debatte über Umweltsicherheit wird vor allem in den letzten Jahren immer wieder unter dem Schlagwort Klimasicherheit geführt. Dabei verbinden sich die Themen Energie, Veränderungen der Umwelt, Klima und Belange der nationalen Sicherheit miteinander (Dalby, 2015: 83).

Das Framing des Klimawandels als Sicherheitsrisiko wird vor allem nach einem auslösenden Ereignis deutlich. Der IPCC erhielt 2007 den Friedensnobelpreis und steigerte dadurch seine wissenschaftliche und mediale Präsenz.⁷ Dieses Ereignis kennzeichnet gleichzeitig die Entstehung eines neuen Frames bzw. Narratives in

⁷ Wie bereits im vorhergehenden Kapitel erwähnt, legt der IPCC in seinen Beschreibungen und Empfehlungen den Fokus sehr stark auf die Risiken und Auswirkungen des Klimawandels. Es ist anzunehmen, dass diese Vorgehensweise das Narrativ des Klimawandels als Sicherheitsrisiko begünstigte.

Verbindung mit dem Klimawandel: die Beziehung zwischen der globalen Erwärmung und (inter-)nationaler Sicherheit (Rothe, 2016: 1, 83).

Die Annahme, dass der Klimawandel ein Sicherheitsrisiko ist, entwickelte sich nicht plötzlich. Spätestens Mitte der 1980er Jahre wurden in den Sicherheitswissenschaften Stimmen laut, traditionelle Konzepte um Faktoren wie Krankheiten oder Umweltkatastrophen zu erweitern (Del Sarto, 2006: 508).

Das Narrativ des Klimawandels als Sicherheitsrisiko als solches ging einer Reihe früherer Diskurse hervor, die bis in die frühen 1990er Jahre zurückreichen. Zentral dafür war eine Neudefinition des Sicherheitsbegriffes (Rothe, 2016: 83). Dabei kam es zur Entwicklung des Konzeptes der menschlichen Sicherheit von Seiten des UNDP (*United Nations Development Programme*). Der Fokus von Sicherheitspolitik wurde auf das einzelne Individuum gelegt. So wurde eine Verbindung zwischen Entwicklung und Umwelt hergestellt und proklamiert, dass die Lösung für Umweltveränderungen Nachhaltigkeit ist (Rothe, 2016: 84–85).

Wie stark der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Sicherheit mittlerweile ist, wird anhand der Tatsache deutlich, dass sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UNSC) am 15. Februar 2013 bereits zum dritten Mal mit den Risiken des Klimawandels beschäftigte (Oels and Von Lucke, 2015: 43). Auch in den darauffolgenden Jahren blieb der Klimawandel und dessen Schadenswahrscheinlichkeit sowohl politisch als auch wissenschaftlich eines der Top-Themen (Chmutina et al., 2018: 460; Hayes and Knox-Hayes, 2014: 82; Schäfer et al., 2016: 76–77). Das erklärte Ziel in Diskursen rund um den Klimawandel ist häufig, einen Weg zu finden, mit klimatischen Bedingungen und Bedrohungen zu leben (Hulme, 2011: 246).

Der Klimawandel wurde von einer Vielzahl von Akteur_innen als bedeutendes Sicherheitsrisiko akzeptiert. Nichtsdestotrotz sind die (politischen) Strategien diesem entgegenzuwirken oft unsystematisch, technokratisch und chaotisch (Rothe, 2016: 2–3). Aus diesem Grund wird immer wieder von Wissenschaftler_innen, Umweltschützer_innen oder Entscheidungsträger_innen die Sorge laut, den Klimawandel nicht eindämmen zu können (Grundmann and Scott, 2014: 220).

Obwohl es eine breite Akzeptanz des Sicherheitsrisikos Klimawandel gibt, bleiben unumschränkt wirksame Handlung aus. Das wirft die Frage auf, wieso dies der Fall ist.

Es ist davon auszugehen, dass bestimmte Vorstellungen zu einem gewissen Thema wie dem Klimawandel die daraus hervorgehenden Handlungen beeinflussen (Grundmann and Scott, 2014: 220). Es ist von Bedeutung, die Stellung desselben als Risiko in Verbindung mit dem Begriff Sicherheit genauer zu beleuchten. Diese Verbindung ist im nächsten Unterkapitel zentral. Darauf aufbauend wird beschrieben, wie Sicherheit in die Bereiche Wissen(schaft) und Politik hineinspielt.

3.1.1. Sicherheit und der Klimawandel als Risiko

Ob ein Thema wie der Klimawandel als Risiko oder Katastrophe dargestellt wird, hat Einfluss darauf, wie damit umgegangen wird (Warner and Boas, 2017: 203). Es hat maßgebliche Effekte, wie die darauffolgenden Handlungen und möglichen Ereignisse imaginiert und geplant werden (Fortun et al., 2017: 1009, 1011).

Die Konstruktion von Klimawandel als Risiko ist vorwiegend zukunftsorientiert. Welche tatsächlichen Implikationen dieser mit sich bringt, ist zu einem großen Teil unsicher (Chmutina et al., 2018: 463). Obwohl wissenschaftliche Fakten in Bezug auf den Klimawandel als Sicherheitsrisiko (in Sinne von tatsächlichen Auswirkungen) alles andere als verlässlich sind, genießt dieses Narrativ breite Akzeptanz (Rothe, 2016: 210).

Die Bedrohung durch den Klimawandel wird als real und zukünftig dargestellt. Die damit einhergehende Verbindung mit dem Begriff Sicherheit erhöht die Sichtbarkeit dieser Problematik (Chmutina et al., 2018: 463).

Es gibt unterschiedliche Ansichten, wie genau die Beziehung zwischen Sicherheit und Risiko in Verbindung mit dem Klimawandel aussieht. So gehen Chmutina et al. (2018: 463) davon aus, dass sich dieser nicht nahtlos in traditionelle Konzeptionen von Sicherheitsdiskursen einfügt. Im Besonderen fehlt bei dieser Thematik die Freund-Feind-Logik (Chmutina et al., 2018: 463). Im Gegensatz dazu proklamiert Rothe (2016: 101), dass der Klimawandel in Sicherheitsdiskursen oftmals personifiziert wird. So erscheint er ein klar definierbares, feindliches Subjekt mit der Fähigkeit zu handeln zu sein. Daraus, dass der Klimawandel als Feind oder Bedrohung konstruiert wird, folgt die Not, sich zu verteidigen (Rothe, 2016: 101).

Für diese Arbeit übernehme ich die Ansicht Rothes, dass der Klimawandel als Feindbild konstruiert wird. Dies wird vor allem im weiteren Verlauf des Kapitels in

Zusammenhang mit *Securitization* immer wieder deutlich. So verweisen viele bekannte Kollektivsymbole im Klimasicherheitsdiskurs auf Metaphern von Krieg und Kampf (Rothe, 2016: 100). Zudem werden bei Klimasicherheitsdiskursen vor allem drei Komponenten als potentielles Risiko begriffen. Diese sind Umweltkonflikte, Umweltflüchtlinge und die Umwelt selbst (bzw. die Implikationen, wenn diese sich verändert) als Referenzobjekt (Rothe, 2016: 91). Aus diesem Grund ist anzunehmen, dass der Klimawandel durchaus als Feindbild personifiziert und in weiterer Folge mit dem Risiko desselben dementsprechend umgegangen wird.

Risiko wird gehandhabt, indem versucht wird, Sicherheit herzustellen. Zwei Felder, in denen dieser Bestrebung nachgegangen wird, sind Wissen(schaft) und Politik. Wie genau das aussieht, wird in den folgenden beiden Unterkapiteln dargestellt.

3.1.2. Sicherheit und Wissen(schaft)

Die Bereiche Wissenschaft und Gesellschaft sind geprägt von Debatten über Risiko (European Commission and Directorate-General for Research, 2007: 16). Daraus folgt der Wunsch nach Sicherheit und die Suche nach Strategien (Entscheidungen, Vorstellungen, Verpflichtungen), diese zu erlangen (European Commission and Directorate-General for Research, 2007: 31). Sicherheit ist also das erklärte Ziel.

Aus Risiko geht der Anspruch auf Sicherheit hervor. Bei deren Herstellung spielen Wissenschaft und Technik eine maßgebliche Rolle. Wie Wissen erzeugt wird, ist sowohl für die Herstellung von Sicherheit als auch breitere Implikationen von Sicherheitsmechanismen entscheidend (Vogel et al., 2017: 973). Der Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Sicherheit ist im Folgenden zentral. Ziel dieses Kapitels ist es, zu umreißen, welche Bedeutung der Begriff Sicherheit in Verbindung mit Klimawissenschaft bzw. Wissen über den Klimawandel hat.

Ein Beispiel, wie Sicherheit in Verbindung mit dem Klimawandel kommuniziert wird, ist der IPCC. Dieser liefert die wissenschaftliche Grundlage, auf deren Basis andere Akteur_innen den Klimawandel zur Sicherheitsbedrohung erklärt haben (Oels and Von Lucke, 2015: 48). Für den IPCC gilt es als erstrebenswert, eine „Kultur der Sicherheit“ zu erzeugen. Wie das aussehen könnte, wird in folgendem Zitat genauer beschrieben:

„Building a culture of safety involves several strategies and activities that start with the assessment of risk factors and development of information systems that provide relevant information for critical decisionmaking. It also involves understanding the large variety of beliefs

and core value systems, which will help determine decisions made by different actors and stakeholders.“ (Lal et al., 2012: 362)

Eine maßgebliche Strategie Sicherheit herzustellen beginnt damit, die Risikofaktoren zu analysieren. Wie bereits angemerkt, werden in Verbindung mit dem Klimawandel hier oft Umweltkonflikte, Umweltflüchtlinge und die Umwelt selbst (bzw. die Implikationen wenn diese sich verändert) thematisiert (Rothe, 2016: 91).

In der Forschung zeichnet sich der Trend ab, vor allem den ersten beiden Kategorien (Gewalt und Migration) Beachtung zu schenken. In den letzten Jahren setzten sich Wissenschaftler_innen vermehrt mit potentieller klimabedingter Migration auseinander. Dabei wurde das Risiko einer Erhöhung des Konfliktpotentials durch den Klimawandel hervorgehoben (Oels and Von Lucke, 2015: 43–44). Neben Migration wird also auch die Beziehung zwischen gewaltsamen Konflikten und dem Klimawandel erforscht. Diese mögliche Bedrohung ist bereits seit geraumer Zeit von Bedeutung für die Katastrophenforschung.

In den 1990er Jahren begannen Wissenschaftler_innen, einen Kausalzusammenhang zwischen Umweltveränderungen und der Wahrscheinlichkeit gewalttätiger Konflikte in Ländern des globalen Südens zu untersuchen (Rothe, 2016: 85). Einen neuen Höhepunkt erlange das öffentliche und akademische Interesse an Klimakonflikten Mitte der 2000er Jahre. Zur gleichen Zeit wurde auch die Frage von Wissenschaftler_innen aufgegriffen, ob Klimawandel zu innerstaatlichen, bewaffneten Konflikten führen könnte (Meierding, 2015: 53–54). Weiters wurden in den letzten Jahren quantitative Forschungen zu angeblich durch das Klima ausgelösten Konflikten immer weiter verbessert. Hierbei ist es ein Ziel, die Verbindung zwischen Klimawandel und Konflikten deutlich zu machen (Meierding, 2015: 52). Eine Grundannahme dabei ist, dass die Verhältnisse, in welchen Menschen leben, deren Verhalten prägen. So wurde davon ausgegangen, dass die Entwertung der Umwelt in bestimmten Regionen die Bewohner_innen gleichzeitig empfänglicher für radikale Ideologien und Bewegungen machen würde und auch bestehende Abneigungen gegenüber bestimmten Gruppen verfestigen. In diesem Sinne wurde von Autor_innen dieser Richtung die Verbindung zwischen Umwelt und Terrorismus hergestellt und die Annahme, dass sozio-ökonomische Bedingungen zu politischem Extremismus führen würden, verfestigt (Rothe, 2016: 89). In den benutzen Modell wird davon ausgegangen, dass es unter *bestimmten* Umständen wie Armut, ethnischer

Marginalisierung einzelner Gruppen oder schwachen politischen Institutionen Gewalt begünstigt werden könnte (Meierding, 2015: 60).

Die angebliche Verbindung von Klimawandel und gewalttätigen Konflikten wird auch in einem Report von zwei IPCC-Arbeitsgruppen aufgegriffen. Darin wird erklärt, dass es keinen Eins-zu-Eins-Zusammenhang zwischen Wetterextremen bzw. Klimawandel und sozialen, ökonomischen oder ökologischen Katastrophen gibt, die die normale Funktionsweise von Gesellschaften beeinträchtigen können (Lavell et al., 2012: 33).

Durch den medialen und politischen Fokus auf Sicherheit und Klimawandel rückt das Thema klimabedingte Konflikte dennoch immer wieder in den Mittelpunkt. Wissenschaftliche Betrachtungen hierzu werden von zwei konkurrierenden Ansichten geprägt. So sehen einige Klimawandel als Auslöser von Klimakonflikten oder sogar als Hyper-Variable für globale Sicherheit im 21. Jahrhundert. Andere bezweifeln dies. Ihrer Meinung nach kann der Klimawandel allein gewaltsame Konflikte und andere Sicherheitsbedrohungen kaum erklären (Rothe, 2016: 2).

Darüber hinaus warnen einige Wissenschaftler_innen davor, dass die proklamierte Beziehung von Klimawandel, Sicherheit und Überleben zu den „falschen“ politischen Maßnahmen führen könnte und damit extreme Schritte legitimiert werden könnten. Ein Beispiel hierfür ist eine voranschreitende Militarisierung, um Umweltagenden durchzusetzen (Rothe, 2016: 2). Daneben ist zu erwähnen, dass die Darstellung bestimmter durch den Klimawandel betroffenen Regionen oder Gruppen als potentieller Risikofaktor eindeutig eine stereotype und diskriminierende Komponente hat.

Zur Zeit gibt es keine negativen politischen Implikationen aufgrund eines Diskurswandels rund um den Klimawandel. Stattdessen ist der Umgang von Staaten mit diesem Problem eher konventionell. Beispiele hierfür sind lokale Adaptionenprojekte zu finanzieren, das Bewusstsein der Bevölkerung zu steigern und die Weiterbildung derselben zu fördern. Klimasicherheitspolitik scheint aufgrund dieser Förderungsausrichtung von Resilienz geprägt (Rothe, 2016: 2–3). Auch alle Handlungsempfehlungen des IPCC blieben bis jetzt im Rahmen „normaler“ Politik (Oels and Von Lucke, 2015: 48).

Nichtsdestotrotz haben Annahmen wie die Verbindung zwischen gewaltsamen Konflikten und dem Klimawandel Macht. Sie können den Grundstein für die

Bewältigung der dadurch wahrscheinlich auftretenden Veränderungen sein (Lal et al., 2012: 342). Das bedeutet aber auch, dass die Maßnahmen zur Herstellung von Sicherheit leichter legitimiert werden können.

Obwohl unsicher ist, ob und welche Sicherheitsimplikationen der Klimawandel mit sich bringt (Rothe, 2016: 2), besteht der Druck, auf mögliche Folgen zu reagieren. Die getroffenen wissenschaftlichen Annahmen wirken sich also auch auf andere Bereiche aus. Ein Beispiel hierfür ist die politische Entscheidungsfindung. Gleich wie Wissenschaft und Politik unter Bezugnahme auf Risiko sind diese beiden Felder auch unter dem Schlagwort *Sicherheit* eng verwoben.

3.1.3. Sicherheit und Politik

Der Klimawandel wurde unter dem Überbegriff Umweltsicherheit zunächst auf wissenschaftlicher Ebene verhandelt. Von akademischen Diskursen fand dieses Thema in weiterer Folge Eingang in die Politik (Rothe, 2016: 91). Klimawandel geht über die Belange von Umweltsicherheit hinaus, da hier vermehrt menschliche und nationale Sicherheit als gefährdet gesehen werden. Aus diesem Grund hat dieses Thema auch politisch eine höhere Priorität (Dalby, 2015: 83). In das Feld der Politik fand das Thema Klimawandel über das damit verbundene Risiko und die darauffolgende Forderung nach Sicherheit Eingang.

Es ist notwendig, die größten durch den Klimawandel entstandenen Schäden für Menschen und andere Spezies in unmittelbarer Zukunft zu begrenzen. Nichtsdestotrotz sind es gerade die derzeitigen Ideen und politischen Strukturen, die ökonomische und politische Maßnahmen begünstigen, die das derzeitige System aufrechterhalten und damit und gefährliche Veränderungen im Klimasystem hervorrufen (O’Leary and Dalby, 2015: 2).⁸ Aus diesem Grund stehen in diesem Kapitel Entscheidungsträger_innen und Maßnahmen, um Sicherheit herzustellen, im Vordergrund.

Eine logische Annahme ist, dass das globale Problem Klimawandel auch von (inter-)nationalen Akteur_innen gelöst werden sollte (Rothe, 2016: 3). Problematisch ist

⁸ Wie bereits im vorhergehenden Kapitel beschrieben, wird als Reaktion auf Risiko und Maßnahme, um Sicherheit herzustellen, oft der derzeitige Status quo als Ausgangslage genommen. So wird beispielsweise versucht, Treibhausgase auf ein „sicheres“ Niveau zu reduzieren. Mögliche Alternativen werden außer Acht gelassen.

allerdings das Fehlen von juridischer Macht auf einem globalen Level, um dementsprechende politische Maßnahmen hervorzurufen (Bourk et al., 2017: 822). Ein Beispiel hierfür ist die UNFCCC (*United Nation Framework Convention on Climate Change*). Diese Organisation ist eindeutig legitim. Die vom UNFCCC ins Leben gerufenen Abkommen (wie das Kyoto-Protokoll, das Paris Agreement) wurden von vielen Staaten unterzeichnet. Die in diesen Abkommen beschriebenen Ziele basieren auf den Einschätzungen des IPCC (UNFCCC, 2020). Basierend darauf kann die UNFCCC auf einem globalen Level als *die* Verbindung zwischen Wissenschaft (IPCC) und Politik (UNFCCC) gesehen werden. Dennoch werden Verstöße gegen die getroffenen Abkommen nicht geahndet.⁹ Zusätzlich stellt sich hier die Frage, wer auf einem globalen Level die Legitimität besitzt, Rechenschaft einzelner Staaten bzw. Akteur_innen einzufordern. Dies ist dem eben beschriebenen Fehlen von juridischer Macht in Bezug auf den Klimawandel auf einer globalen Ebene geschuldet. Aufgrund dessen bleiben auch die Fragen, wer die Handlungsmacht hat bzw. wie Verstöße gegen Klimaabkommen geahndet werden könnten, unbeantwortet.

Da globale Strukturen, wie mit dem Thema Klimawandel umgegangen werden soll, weitgehend fehlen bzw. die juridische Komponente unklar ist, wird die Herstellung von Sicherheit auf kleinere Ebenen heruntergebrochen. Der Umgang mit diesem Risiko wird auf verschiedene öffentliche und private Personen und Organisationen verteilt, wie Gemeinschaften, Städte, NGOs und Unternehmen (Rothe, 2016: 3). Sicherheit ist nicht nur ein Problem, welches von Regierungen behandelt wird. Sie betrifft private und Non-Profit-Organisationen gleich wie öffentliche Institutionen. Vor allem letztere wurden lange verantwortlich für die Gewährleistung derselben gehalten (Comfort, 2005: 347).

Trotz allem ist der Staat in vielen Vorstellungen der primäre Ansprechpartner für Bedrohungssituationen (Bulkeley, 2005: 878). Als solches ist der Klimawandel auch als staatliche Angelegenheit zu verstehen, bei welcher es darum geht, Gefahren durch politische Maßnahmen in Sicherheit zu verwandeln (O’Lear and Dalby, 2015: 7). Dieser Bestrebung wird auf unterschiedliche Art und Weise nachgegangen.

⁹ Hier ist anzumerken, dass es zwar Strafzahlungen gibt (BKA et al., 2017; Umweltbundesamt, 2017, 2018, 2019, 2020), wer die Legitimität besitzt eine Zahlungsverweigerung zu ahnden, ist allerdings fraglich. Darüber hinaus gibt es auch keine Konsequenzen bei Ausstieg aus den Protokollen, wie am Beispiel der USA (Ausstieg aus dem Paris Agreement) deutlich wird.

Sicherheitsdebatten sind länderspezifisch. So wird der Begriff Sicherheit beispielsweise in den USA und in Europa unterschiedlich verwendet. Erstere fokussieren sich hier vor allem auf den Verteidigungs- und Sicherheitssektor. Im Falle von Europa steht eher die menschliche Sicherheit in Ländern des globalen Südens im Mittelpunkt (Oels and Von Lucke, 2015: 58). Durch unterschiedliche Sicherheitsbegriffe wurden auch unterschiedliche Maßnahmen möglich. In Industrieländern und kleinen Inselstaaten wurde die Verantwortung des Sicherheitsrates unterstrichen und der Fokus auf sicherheits- und verteidigungspolitische Gegenmaßnahmen gelegt (Oels and Von Lucke, 2015: 59).

Im Diskurs um menschliche Sicherheit und den Klimawandel wird also der Staat in der Pflicht gesehen zu reagieren. Die nationale Reduktion von mit dem Klimawandel verbundenen Risiken vereint eine breite Strategiegrundlage. Diese umfasst unter anderem sichere Normen zur Errichtung von Infrastruktur und Gebäuden, die das natürliche Ökosystem schützen oder die menschliche Entwicklung vorantreiben. Auch wenn die Wirkung dieser Strategien minimal ist, können sie in Kombination hochgradig effektiv sein. Derartige Risikoreduktionsstrategien werden immer öfter als gute Praktiken angesehen, um die Adaption an den Klimawandel voranzutreiben (Lal et al., 2012: 366).

Wie Strategien aussehen, die die Bedrohung des Klimawandels mindern sollen, impliziert gleichzeitig auch, an wen diese sich wenden. Sicherheitsdiskurse in Bezug zu Klimawandel prägen die Ansicht, wer vor dadurch ausgelösten Veränderungen geschützt werden muss und wer zuständig ist, die Mittel hierfür zur Verfügung zu stellen (McDonald, 2013: 49). Klimafragen werden meist von Akteurinnen und Akteuren in industrialisierten Ländern besprochen. Dabei werden sich entwickelnde Länder häufig als „Opfer“ dargestellt (Schäfer et al., 2016: 81; Scott, 2012: 221). Hier wird deutlich, wer in der Pflicht gesehen wird zu handeln (industrialisierte Länder) und wer vor etwaigen Gefahren geschützt werden soll (in Bezug auf den Klimawandel vulnerable Regionen, wie sie unter anderem in Ländern des globalen Südens zu finden sind).

In Verbindung mit dem Klimawandel wird immer wieder die Forderung laut, dass sich politische Maßnahmen auf die Verletzlichsten konzentrieren sollten, zum Beispiel Menschen, die in sogenannten Klima-Hot-Spots leben (Oels, 2015: 194). Statt den Klimawandel als ein rein zukünftiges Risiko zu begreifen, wird hier die Ansicht deutlich,

dass dieser bereits jetzt Schaden mit sich bringt (von welchem vor allem vulnerable Populationen betroffen sind). Damit wird der Klimawandel zu einem gegenwärtigen Katalysator von Sicherheitsbedrohungen. Dieser Diskurswandel erleichtert es, politische Maßnahmen zu ergreifen, die diesem entgegenwirken sollen (Dalby, 2015: 97).

Zentral für Klimapolitik ist, dass die Bevölkerung die Art und Weise versteht bzw. akzeptiert, auf deren Basis Sicherheit erzeugt werden soll (Vogel et al., 2017: 975). So hat auch die Legitimität von Staatshandlungen Grenzen. In Verbindung mit Klimawandel ist keinesfalls klar, wie weit auch der Aufgabenbereich des Staates reicht und wie gehandelt wird, wenn es durch das Management des dementsprechenden Risikos nötig ist, diese Grenzen zu überschreiten (Adam and Groves, 2007: 117). Es gibt mehrere Möglichkeiten, wie mit diesem Sachverhalt umgegangen werden kann.

Einen Weg des Bedrohungsmanagements beschreiben Adam und Groves (2007). Wenn Risiken und Gefahren auftreten, die die legitime Autorität überschreiten, werden die Kosten externalisiert und auf andere Nationen und/oder nachfolgende Generationen ausgelagert. Probleme werden somit weitergeleitet und aus dem jeweiligen Verantwortungsbereich verschoben (Adam and Groves, 2007: 117). Eine andere Möglichkeit, mit Problemen umzugehen, die an die Grenzen der Legitimität gehen, impliziert das Wort Sicherheit selbst. So kann dieser Begriff zur Legitimation staatlicher Aktionen verwendet werden. Dabei wird dieser Begriff als „öffentliches Gut“¹⁰ gehandhabt, welches vom Staat geschützt werden muss (wie durch Budget-, politische oder rechtliche Praktiken, kulturelle Werte und Gewohnheiten) (Vogel et al., 2017: 974).

Der Begriff Sicherheit als Legitimation von (außergewöhnlichen) staatlichen Handlungen spielt in Verbindung mit *Securitization* und auch *Securitization* des Klimawandels eine Rolle. Diese ist im Folgenden zentral.

¹⁰ „Öffentliche Güter“ sind durch zwei Kriterien definiert. Das sind erstens die Nicht-Ausschließbarkeit und zweitens die Nicht-Rivalität. Das bedeutet, dass einzelne Personen keine Eigentumsrechte an „öffentlichen Gütern“ haben und deren Nutzung durch andere nicht steuern oder untersagen können. Darüber hinaus schließt die Nutzung des Gutes durch eine Person die gleichzeitige Inanspruchnahme durch eine andere nicht aus (Grunow, 2011: 230). Auch ein stabiles Klima kann demnach als öffentliches Gut angesehen werden.

3.2. *Securitization*

Securitization ist nicht als einzelne Theorie, sondern eher als theoretische Rahmung für verschiedene Analysen zu verstehen (Guzzini, 2011: 331). Dieser Begriff entstand als Theoriegerüst, um zu begreifen, wie bestimmte Themen zu Sicherheitsbelangen werden und welche Konsequenzen das mit sich bringt (Nyman and Zeng, 2016: 302).

In gewisser Weise wurde der Begriff Sicherheit durch *Securitization* um Analysen sozialer Aspekte erweitert:

„Securitization broke with this potentially interminable security debate by proposing a series of conceptual moves. For one, it ‘sociologized’ the analysis of security. Rather than conducting a first-level analysis of the exact meaning of security, it looks at how that meaning is socially produced.“ (Guzzini, 2011: 330)

Sicherheit wird nicht über die Substanz/den Inhalt des Begriffes verstanden, sondern über dessen Performance als *Securitization* (Guzzini, 2011: 330). Es steht das soziale Konstrukt Sicherheit im Vordergrund.

Securitization ist eines der dynamischsten Felder der heutigen Sicherheitsforschung. Dabei spielen unterschiedliche Faktoren, Argumente und Sicherheitsmechanismen eine Rolle (Bourbeau, 2015: 395). Der *Securitization*-Prozess produziert „das/die Andere/n“. Durch sogenanntes *Othering* werden Feindbilder generiert. Gegen diese soll durch *Securitization* Sicherheit hergestellt werden (Roe, 2012: 253). Hier ist anzumerken, dass Feindbilder nicht als solches existieren, sondern erst während des Prozesses erzeugt werden.

Es gibt verschiedene Definitionen des Begriffes *Securitization* (Bourbeau, 2015: 395). Eine davon ist, dass es sich dabei um miteinander interagierende Prozesse handelt, die, während sie sich selbst produzieren und weiterverbreiten, Bedrohungen generieren. Dabei werden beispielsweise Metaphern, politische Werkzeuge, Images oder Ähnliches von einem/einer Akteur_in dazu gebraucht, Rezipient_innen ein Netz an Implikationen (Folgen einer angeblichen Bedrohung), die bestimmten Sachverhalten zugeschrieben werden, näherzubringen (Bourbeau, 2015: 395).

Als erstes wurde *Securitization* von Ole Wæver im Jahr 1995 beschrieben. Dabei argumentierte er, dass Sicherheit ein intersubjektiver und sozial konstruierter Prozess sein. Dieser richtet sich gegen eine existentielle Bedrohung (Bourbeau, 2015: 395). Die Struktur der *Securitization*-Theorie basiert darauf, dass diese als Akt bzw. produktive Handlung wahrgenommen wird und eine Umgestaltung eines sozialen

Zustandes ist (Wæver, 2011: 468). Wæver gehört neben einigen anderen Autor_innen zur *Copenhagen School*. Neben dieser Gruppe wird *Securitization* auch von der *Paris School* aufgegriffen.

Die *Paris School* baut stark auf den Werken von Pierre Bourdieu auf (Roe, 2012: 252). Diese theoretische Richtung fand ihren Anfang in Kritikpunkten an den Konzepten der *Copenhagen School*. Im Besonderen wurden hier „blinde Flecken“, die sich aus der sprachphilosophischen Ausrichtung derselben ergaben, thematisiert. Die *Paris School* geht in ihrer Theorieentwicklung kontextspezifischer und sensitiver vor als die *Copenhagen School*. So sind für letztere Sprache bzw. sogenannte „Sprechakte“ ausschlaggebend, um von *Securitization* zu sprechen. Im Gegensatz dazu geht die *Paris School* davon aus, dass diese auch anders (z.B. durch performative Handlungen und Praktiken) hergestellt werden kann (Rothe, 2016: 20).

Nichtsdestotrotz wird das Thema Klimawandel in Verbindung mit *Securitization* in der einschlägigen Literatur fast immer unter Bezugnahme auf die Annahmen der *Copenhagen School* beleuchtet. Für diese Masterarbeit stehen die theoretischen Konzepte der *Copenhagen School* und nicht jene der *Paris School* im Vordergrund. Dies ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass es hierzu eine breitere Materialgrundlage und einen expliziten Bezug auf Klimawandel gibt. Zudem beziehen sich nur zwei für diese Masterarbeit verwendeten Quellen (Rothe, 2016; Thomas, 2015) explizit auf die Ansichten der *Paris School*. Dies liegt wahrscheinlich daran, dass die Annahmen der *Copenhagen School* deutlich mehr Reichweite in Verbindung mit dem Thema Klimawandel haben.

3.2.1. *Securitization* und die *Copenhagen School*

In den theoretischen Ansätzen der *Copenhagen School* wird *Securitization* als Prozess beschrieben, bei welchem bestimmte Themen als Sicherheitsrisiko dargestellt werden. Diese Ansicht wird durch Sprechakte vermittelt und in weiterer Folge vom (durch die Sprechenden gewählten) Publikum akzeptiert (Bo, 2016: 95; Guzzini, 2011: 335; McDonald, 2012: 581; Nyman and Zeng, 2016: 302; Oels and Von Lucke, 2015: 44; Thomas, 2015: 98–99; Warner and Boas, 2017: 205).

Die theoretische Rahmung von *Securitization* erklärt, wer die Autorität hat, Vorgänge oder Themen als Sicherheitsrisiko darzustellen, warum das der Fall ist und welche

Implikationen dies mit sich bringt (Sahu, 2011: 26). Die *Copenhagen School* betont die Rolle von Sprache zur Herstellung von Sicherheitsdiskursen (McDonald, 2012: 581; Warner and Boas, 2017: 205). Die Sprechenden sind dabei meist Eliten, die eine existentielle Gefahr vermitteln (Oels and Von Lucke, 2015: 44).

Der von der *Copenhagen School* beschriebene *Securitization*-Prozess läuft nach einem klaren Muster ab. Zuerst gibt es ein Referenzobjekt, dessen Sicherheit angeblich bedroht ist. Der/die Akteur_in wird benannt, von welche_r die *Securitization* ausgeht. Das relevante Publikum wird definiert. Zudem wird die existentielle Bedrohung für das Referenzobjekt von dem/der Akteur_in benannt. Dadurch wird Dringlichkeit zu handeln suggeriert. Dies soll dazu führen, dass nahezu alle Maßnahmen akzeptiert werden, um die Bedrohung aufzuhalten (Oels and Von Lucke, 2015: 45–46).

Securitization bezieht sich auf ein Thema, welches in politischer, wirtschaftlicher, ökologischer oder jedweder anderen Hinsicht als Sicherheitsbedrohung konzipiert wurde und wird. Eine derartige Inszenierung soll das Bewusstsein für gewisse Problematiken und die Dringlichkeit zu handeln stärken (Bo, 2016: 98). So können nur Themen *securitized* werden, die vom Menschen beeinflusst werden können (Oels and Von Lucke, 2015: 48).

Die Darstellung des Sicherheitsproblems ist dabei laut der *Copenhagen School* keine Beschreibung der Realität, sondern ein soziales Konstrukt (Rothe, 2016: 4). Es wird also von einer Konstruktion von Sicherheitsproblemen ausgegangen. Themen werden (mittels Sprechakten) zu Sicherheitsproblemen gemacht. Dadurch können diese aus dem normalen Politikprozess herausgenommen werden und außergewöhnliche Maßnahmen eingesetzt und legitimiert werden, um die Bedrohung abzuwenden (Oels and Von Lucke, 2015: 45; Rothe, 2016: 4; Stritzel, 2011: 343).

Für die *Copenhagen School* ist Sicherheit ein höchst politischer Akt, bei dem die Regeln der normalen Politik umgangen werden. Im diesem Sinne wird Sicherheit als etwas verstanden, das mit Vorsicht zu genießen ist (Williams, 2011: 459). Das wird auch in einer der bekanntesten und meist zitierten Definitionen von *Securitization* der *Copenhagen School* (Holbraad and Pedersen, 2012: 169) deutlich:

„‘Security’ is the move that takes politics beyond the established rules of the game and frames the issue either as a special kind of politics or as above politics. Securitization can thus be seen as a more extreme version of politicization. In theory, any public issue can be located on the spectrum ranging from nonpoliticized (meaning the state does not deal with it and it is not in any

other way made an issue of public debate and decision) through politicized (meaning the issue is part of public policy, rehiring government decision and resource allocations or, more rely, some other form of communal governance) to securitized (meaning the issue is presented as an existential threat, requiring emergency measures and justifying actions outside the normal bounds of political procedure).“(Buzan et al., 1998: 23–24)

Für die *Copenhagen School* ist *Securitization* gleichzeitig auch das Scheitern auf bestimmte Probleme mit gängigen politischen Maßnahmen zu reagieren (Roe, 2012: 251). Der Prozess findet also stets abseits der Regeln von „normaler“ Politik statt (Thomas 2015: 98). Es geht eine Abkehr von einer offenen und verantwortlichen Regierung vonstatten. Aus diesem Grund geht der Begriff *Securitization* im Verständnis der *Copenhagen School* mit der negativen Bewertung dieses Prozesses einher. *Securitization* ist dieser Ansicht nach problematisch für die Demokratie (Roe, 2012: 252).

Desecuritization ist das Gegenstück zu *Securitization*. Der Begriff bedeutet, dass ein Thema aus dem Sicherheits- und Katastrophendiskurs herausgenommen und in die politische Sphäre integriert wird (Bourbeau, 2015: 398). Für die *Copenhagen School* ist *Desecuritization* ein deutlich effektiverer Lösungsansatz als *Securitization*. Das beruht auf der Annahme, dass durch *Securitization* nicht zwangsweise bessere Problemlösungen bzw. Maßnahmen erdacht und ergriffen werden (Roe, 2012: 252–253). Das wird bedingt durch die Vorstellung, dass die Kosten (im Sinne der ergriffenen politischen Maßnahmen) zu hoch sind und das Ergebnis (potentielle Sicherheit) nur schwerlich rechtfertigen (Wæver, 2011: 469).

Die Annahme, dass *Desecuritization* vorzuziehen wäre, ist umstritten. So äußert sich beispielsweise Roe (2012) kritisch zu dieser Vorstellung. Ob *Securitization* oder *Desecuritization* tatsächlich die erstrebenswerteren Ergebnisse liefert, ist für ihn themenabhängig (Roe, 2012: 252–253). So kann *Securitization* für Roe (2012: 260) durchaus auch Auslöser für einen progressiven Wandel sein.

Im Allgemeinen kann wohl gesagt werden, dass *Securitization* weder positiv noch negativ ist. Viel eher ist situationsabhängig, welche Rolle dieser Prozess spielt. Es ist von Bedeutung, wer involviert ist und wie gehandelt wird. Dabei kommt es auf den Kontext an, ob dieser Vorgang Sinn ergibt oder nicht (Roe, 2012: 261). *Securitization* selbst führt lediglich dazu, dass gewisse Punkte in diesem Diskurs in den Vorder- bzw. Hintergrund gerückt werden. Dies kann in weiterer Folge sowohl positive als auch negative Effekte haben (Nyman and Zeng, 2016: 307). Ein Beispiel hierfür ist das Verhältnis verschiedener Staaten zueinander bei Vorliegen eines konkreten Problems.

So kann *Securitization* in diesem Fall einerseits die globale Kooperation fördern, andererseits aber gleichzeitig von starken Staaten als Ausrede benutzt werden, ihre eigenen Interessen durchzusetzen¹¹ (Nyman and Zeng, 2016: 307; Schäfer et al., 2016: 90).

Securitization wurde in den letzten Jahren auf wissenschaftlicher Ebene immer wieder kritisch diskutiert. Ein Punkt dabei war, hervorzuheben, wie kompliziert es ist, verlässliche Kriterien für eine erfolgreiche *Securitization* festzulegen (Stritzel, 2011: 344). Besonders problematisch ist, dass in der klassischen *Copenhagen School* unklar ist, ab wann eine Maßnahme als außergewöhnlich gelten kann.

Die Ungewissheit, welche Strategien als abweichend von „normaler“ Politik gelten können, ist vor allem in Verbindung mit dem Thema Klimawandel relevant. Hinzu kommt, dass Umweltthemen häufig als existentielle Bedrohung dargestellt werden. Dennoch kommt es nur selten zu einer erfolgreichen *Securitization* im Sinne der *Copenhagen School*. Eine mögliche Erklärung hierfür ist, dass Umweltthemen als „soft politics“ nur einen geringen Stellenwert genießen und die Bedrohung auf einen sehr langen Zeithorizont bezogen ist (Oels and Von Lucke, 2015: 47). Ob der Klimawandel als *securitized* gelten kann und welche Implikationen das mit sich bringt, wird im nächsten Unterkapitel beschrieben.

3.2.2. *Securitization* des Klimawandels

Bei *Securitization* handelt es sich, wie bereits im vorigen Abschnitt beschrieben, um einen Sprechakt, der ein bestimmtes Thema zum Sicherheitsrisiko erhebt. Das wird daraufhin vom Publikum akzeptiert und es folgen „außergewöhnliche“ politische Maßnahmen (Buzan et al., 1998: 23–24; Dalby, 2015: 83–84; Oels and Von Lucke, 2015: 48). Die *Copenhagen School* geht davon aus, dass es bei einer erfolgreichen *Securitization* von Themen wie dem Klimawandel dazu kommen kann, dass demokratische Prozesse umgangen und/oder außergewöhnliche Maßnahmen ergriffen werden. Die Inszenierung von Klimawandel als Bedrohung für das Überleben von Nationalstaaten kann derartige politische Ausnahmeentscheidungen legitimieren, falls diese von einem „relevanten“ Publikum akzeptiert werden (Oels, 2015: 191).

¹¹ Ein Beispiel hierfür ergibt sich in Zusammenhang mit klimabedingten Konflikten als Sicherheitsproblem. So könnte ein Eingreifen in anderen Staaten durch Präventionsmaßnahmen vor klimabedingten Konflikten gerechtfertigt werden.

Streng nach den Ansätzen der *Copenhagen School* müsste man also davon ausgehen, dass klimapolitische Maßnahmen die Grenzen von normalen, etablierten Regeln und Schritten sprengen. Im Falle des Klimawandels fehlt dies allerdings (Rothe, 2016: 4).

Eine weiterführende Annahme ist, dass die *Securitization* im Sinne der *Copenhagen School* in Bezug auf den Klimawandel gescheitert ist. Das kann laut Rothe (2016) jedoch ausgeschlossen werden. So gibt es einen breiten Konsens, was die Sicherheitsimplikationen des Klimawandels betrifft. Diese Ansicht wird von vielen verschiedenen Akteur_innen geteilt, wie Politiker_innen, Think Tanks, Umweltorganisationen und humanitären NGOs. Nichtsdestotrotz fällt bei näherer Betrachtung der vorgeschlagenen Maßnahmen auf, dass keine davon wirklich „außergewöhnlich“ ist (Rothe, 2016: 5). Es ist also eher von einer teilweisen *Securitization* des Klimawandels auszugehen. Dieser wird als Sicherheitsrisiko begriffen, dementsprechende politische Handlungen fehlen aber weitgehend (Oels and Von Lucke, 2015: 58).

Securitization in Verbindung mit dem Klimawandel muss also differenzierter betrachtet werden, vor allem in Bezug auf die Maßnahmen, um diesem entgegenzuwirken. Hierfür teilt Roe *Securitization* in zwei Phasen auf. In der ersten wird die existentielle Bedrohung dargestellt. Stimmt das Publikum zu, dass es sich um ein existentielles Problem handelt, war der Prozess erfolgreich. Die zweite Phase beschreibt das Ergreifen mittels spezieller Maßnahmen, um die Bedrohung abzuwenden. Obwohl die erste Phase durchaus vom Publikum akzeptiert werden kann, muss das nicht zwangsweise für die zweite der Fall sein. Erst wenn die zweite Phase auch als legitim betrachtet wird, kann im Sinne der klassischen *Copenhagen School* von erfolgreicher, aktiver *Securitization* gesprochen werden (Oels and Von Lucke, 2015: 57). Im Falle des Klimawandels ist es allerdings schwierig, das Gelingen auf einzelne Handlungen zu reduzieren. Vielmehr handelt es sich dabei um einen stetigen Prozess. Dieser wird von Wissenschaftler_innen, Umweltaktivist_innen, Politiker_innen und Personen, die im Sicherheitsbereich tätig sind, geprägt (Rothe, 2016: 5).

Da der Klimawandel erfolgreich als Bedrohung konstruiert wurde, stellt sich die Frage, wieso es keine „außergewöhnlichen“ politischen Maßnahmen gab und gibt, um dieser Veränderung entgegenzuwirken. Ein möglicher Grund ist, dass dieser als Feindbild für die gesamte Menschheit konstruiert wird. Das hat Auswirkungen darauf, welche

politischen Instrumente zur Verfügung stehen (Rothe, 2016: 214). Einen genaueren Einblick in dieses Thema gibt Rothe:

„This macro-securitization at the global level constructs the whole of humanity as a homogenous social space, which is then governed through a logic of risk and resilience based on the established mechanisms of the UNFCCC. This threat is simply so overarching and at the same time so spectral that it cannot be fought by exceptional measures of any political leader but can only be fought through the everyday practices of everybody.“ (Rothe, 2016: 214)

Um dem Klimawandel entgegenzuwirken, werden keine „außergewöhnlichen“ Handlungen vorgeschlagen, da diese hier keine Wirkung hätten (zumindest aus dem derzeit gängigen Blickwinkel Risiko und Resilienz abzuschätzen). Stattdessen wird auf Alltagspraktiken bzw. kleine Veränderungen jedes und jeder Einzelnen gesetzt.

Rothe (2016: 217) schlägt in Bezug auf den Klimawandel ein *Securitization*-Verständnis vor, welches ohne von der Norm abweichende Maßnahmen auskommt. Stattdessen begreift er *Securitization* eher als Umgestaltungsprozess (Rothe, 2016: 217).

Trotz Unsicherheit bezüglich der „außergewöhnlichen“ politischen Maßnahmen gehen viele Autor_innen davon aus, dass Klimawandel erfolgreich *securitized* wurde. So argumentieren beispielsweise Hayes und Knox-Hayes (2014: 30), dass der Klimawandel sehr wohl eine existentielle Bedrohung für Individuen und Kollektive darstellt. Dadurch, dass dieser auch als dementsprechendes Risiko und Gefahr dargestellt wird, sprechen sie von *Securitization* (Hayes and Knox-Hayes, 2014: 30).¹²

Wenn die Annahme einer gescheiterten *Securitization* ausgeschlossen werden kann, der Klimawandel aber dennoch nicht nahtlos zu den Annahmen der *Copenhagen School* passt, folgt daraus, dass das Thema in irgendeiner Form außergewöhnlich ist (Rothe, 2016: 5).

Die Konstruktion von Klimawandel als Risiko ist im Gegensatz zu vielen anderen Themenfeldern vorwiegend zukunftsorientiert. Die tatsächlichen Effekte sind unsicher und können heute nur teilweise erlebt werden (Chmutina et al., 2018: 463; Rothe, 2016: 5). Besonders an der *Securitization* des Klimawandels ist also, dass es sich im

¹² Hayes und Knox-Hayes widersprechen damit auch der im Kapitel „Sicherheit und die Darstellung des Klimawandels“ bereits erwähnten Ansicht, dass dieser aufgrund einer angeblich fehlenden Freund-Feind-Logik nicht in traditionelle Sicherheitskonzepte passt (Chmutina et al., 2018: 463). Aus diesem Grund schlägt beispielsweise Corry (2012) vor, eher von *Riskification* und weniger von *Securitization* zu sprechen. Für ihn inkludiert letzteres eine externe, existentielle Bedrohung, während erste unabhängig von der Existenz derselben sind (Corry, 2012: 244). Im Gegensatz dazu sehen Hayes und Knox-Hayes den Klimawandel sehr wohl als existentielle Bedrohung und als *securitized* an.

Gegensatz zu anderen Themenfeldern um zukunftsorientierte Bedenken handelt. Das verändert die Antwort auf die Frage, ob hier von *Securitization* gesprochen werden kann, aber keineswegs. Als Definition für diese Masterarbeit richte ich mich nach der Aussage von Sahu (2011: 30). Es ist irrelevant, ob eine Katastrophe real ist oder nicht. Von Bedeutung ist nur, ob Personen in politischen Führungspositionen für die Thematik Klimawandel Sicherheitsprobleme bzw. Diskurse aufgrund ihrer Aussagen erzeugen. In diesem Fall kann von *Securitization* gesprochen werden (Sahu, 2011: 30).

Nichtsdestotrotz muss gesagt werden, dass die Aufmerksamkeitssteigerung für das Thema Klimawandel nicht wirklich dazu beigetragen hat, das damit einhergehende Risiko zu minieren. Nur weil ein Problem hohe Priorität hat, trägt das also nicht immer zur Lösung desselben bei (Dalby, 2015: 84). Positiv muss allerdings erwähnt werden, dass im Allgemeinen keine Militarisierung von Klimapolitiken und internationalen Verhandlungen festzustellen ist, obwohl es, wie im nächsten Unterkapitel deutlich wird, immer wieder Handlungsaufrufe verschiedener Akteur_innen gab. Diese Forderungen fanden jedoch keine Publikumsakzeptanz. Die Mehrzahl der Sprecher_innen forderte lediglich die Fortsetzung der Verhandlungen unter dem Dach der Klimarahmenkonvention und des Kyoto-Protokolls. Viel eher kam es zu einer „Klimatisierung von Sicherheitspolitiken“, wie Angela Oels es ausdrückt (Oels, 2015: 191). Das wirft die Frage auf, wie genau *Securitization* in Verbindung mit dem Klimawandel konkret aussieht.

McDonald (2013:44) teilt Sicherheitsdiskurse rund um den Klimawandel in vier verschiedene Kategorien ein, die sich auf die Frage beziehen, wer davon betroffen ist. Die Antworten hierzu sind Personen (menschliche Sicherheit), Nationalstaaten (nationale Sicherheit), die internationale Gemeinschaft (internationale Sicherheit) und das Ökosystem (ökonomische Sicherheit) (McDonald, 2013: 44–47). Konkrete Beispiele, wie *Securitization* in einer dieser Kategorien aussehen kann, stehen im Mittelpunkt des nächsten Unterkapitels. Besonders relevant in Verbindung mit der Darstellung des Klimawandels sind dabei die beiden Sektoren nationale und internationale Sicherheit.

3.2.3. Beispiele für *Securitization* des Klimawandels

Indem Themen wie der Klimawandel *securitized* werden, können sie für politische oder moralische Zwecke eingesetzt werden (Warner and Boas, 2017: 206). Ziel dieses Unterkapitels ist es, Beispiele zur *Securitization* des Klimawandels zu beschreiben. Die hier dargestellten Exempel fallen vor allem in die Bereiche internationale und nationale Sicherheit. Dabei stechen moralische Botschaften und implizite Handlungsvorstellungen heraus.

In Bezug auf den Klimawandel als Sicherheitsrisiko gibt es länderspezifische Unterschiede, wie und aus welchem Grund dieser als solches begriffen wird. So wurde dieser beispielsweise in Großbritannien, Deutschland und der Europäischen Union (EU) im Laufe der 2000er Jahre unter den Schlagwörtern menschliche und internationale Sicherheit verhandelt (Oels and Von Lucke, 2015: 50). In Verbindung damit gibt es einen Fokus auf Menschen in Ländern des globalen Südens und nur indirekt auf Industrieländer (Oels and Von Lucke, 2015: 51).

Im Folgenden sind die Schlagworte *Klimakrieg* und *Klimaflüchtling* besonders relevant. Der erste Begriff bezieht sich hauptsächlich auf die internationale Ebene. Klimabedingte Migration wird eher unter der Perspektive nationale Sicherheit aufgegriffen. Zuerst werden stehen Beispiele aus dem Bereich der internationalen Sicherheit im Mittelpunkt. Dabei kommt vor allem „Klimakonflikten“ eine herausragende Rolle zu. Das ist der Tatsache geschuldet, dass andere Folgen des Klimawandels (als bewaffnete Konflikte) wenig Aufmerksamkeit von Klimakonfliktforscher_innen erhielten. Zum Beispiel wurden dem Steigen des Meeresspiegels oder Änderungen der Wohnsituation weniger Beachtung geschenkt (Meierding, 2015: 74).

Die meisten bekannten kollektiven Symbole im (internationalen Sicherheit betreffenden) Klimasicherheitsdiskurs drehen sich um Metaphern von Krieg und Kampf (Rothe, 2016: 100). Klimatische Konflikte erhalten große mediale Aufmerksamkeit. Hier werden oftmals konventionelle Bilder wiederverwendet, wie der „Krieg um Ressourcen“ (Meierding, 2015: 61).

Es gibt eine breite Berichterstattung zu den angeblichen Zusammenhängen zwischen Klimawandel und Konflikten. Gegenstimmen werden dabei eher überhört. Klimakonflikte zu analysieren ist allerdings schwierig, da es auch innerhalb eines

Landes große demografische Unterschiede und Verhältnisse zu Naturkatastrophen geben kann (Meierding, 2015: 53, 55).

Dennoch gibt es einige konkrete Beispiele, in denen eine Beziehung zwischen dem Klimawandel und gewaltsamen Konflikten proklamiert wird (McDonald, 2013: 44). Diese Kategorie bezieht sich auf Äußerungen von Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft, die es zum Ziel haben, *Securitization* zu generieren. Ein Beispiel hierfür sind Aussagen des ehemaligen UNEP- (*United Nations Environment Programme*) und UN-Generalsekretärs Ban Ki-moon. So erklärte dieser am 17. April 2007 bei dem *United Nations Security Council*, dass der prognostizierte Klimawandel nicht bloß ernsthafte ökologische, soziale und ökonomische Effekte haben könnte, sondern auch Auswirkungen auf Frieden und Sicherheit mit sich brächte. Diese Ansicht wiederholte er 2011, indem er den Klimawandel als Gefahr für internationalen Frieden und Sicherheit bezeichnete. Auch zu späteren Zeitpunkten stellte er immer wieder die Verbindung zwischen dieser Thematik und möglichen Konflikten her (Bo, 2016: 99, 101–102). So wies Ban Ki-moon in einem seiner wirkmächtigsten Statements auf einen Zusammenhang zwischen dem Klimawandel und den Konflikten in Darfur¹³ hin. Eine mögliche Erklärung für diese Darstellung ergibt sich aus den Handlungsempfehlungen des ehemaligen UN-Generalsekretärs. Dabei sah er Staaten des globalen Nordens in der Pflicht, mehr Verantwortung zu übernehmen und eine Intervention in Darfur in Erwägung zu ziehen (McDonald, 2013: 44, 47). Auch an diesem Beispiel zeigt sich, dass Themen *securitized* werden, weil die entsprechenden Akteur_innen damit ein bestimmtes Ziel verfolgen. Dieses wird von lokalen, zeitlichen, sozialen und politischen Umständen geprägt.

Ein weiteres Beispiel ist die Aussage des Weltbankpräsidenten Jim Yong Kim. Im April 2014 verlautbarte er, dass Kämpfe über Wasser und Essen eine der signifikantesten direkten Auswirkungen des Klimawandels in den nächsten fünf bis zehn Jahren sein würden (Meierding, 2015: 52). Im Gegensatz zu diesem Statement des Weltbankpräsidenten begreifen andere Akteur_innen sehr wohl, dass Konflikte aufgrund von multiplen Auslösern entstehen (Meierding, 2015: 58). Nichtsdestotrotz werden derartige Zusammenhänge von Entscheidungsträger_innen immer wieder

¹³ Darfur ist eine Region im Sudan. Dort begannen 2003 bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gruppen und der sudanesischen Regierung. Diese forderten zahlreiche Opfer.

proklamiert. In weiterer Folge sollte dadurch auch eine Mobilisierung in Hinblick auf politische Aktionen erfolgen (Meierding, 2015: 52).

Die weiteste Verbreitung und klarsten institutionellen Folgen einer *Securitization* von Klimawandel gibt es in Großbritannien. So wurde letzterer bereits in den späten 1980er von der damaligen Premierministerin Margret Thatcher als Risiko für die Menschheit *geframed*. Darüber hinaus wurde das Thema Klimawandel aufgrund einer Initiative des britischen FCO (*Foreign and Commonwealth Office*) auf die Agenda des UN-Sicherheitsrates gesetzt (Rothe, 2016: 98).

2003 proklamierte Sir John Houghton, der Leiter des britischen *Meteorological Office* und ehemaliger Leiter des IPCC, dass der Klimawandel eine Massensterbungs- und Zerstörungswaffe ist und mehr Menschen tötet als Terrorismus. Dieses Statement hatte vor allem in Großbritannien eine große mediale Resonanz (Rothe, 2016: 99).

Die angebliche Beziehung zwischen Klimawandel und gewaltvollen Konflikten wird oft auf bestimmte Voraussetzungen bezogen. So wird dieser häufig als Multiplikator bezeichnet (Meierding, 2015: 58), beispielsweise von der UN:

„Climate change is often viewed as a ‚threat multiplier,‘ exacerbating threats caused by persistent poverty, weak institutions for resource management and conflict resolution, fault lines and a history of mistrust between communities and nations, and inadequate access to information or resources.“ (UN 2009 nach Dalby, 2015: 87)

Ähnliche Ansichten werden auch bei anderen Akteur_innen deutlich. 2007 wurde Klimawandel das erste Mal von der *CNA Corporation* (ein Verteidigungs-Think-Tank, der seine Ursprünge in dem früheren *Center for Naval Analysis* in Washington hat) thematisiert. Dabei wurde der Klimawandel als „threat multiplier“ bezeichnet und somit als mögliche Auswirkung auf die politische Stabilität gesehen. Diese Ansicht entwickelte sich über die letzten Jahre in eine bestimmte Richtung. Bereits im Report 2014 wurde der Klimawandel nicht mehr als Multiplikator, sondern als Katalysator für Konflikte beschrieben (Dalby, 2015: 84).

Nach Meinung einiger Autor_innen (Hulme, 2011) findet in Bezug auf den Klimawandel eine Reduktion von Umweltbelangen statt. Diese sieht Hulme in der neu aufkommenden Verbindung zu gewaltvollen Konflikten, wie sie von einigen Akteur_innen gezogen wird (z.B. von Ban Ki Moon, als er den Bürgerkrieg in Darfur als Folge des Klimawandels bezeichnet), bestätigt. So wurde beispielsweise der Bürgerkrieg in Darfur durch mediale Berichterstattung als Vorläufer von zukünftigen klimatisch bedingten Konflikten gesehen (Hulme, 2011: 247). Andere Komponenten

und Auslöser gerieten dadurch in den Hintergrund. In diesem Sinne fand eine Art Reduktion auf einen Faktor statt.

Die derzeitige Klimakonfliktforschung stärkt die populäre Annahme, dass Gewalt eine Folge von negativen Umweltveränderungen wäre, vor allem in Ländern des globalen Südens (Meierding, 2015: 53). Dies geschieht, auch wenn sich oftmals wenige Beweise für einen tatsächlichen Zusammenhang finden lassen. Dabei werden die lokale Bevölkerung und die Konflikte samt Auslöser auf eine Komponente reduziert, nämlich den Klimawandel. Gleichzeitig werden auch individuelle Wege auf derartige Veränderungen zu reagieren, ausgelöscht. So ist Gewalt nur eine mögliche soziale Antwort auf den Klimawandel. Wenn allerdings nur gewaltsamer Konflikt als mögliche Reaktion gezeigt wird, werden damit stereotype Portraits reproduziert (Meierding, 2015: 53, 59–61). Hulme führt diesen Gedanken in folgendem Zitat noch weiter aus:

„In a view related to this belief that climate plays an explanatory role in determining war, climate refugees are seemingly set to threaten global, regional, and national security.“ (Hulme, 2011: 248)

Der Klimawandel ist also vor allem aufgrund von Krieg und Klimaflüchtlingen eine Bedrohung. Als solches ist er ein Sicherheitsrisiko, welches gehandhabt werden muss. Klimabedingte Migration wird, anders als klimabedingte Konflikte, im Rahmen der nationalen Sicherheit verhandelt.

In Bezug auf nationale Sicherheit findet *Securitization* beispielsweise durch Regierungsinstitutionen statt, wie etwa durch das Verteidigungsministerium Australiens. So warnte dieses 2009 im *Defence White Paper*, dass unter anderem durch den Klimawandel hervorgerufene Veränderungen demografischen Wandel, Bevölkerungsbewegungen und Spannungen in Bezug auf Ressourcen das Risiko für Konflikte darüber, politische Instabilität in unsicheren Staaten und potentiell destabilisierende Massenmigration zur Folge haben könnte (McDonald, 2013: 45). Klimawandel wird hier als Risiko für die nationale Sicherheit angesehen. Auffallend ist dabei, dass beispielsweise Massenmigration als mögliches Risiko genannt wird, steigende Temperaturen und Katastrophen (wie Waldbrände) hier aber ausgespart werden. Dies stützt die Aussage, dass Akteur_innen, die *securitizens*, meist ein Ziel mit ihren Äußerungen verfolgen und die Darstellung eines Themas als Risiko eine bestimmte Richtung aufweist.

2003 gab das US-amerikanische Pentagon eine Szenario-Studie in Auftrag. Dabei sollte der Klimawandel als Gefahr für die nationale Sicherheit untersucht werden, um in weiter Folge politische Handlungsempfehlungen ableiten zu können (Oels and Von Lucke, 2015: 48). Für die USA lässt sich sagen, dass in Verbindung mit dem Klimawandel die nationale Sicherheit ein entscheidendes Thema ist. So wird dieser als Bedrohung aufgrund von potentiellen sozio-ökonomischen Problemen, Massenmigration und Klimakriegen gesehen (Oels and Von Lucke, 2015: 50).

Ein weiteres Beispiel sind die Aussagen des Chefs der chinesischen Wetterbehörde Zheng Guoguang. Dieser bezeichnet den Klimawandel in einem 2014 in *Peoples's Daily* publizierten Artikel als Herausforderung für die nationale Sicherheit Chinas, da dieser bereits das ökologische, soziale und ökonomische System beeinflusst hätte (Bo, 2016: 104).

Die Begriffe „climate refugee“ oder „climate-induced migrant“ wurden zu zentralen Punkten des Klimasicherheitsdiskurses. Diese führen in weiterer Folge auch dazu, dass bestimmte Staaten für die Rettung dieser Personen verantwortlich gemacht werden. Durch die damit einhergehende Darstellung des Klimawandels als unausweichlich wird die Delogierung von Millionen von Menschen legitimiert (Oels, 2015: 188–189).

In diesem Sinne repräsentieren Klimaflüchtlinge Opfer und Bedrohung gleichzeitig. Die Angst vor „Millionen von Flüchtenden“ ist gleichzeitig hilfreich, um restriktive Migrations- und eine militarisierte Grenzpolitik zu legitimieren. Die Darstellung als hilflose Opfer impliziert zusätzlich eine Angewiesenheit auf Hilfe des globalen Nordens und missachtet das Recht und die Fähigkeit dieser Personen für sich selbst zu sprechen (Oels, 2015: 192, 194). Darüber hinaus ist das Management von humanitärer Hilfe und Einsatz bei Notfällen eine Möglichkeit, um Stärke zu zeigen (Calhoun, 2004: 375).

Seit 2003 gab es unzählige Handlungen in der internationalen Politik, die den Klimawandel als existentielle Bedrohung für Sicherheit und Weltfrieden beschrieben (Oels and Von Lucke, 2015: 54). Obwohl Klimawandel also in vielen Ländern erfolgreich *securitized* wurde, bleiben bis jetzt erfolgreiche Handlungen (im Sinne einer deutlichen Risikoreduktion) in Bezug auf dieses Thema aus (Bo, 2016: 102; McDonald, 2012: 582).

Eine mögliche Antwort, wieso das so ist, findet sich in der Verschiebung von politischen Prioritäten. Dadurch, dass die gefährlichen Folgen als unveränderlich dargestellt werden, treten Mitigationsstrategien (wie die Reduktion von Treibhausgasen) in den Hintergrund bzw. stellen auch diese in gewisser Weise lediglich eine Umformung des Status quo dar und zielen nicht darauf ab, neue, nachhaltigere Praktiken zu etablieren. Stattdessen liegt der Fokus auf der Anpassung an die unausweichlichen, zukünftigen Folgen (Oels and Von Lucke, 2015: 45, 61). Diese Prioritätssetzung wurde von den allgemeinen Rahmenbedingungen der *Securitization* des Klimawandels beeinflusst. So wurde dieser meist unter den Gesichtspunkten Risiko und Resilienz aufgearbeitet (Rothe, 2016: 6). Gerade diese Darstellung als unvermeidbar legitimiert eine gewisse Tatenlosigkeit in Anbetracht der Bedrohung Klimawandel. Damit werden etwaige politische Maßnahmen als nicht machbar erklärt (Oels and Von Lucke, 2015: 63).

Im internationalen Kontext gibt es zahlreiche Beispiele für die Verbindung zwischen *Securitization* und Klimawandel. Statt dringende, drastische Handlungen zu legitimieren, führt dies allerdings durch die Darstellung der gefährlichen Folgen als unausweichlich zu einer Akzeptanz der Tatenlosigkeit in Anbetracht der Bedrohung und einer Priorisierung von Anpassungsmaßnahmen. Ob diese Tendenz auch in der österreichischen Politik vorherrscht, steht im Fokus des nächsten Kapitels.

Neben der internationalen Darstellung des Klimawandels und den damit einhergehenden Implikationen stehen in weiterer Folge nationale Belange im Vordergrund. Dabei wird beschrieben, ob der Klimawandel in Österreich als Sicherheitsanliegen deklariert wird und ob auch hier von einem Vorliegen von *Securitization* ausgegangen werden kann. Grundlage hierfür ist die Analyse verschiedener Dokumente wie der Klimaschutzberichte 2017, 2018, 2019 und Umsetzungsstrategien der Agenda 2030.

4. Der österreichische Klimawandeldiskurs von 2017-2020

Der internationale Klimawandeldiskurs ist von den Begriffen *Risiko* und *Sicherheit* geprägt. Ob dies auch in Österreich der Fall ist, gilt es in diesem Kapitel herauszufinden. Im Fokus stehen Dokumente wie die österreichischen Klimaschutzberichte des Umweltbundesamtes und Umsetzungsstrategien zur Agenda 2030.

Sowohl zur Thematik Klimawandel als auch zu damit in Verbindung stehenden Sicherheitspolitiken bietet sich eine außerordentlich breite Materialgrundlage. Eine dennoch bestehende Forschungslücke sind Aufarbeitungen in Bezug auf Österreich mit Blick auf das Thema Klimawandel und *Securitization*-Prozesse. In diesem Fall bietet sich eine Diskursanalyse in Bezug auf diese Thematik an. Wieso genau diese Methode als geeignet erscheint, wird im Verlauf dieses Kapitels in Verbindung mit *Securitization* erklärt. Darüber hinaus wird davor noch auf die Materialauswahl eingegangen und dargelegt, welche Dokumente im Fokus der Analyse stehen.

Besonders relevant ist, wie über Klimawandel in Österreich geschrieben/gesprochen wird. Dabei wird überprüft, ob einige der in den letzten Kapiteln herausgestellten Annahmen (wie die Darstellung des Klimawandels als unausweichlich oder Bezüge zu nationaler und internationaler Sicherheit) auch hier eine Rolle spielen. Analysegrundlage ist eine Umsetzungsdarstellung der Agenda 2030 aus dem Jahr 2017 und die österreichischen Klimaschutzberichte der Jahre 2017 bis 2020. Wieso sich gerade diese Dokumente für die Diskursanalyse eignen, wird im Zuge der Methodenbeschreibung geklärt.

Vor allem in Bezug auf die vorhergehenden Kapitel und die darin dargestellten internationalen Tendenzen stellt sich die Frage, wie genau das Vorliegen von *Securitization* untersucht werden kann. Aus diesem Grund geht der Analyse des österreichischen Klimawandeldiskurses eine methodische Einführung voran. Diese soll einerseits in Verbindung mit *Securitization* verwendete Begriffe und Wendungen wie „Sprechakte“ erklären und andererseits einen Einblick in die angewandte Methode geben. Die daraus hervorgehende Diskursanalyse basiert weitgehend auf den Ansätzen von Jürgen Link (Jäger, 2010; Link, 2010) und Sigfried Jäger (Jäger, 2015; Jäger and Jäger, 2007).

Indem Themen wie der Klimawandel *securitized* werden, können sie für politische oder moralische Zwecke eingesetzt werden (Warner and Boas, 2017: 206). Ziel dieses Unterkapitels ist es, nachzuvollziehen, ob *Securitization* im österreichischen Klimawandeldiskurs eine Rolle spielt. Die beschriebenen Exempel fallen vor allem in die Bereiche internationale und nationale Sicherheit. Dabei stechen moralische Botschaften und implizite Handlungsvorstellungen heraus. Als Basis für diese Aussagen ist es jedoch von Nöten, eine methodische Einführung zu geben.

4.1. Methodik

4.1.1. Methodik - Materialauswahl

Zur Analyse werden vier Klimaschutzberichte des Umweltbundesamtes (von 2017-2020) herangezogen und ein von Bundeskanzleramt und zuständigen Bundesministerien veröffentlichtes Strategiedokument zur Implementierung der Agenda 2030 (2017).

Wieso genau diese Dokumente ausgewählt wurden, wird im Folgenden beschrieben. Um den österreichischen Klimawandeldiskurs zu erfassen, wird eine Diskursanalyse angewandt. Hier war es dementsprechend wichtig, Dokumente auszuwählen, mit denen die Frage beleuchtet werden kann, ob *Securitization* darin eine Rolle spielt und falls ja, welche Implikationen das mit sich bringt. Einige theoretische Überlegungen, auf denen diese Untersuchung aufbaut, wurden bereits im Verlauf der Arbeit dargelegt. Zudem werden vor Beginn der eigentlichen Diskursanalyse die Entwicklung von Klimawandelpolitik in Österreich und die damit einhergehenden Besonderheiten und Tendenzen knapp umrissen. Diese Beschreibung bildet die Basis für die Analyse selbst.

Um von *Securitization* zu sprechen, braucht es zuerst politische Akteur_innen bzw. Entscheidungsträger_innen, die ein bestimmtes Thema als Sicherheitsrisiko *framen*. Eine zentrale Quelle für den politischen Umgang mit diesem Thema sind die jährlich vom Umweltbundesamt veröffentlichten Klimaschutzberichte. So werden diese von der Initiative *Wachstum im Wandel*¹⁴ als Standardwerk für klimapolitische Analysen und Entscheidungen bezeichnet (Initiative Wachstum im Wandel, n.d.). Darüber hinaus ist

¹⁴ Hierbei handelt es sich um eine Initiative des BMK (Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie).

das Umweltbundesamt die weltweit einzige Organisation, die von der UNFCCC dazu zertifiziert wurde, die nationale Emissionsinventur von Treibhausgasen und Luftschadstoffen durchzuführen (Umweltbundesamt, n.d.b.).

Das Umweltbundesamt beschreibt sich selbst in folgenden Worten:

„Als bedeutendste ExpertInnen-Institution für Umwelt in Österreich und einer der führenden Umweltberater in Europa stehen wir für die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft zur Sicherung nachhaltiger Lebensbedingungen. Unsere ExpertInnen entwickeln Entscheidungsgrundlagen auf lokaler, regionaler, europäischer und internationaler Ebene. Wir arbeiten transparent und allparteilich und stehen im Dialog mit Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. [...] Als ExpertInnen-Organisation für Umwelt sind wir an der Schnittstelle von Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft aktiv. Wir arbeiten für und mit EntscheidungsträgerInnen aus Bund, Bundesländern, wissenschaftlichen Einrichtungen und Unternehmen – regional, national, auf EU-Ebene und international.“ (Umweltbundesamt, n.d.)

Neben einer Perspektive auf politische Entscheidungsträger_innen und Akteur_innen, versteht sich das Umweltbundesamt auch als Verbindung zu Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Durch die Stellung und daraus hervorgehende Wirkmächtigkeit ist durchaus anzunehmen, dass die Aussagen in den Klimaschutzberichten in anderen gesellschaftlichen Bereichen ebenfalls aufgegriffen werden. Darüber hinaus sind diese Dokumente von Bedeutung, da es sich hier nicht bloß um politische Planungsdokumente handelt, sondern in gewisser Weise auch bisherige Maßnahmen und Entscheidungen reflektiert und evaluiert werden. Ein Einblick in die Geschichte des Umweltbundesamtes und jener der Klimaschutzberichte wird vor Beginn der eigentlichen Diskursanalyse gegeben.

Der politische Umgang mit dem Klimawandel in Österreich wird in den jährlichen Klimaschutzberichten festgehalten. Aus diesem Grund bietet es sich an, diese für die Analyse heranzuziehen. Darin wird allerdings hauptsächlich der innenpolitische Zugang geschildert. Da Österreich aber Vertragspartner einiger internationaler Abkommen ist, liegt es nahe, auch den außenpolitischen Zugang zum Thema Klimawandel miteinzubeziehen. Die Darstellungen zur Umsetzung der Agenda 2030 bieten genau das. In diesem Dokument wird Österreich sowohl als UN-Mitgliedsstaat als auch in seiner Verantwortung als EU-Land beschrieben (BKA et al., 2017). Aus diesem Grund ist dieser Bericht eine nutzbringende Ergänzung zu den Klimaschutzberichten des Umweltbundesamtes.

Im Gegensatz zu den Klimaschutzberichten wurde die Evaluierung der bisherigen Implementation der Agenda 2030 von staatlicher Seite verfasst. Diese wurde von Bundeskanzleramt, Außenministerium und dem Bundesministerium für Arbeit,

Gesundheit, Soziales und Konsumentenschutz publiziert. Im Gegensatz zu den Klimaschutzberichten handelt es sich hier also um eine politische Maßnahmenbeschreibung. Aufgrund dessen eignet sich dieses Dokument dafür, die Eigendarstellung des Staates in Bezug auf die Agenda 2030 zu beleuchten.

Im Allgemeinen lässt sich sagen, dass Österreich viele Abkommen in Bezug auf nachhaltige Entwicklungen unterzeichnet hat (Kyoto-Protokoll, Paris Agreement, etc.). Im Gegensatz zu vielen anderen Verträgen dieser Art ist die Agenda 2030 gerade in der Umsetzung begriffen; das zeitliche Ende derselben ist mit 2030 aber näher als jenes von vielen längerfristigen Aktionsplänen. Durch die Aktualität und das absehbare Ende bieten erste Darstellungen der Umsetzung dieses Vertrages einen Einblick in das politische Selbstverständnis bzw. auch das Verständnis des Klimawandels in der österreichischen Politik. Äquivalent zu einer genaueren Beschreibung der Klimaschutzberichte und deren Entstehung wird vor der eigentlichen Diskursanalyse auch auf die Darstellung der Umsetzung der Agenda 2030 Bezug genommen.

4.1.2. Methodik – *Securitization*

Die *Copenhagen School* betont die Rolle von Sprache zur Herstellung von *Securitization*. Diese wird als etwas Performatives begriffen. Dadurch wird ein bestimmtes Thema wie der Klimawandel zum Sicherheitsanliegen erklärt. Damit ändert sich auch das Framing desselben (McDonald, 2012: 581).

In Verbindung mit den Theorien der *Copenhagen School* wird oft der Begriff „Sprechakt“ verwendet, um zu verdeutlichen, dass bestimmte Themen mittels Sprache *securitized* werden. Nichtsdestotrotz gibt es unterschiedliche Ansichten dazu, wie derartige Sprechakte aussehen können. So finden unzählige Diskussionen über die Rolle und das Gewicht von Sprache und Publikumsakzeptanz in Verbindung mit dem Theoriekorpus der *Copenhagen School* statt (Warner and Boas, 2017). Statt von Sprechakten gehen einige Autor_innen hier jedoch eher von *securitizing moves* aus, die bestimmte Themen zu Sicherheitsanliegen machen (Warner and Boas, 2017: 205). Das verweist durchaus auf ein breiteres Konzept als Sprache alleine, um zu *securitizens*.

Im Allgemeinen ist also strittig, wie genau ein „Sprechakt“ aussieht und ob dieser verbal ausgedrückt werden muss, um als solcher zu gelten. Im Falle dieser

Masterarbeit tritt diese Diskussion allerdings eher in den Hintergrund, da alle der hier verwendeten Quellen ihre Botschaften in Bezug auf den Klimawandel mittels Sprache transportieren. So handelt es sich hier ausschließlich um schriftliche (und damit eben sprachliche) Aussagen, die daraufhin untersucht werden, ob *Securitization* im österreichischen Klimawandeldiskurs eine Rolle spielt oder nicht. Aus diesem Grund wird hier auch nicht weiter auf die Diskussion eingegangen, welche Handlungen bzw. Darstellungen als „Sprechakt“ gewertet werden können oder auch nicht, da das Grundkriterium der *Copenhagen School*, Sprache zur Herstellung von *Securitization*, erfüllt ist.

Wichtig ist viel eher, von welchem Framing Themen wie der Klimawandel begleitet werden und in welchem Kontext dieser behandelt wird. Wie im Zuge der Diskursanalyse deutlich wird, stehen hier vor allem die Fragen, ob *Securitization* vorliegt und wer die Handlungsverantwortung trägt, im Vordergrund bzw. welche Implikationen die Darstellung des Klimawandels haben. Welche Besonderheiten es im österreichischen Klimawandeldiskurs gibt, wird in den folgenden Abschnitten geklärt.

4.1.3. Methodik - Diskursanalyse nach Jäger und Link

In diesem Abschnitt wird zuerst das in dieser Arbeit verwendete Diskursverständnis offengelegt. In weiter Folge wird der Aufbau einer Diskursanalyse (auch in Bezug auf das Thema dieser Arbeit, *Securitization* des Klimawandels in Österreich) dargelegt. Abschließend wird argumentiert, wie die Fragestellung mit der hier beschriebenen Methodik behandelt werden kann.

Für die hier angewandte Diskursanalyse sind vor allem Jürgen Link und Sigfried Jäger von Bedeutung. Wie die methodischen Ansätze derselben aussehen, wird im weiteren Verlauf dieses Abschnittes dargestellt. Darüber hinaus werden auch Publikationen von Margret Jäger miteingebunden. Allerdings bezieht sich auch diese in ihren Texten auf Sigfried Jäger und/oder Jürgen Link.

Die theoretischen Grundlagen von Jäger und Link lassen sich gut miteinander kombinieren, da beide Autoren immer wieder aufeinander verweisen und sehr ähnliche Ansichten zum Diskursbegriff selbst haben (Jäger, 2010; Jäger and Jäger, 2007; Link, 2010). Link geht dabei allerdings eher von einem kulturwissenschaftlichen Ansatz aus, Jäger von einem sprach- bzw. medienzentrierten Ansatz. Nichtsdestotrotz beschränkt

sich auch die Kritische Diskursanalyse Jägers nicht ausschließlich auf die Analyse von Sprache. Viel eher bezieht sie sich auf jedwedes tradierte Wissen, welches durch einen Diskurs vermittelt wird (in welcher Form auch immer das der Fall ist) (Jäger and Jäger, 2007: 35). In Bezug auf den österreichischen Klimawandeldiskurs sind beide theoretischen Ansätze nutzbringend, da es sich hier um politische Veröffentlichungen handelt, die aus einer spezifischen kulturellen Diskussion heraus entstanden sind und ihre Botschaften zu einem großen Teil durch rhetorische Mittel verbreiten.

Link unterscheidet in der Soziologie zwei unterschiedliche Konzeptionen des Begriffes Diskurs. Für diese Arbeit spielt der Diskursbegriff Foucaults eine maßgebliche Rolle, da sowohl Link als auch Jäger ihre eigenen Betrachtungen daran anlehnen (Jäger, 2010: 386, 2015: 26; Link, 2010: 270). Bei Jäger als auch bei Link nimmt die Machtwirkung von Diskursen und Kollektivsymboliken eine große Rolle ein (Jäger, 2015: 25; Jäger and Jäger, 2007: 9). Unter der Machtwirkung sind die Implikationen und Folgen, die bestimmte Diskurse mit sich bringen, zu verstehen. Kollektivsymboliken sind gängige Ansichten und Bilder, die über bestimmte Themen in einer Gesellschaft vorherrschen. Dadurch, dass diese allgemein verständlich sind, spielen sie eine gewisse Rolle dabei, Diskurse zu vermitteln.

Als solches werden Diskurse als „gesellschaftliche Redensweisen“ verstanden, die institutionalisiert sind und gewissen Regeln unterliegen. Ihnen ist eine Machtwirkung eingeschrieben, da sie das Handeln von Menschen bestimmen (Jäger, 2010: 386). So ist ein Diskurs eine soziohistorische Aussageformation, der Rede- und Denkwänge eingeschrieben sind (Link, 2010: 270). Neben den „sichtbaren“ Elementen eines Diskurses ist auch relevant, was nicht thematisiert wird. Das bedeutet, dass bestimmte Perspektiven und Blickwinkel bewusst ausgelassen werden können, beispielsweise durch institutionelle Regelungen und Verfahrensweisen. Auch am Fehlen bestimmter Elemente spiegelt sich wider, was in einem Diskurs ausgesagt wird (Jäger, 2010: 387). Als solches sind sie als Träger von gültigem Wissen zu verstehen und ein Machtfaktor, der dazu beiträgt, die Gesellschaft zu strukturieren (Jäger and Jäger, 2007: 20). Sie präsentieren eine Version der Realität, die von der sogenannten „Wirklichkeit“ aber unabhängig ist (Jäger, 2010: 387). Ein Diskurs gibt nach diesem Verständnis an, wie bestimmte Themen in einer Gesellschaft dargestellt werden. Das führt in weiterer Folge dazu, wie über gewisse Themen gedacht wird, wie diese bewertet werden und

zu welchen Handlungen es kommt. Genauer wird dieser Ansatz in diesem Zitat hervorgehoben:

„Für die Diskursanalyse ist die Bestimmung des Diskurses als Materialität ersten Grades – unter anderen Materialitäten – von großer Bedeutung. Denn das bedeutet, dass nicht analysiert wird, ob Aussagen das, was in der Realität geschieht, *richtig* wiedergeben. Diskursanalyse fragt nicht danach, ob das, was Personen sagen, ‚stimmt‘. Diskursanalyse fragt danach, was die diskursiven Äußerungen *bewirken*. Ob die Äußerung ‚wahr‘ ist, kann ohnehin nur auf das in den Diskursen vorhandene Wissen bezogen werden.“ (Jäger, 2010: 387)

In dieser Aussage wird deutlich, wo eine Diskursanalyse ansetzen kann. Die Frage, die sich stellt, ist also nicht, ob das im Diskurs vermittelte Wissen fundiert ist, sondern eher, was die Vermittlung desselben bewirkt und wie dieses dargestellt wird. Eine Diskursanalyse ist somit auch als Wirkungsanalyse zu verstehen. Das ergibt sich aus den potentiellen Konsequenzen des vermittelten Wissens für das individuelle und kollektive Handeln und damit für die Gestaltung der Wirklichkeit (Jäger and Jäger, 2007: 32). Eine ähnliche Ansicht vertritt Link:

„Wenn wir also fragen, wie soziologische Themen in der Öffentlichkeit kommuniziert werden, dann handelt es sich in diskurstheoretischer Sicht um die Frage, wie spezialdiskursives Wissen interdiskursiv umgeformt und verbreitet wird.“ (Link, 2010: 271)

In diesen beiden Zitaten werden die Ziele einer Diskursanalyse klar. Darauf aufbauend stellt sich die Frage einer möglichen Durchführung derselben.

Ein gesellschaftlicher Gesamtdiskurs lässt sich in verschiedene Diskursstränge aufteilen. Letztere werden wiederum auf verschiedenen Ebenen produziert und reproduziert. Der Begriff Diskursstrang bezieht sich dabei auf einen thematischen Ausschnitt des Gesamtdiskurses (Jäger, 2010: 388; Jäger and Jäger, 2007: 25–27, 30). Das Thema Umwelt kann beispielsweise als Diskursstrang eines gesellschaftlichen Gesamtdiskurses gelten (daneben gibt es noch andere Diskursstränge wie einen medizinischen Diskurs oder einen juristischen Diskurs) (Jäger, 2010: 388; Jäger and Jäger, 2007: 25–27). Ein Diskursstrang besteht wiederum aus verschiedenen Diskursfragmenten. Hierunter sind einzelne Aussagen, beispielsweise Textelemente, zu verstehen (Jäger, 2010: 388; Jäger and Jäger, 2007: 25–27).

Diskursstränge werden auf verschiedenen Diskursebenen deutlich. Hiermit sind verschiedene soziale Orte gemeint, in denen Diskurse ihre Wirkung entfalten, wie Wissenschaft oder Politik. Die verschiedenen Ebenen stehen dabei in einer Wechselwirkung miteinander (Jäger, 2010: 388; Jäger and Jäger, 2007: 28). „Die

analytische Abgrenzung sollte sich deshalb auf das Schwergewicht des sozialen Orts beziehen, von dem aus der Diskurs wirksam wird.“ (Jäger, 2010: 388)

Die Diskursanalyse untersucht ein Thema in seiner gesamten Aussagebreite. Das bedeutet, dass nicht nur einzelne Fragmente, die in ein Feld hineinwirken, hervorgehoben werden, sondern auch alle anderen, vielleicht nicht zur Fragestellung passenden Elemente berücksichtigt werden sollen (Jäger, 2010: 388; Jäger and Jäger, 2007: 25–27). Nichtsdestotrotz sollen die beschriebenen Strukturmerkmale (Diskursstrang, Diskursebene, Diskursfragment) dazu dienen, den Untersuchungsbereich abzustecken und von anderen Themen abzugrenzen (Jäger, 2010: 389). Wie genau diese Absteckung in Bezug auf *Securitization* des Klimawandels in Österreich aussieht, ist gegen Ende dieses Abschnittes zentral. So stellte sich auch im Zuge der Analyse des österreichischen Klimawandeldiskurses heraus, dass noch eine weitere Frage, jene nach der Handlungsverantwortung, zentral ist.

Das konkrete methodische Vorgehen bei Diskursanalysen ist vom jeweiligen Gegenstand abhängig (Jäger, 2010: 389). Nichtsdestotrotz gibt es einen groben Leitfaden, der einige wichtige Punkte in sich vereint, die bei einer Diskursanalyse beachtet werden sollten. Da die genaue Vorgehensweise immer von der gewählten Fragestellung bzw. dem konkreten Thema abhängig ist, wird bereits im hier dargestellten Leitfaden immer wieder Bezug auf das Thema *Securitization* des Klimawandels in Österreich genommen.

Zu Beginn einer Diskursanalyse sollte der diskursive Kontext erfasst werden. Dabei wird die Zielsetzung benannt und der theoretische Hintergrund dargestellt. Es ist hilfreich, hierfür Diskursebenen und Diskursstränge festzulegen. Hierzu sind vor allem der historische Verlauf eines Diskurses und bereits vorhandene wissenschaftliche Voruntersuchungen nutzbringend (Jäger, 2010: 389, 2015: 90–111). In Bezug auf die hier behandelte Fragestellung sind die in den letzten beiden Kapiteln dargelegten Erkenntnisse zur Konstruktion von Risiko und Sicherheit als theoretische Grundlage zu nennen. Daraus ergibt sich die hier verfolgte Fragestellung, ob es in österreichischen Klimawandeldiskursen gleich wie auf internationaler Ebene zu *Securitization* kommt. Zudem wird vor der eigentlichen Diskursanalyse kurz die Zielsetzung derselben beschrieben und der Beginn bzw. bisherige Tendenzen österreichischer Klimawandelbestrebungen dargestellt.

Darauf aufbauend wird die vorhandene Materialbasis genauer betrachtet (Jäger, 2010: 389, 2015: 90–111). Im Falle Österreichs sind das alle Veröffentlichungen, die im gewählten Zeitraum zum Klimawandel publiziert wurden. In weiterer Folge wird die Materialgrundlage auf ein handhabbares Maß, allerdings ohne dadurch zu großen Erkenntnisverlust zu verzeichnen, eingeschränkt (Jäger, 2010: 389, 2015: 90–111). Im Falle dieser Arbeit wurden die hier analysierten Materialien auf die österreichischen Klimaschutzberichte der Jahre 2017-2020 und die 2017 veröffentlichte Agenda 2030 (Beiträge des Bundesministeriums zu deren Umsetzung nach Stand 2016) beschränkt (siehe Kapitel 4.1. Methodik - Materialauswahl).

Anschließend folgt eine Strukturanalyse der Materialbasis in Bezug auf inhaltliche Aspekte. Dabei soll ein Überblick über die angesprochenen Themen entstehen (Jäger, 2010: 389, 2015: 90–111). Welche übergeordneten bzw. herausstechenden Themen es in Bezug auf den österreichischen Klimawandeldiskurs gibt, spiegelt sich auch in den Überschriften der nachfolgenden Diskursanalyse selbst wider.

Auf die Strukturanalyse folgt die Feinanalyse. Hier wird die Tiefenstruktur von Aussagen ermittelt und die Texte auf sprachlich-rhetorische Mittel hin untersucht. Zusätzlich sind inhaltlich-ideologische Aussagen zentral. Welche Text(stellen) für eine weiterführende Feinanalyse heranzuziehen sind, ergibt sich dabei aus der Strukturanalyse (Jäger, 2010: 389, 2015: 90–111). Die Quellen, die einer Feinanalyse unterzogen wurden, sind im Folgenden dadurch gekennzeichnet, dass ihre Beschreibung verhältnismäßig viel Raum im Vergleich zum restlichen Analysematerial einnimmt. Zudem werden der Titel bzw. die Autor_innen derselben explizit hervorgehoben.

Darauf aufbauend werden Fein- und Strukturanalyse zu einer Gesamtanalyse zusammengefügt. Dabei geht es vor allem darum, typische Diskursfragmente hervorzuheben und in die Darstellung zu inkludieren. Es ist das Ziel, Struktur- und Feinanalyse sinnvoll miteinander zu verbinden. Die Gesamtanalyse kann als die eigentliche Diskursanalyse gesehen werden (Jäger, 2010: 389, 2015: 90–111; Jäger and Jäger, 2007: 34). Das Konglomerat aus Fein- und Strukturanalyse wird für diese Arbeit in Bezug auf die konkrete Fragestellung, ob und wie *Securitization* im österreichischen Klimawandeldiskurs zwischen 2017 und 2020 eine Rolle spielt, dargestellt. Wie sich allerdings im Zuge der Analyse herausstellte, ist durchaus auch

die Frage nach der Handlungsverantwortung relevant. Aufgrund dessen wird auch diese im Anschluss an die Betrachtungen zu *Securitization* kurz dargestellt.

4. 2. Analyse des österreichischen Klimawandeldiskurses: Zielsetzung und diskursiver Hintergrund

Im Verlauf der Arbeit wurden bereits einige theoretische Konzepte zu Risiko und Sicherheit dargestellt. Im Folgenden ist nun der Hintergrund der Diskursanalyse zentral. Dabei wird zuerst ein kurzer Überblick über politische Klimaschutzbestrebungen gegeben und die Geschichte der analysierten Dokumente (Klimaschutzberichte des Umweltbundesamtes und Agenda 2030) hervorgehoben.

Die erste Weltklimakonferenz fand bereits 1979 statt (WMO, 2015). Gleich wie das mediale Interesse setze auch das politische Engagement in Bezug darauf jedoch erst Jahrzehnte später ein.

Wie in vielen OECD-Staaten kann der Beginn der Klimaschutzpolitik auch in Österreich im Jahr 1990 angesetzt werden. Hintergrund hierfür war das „Toronto-Ziel“ der UN. Dabei sollten die CO₂-Emissionen bis 2005 um 20% gesenkt werden (Steuer, 1999: 197,200). Im Laufe der 1990er Jahre wurden derartige internationale Ziele immer wichtiger für die nationalen Klimaschutzbestrebungen (Steuer, 1999: 201). Zentral für die Klimaschutzbestrebungen Österreichs war es, dass der Treibhauseffekt den Status eines Problems erhielt, welches es zu lösen gilt (Steuer, 1999: 198).

Die Klimaschutzziele können allerdings eher als symbolisch gesehen werden. Obwohl Emissionsreduktion in allen planungsrelevanten Dokumenten als zentral erachtet wird, kam es dennoch zu einem Anstieg derselben (Steuer, 1999: 203; Umweltbundesamt, 2017, 2018, 2019, 2020). Bereits in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wurde die Nichterreichung von (Emissionsreduktions-)Zielen zu einem zentralen Thema im österreichischen Klimaschutzdiskurs (Steuer, 1999: 204). Ein ähnliches Bild in Verbindung mit Zielsetzung und Zielerreichung zeigt sich auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Wie aus einer Analyse österreichischer Klimaschutzbestrebungen der Jahre 1998-2010 hervorgeht, hatten die beschriebenen Maßnahmen (vor allem während politisch konservative Parteien an der Macht waren) symbolischen Charakter. Tatsächliche Änderungen wurden dabei eher hintenangestellt; Ziel war es, den Status quo aufrechtzuerhalten (Schaffrin et al., 2014: 875). Das deckt sich mit den Aussagen

zum Thema Emissionen und deren Reduktion, die in den analysierten Klimaschutzberichten vom Umweltbundesamt gemacht werden (Umweltbundesamt, 2017, 2018, 2019, 2020). Diese werden im nächsten Abschnitt unter „Allgemeine Tendenzen des österreichischen Klimawandeldiskurses“ und während der Diskursanalyse in Verbindung mit der Frage, wer die Handlungsverantwortung trägt, genauer beleuchtet.

Zentral für die Diskursanalyse sind die Klimaschutzberichte des Umweltbundesamtes. Dieses wurde 1985 vom Nationalrat gegründet, als das Umweltweltkontrollgesetz beschlossen wurde. Seit 1999 ist das Umweltbundesamt eine GmbH. In den letzten 35 Jahren hat es sich laut eigener Aussage zum Ziel gesetzt, Lösungen und Strategien für Entscheidungsträger_innen aus Politik, Verwaltung und (inter-)nationaler Wirtschaft zu entwickeln (Umweltbundesamt, n.d.). Die Daten für die dabei entstehenden Klimaschutzberichte stammen aus der österreichischen Treibhausgas-Inventur. Diese wird jährlich vom Umweltbundesamt erstellt und Mitte Jänner veröffentlicht (Initiative Wachstum im Wandel, n.d.).

Neben den Österreichischen Klimaschutzberichten spielt für die Diskursanalyse auch die Agenda 2030 bzw. erste Darstellungen zu deren Umsetzung eine Rolle. Diese wurde 2015 bei einem Gipfeltreffen der UN von allen 193 Mitgliedsstaaten beschlossen. Ziel ist es, nachhaltige Entwicklungen im Allgemeinen zu stärken, indem 17 Entwicklungsziele auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene implementiert werden (BKA, n.d.).

In Österreich wurde laut Bundeskanzleramt 2015 mit der Umsetzung der Agenda 2030 begonnen. Hierfür sollten alle Bundesministerien die Prinzipien der Agenda 2030 in Strategien und Programme einarbeiten. Das daraus entstandene Dokument Beiträge zur Umsetzung der Agenda 2030 (2017) wird in der Diskursanalyse genauer beleuchtet. Vorerst sind jedoch allgemeine Tendenzen des österreichischen Klimawandeldiskurses als Einstieg in die Analyse zentral.

4.2.1. Allgemeine Tendenzen des österreichischen Klimawandeldiskurses - Emissionsreduktion

Als Einstieg in den österreichischen Klimawandeldiskurs werden hier einige allgemeine Tendenzen desselben dargelegt. Am herausstechendsten ist hier ohne Zweifel der Fokus aller analysierten Dokumente auf das Thema Emissionen bzw. deren Reduktion und Entstehung. In allen herangezogenen Quellen kommt diesen eine herausragende Stellung zu. Diese werden als Hauptproblem bzw. Auslöser für den Klimawandel genannt (BKA et al., 2017; Umweltbundesamt, 2017, 2018, 2019, 2020).

So wird in allen vier Klimaschutzberichten und den Umsetzungsstrategien der Agenda 2030 die Wichtigkeit einer Emissionsreduktion deutlich (BKA et al., 2017; Umweltbundesamt, 2017, 2018, 2019, 2020). Beispielsweise wird im Jahr 2017 darauf eingegangen, dass die produzierten Treibhausgase weiter ansteigen und damit maßgeblich zu einer Veränderung des Klimas beitragen:

„Der aktuelle fünfte Sachstandsbericht (AR5) des Weltklimarates (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC 2014) zeigt, dass trotz der bisherigen Klimaschutzanstrengungen die weltweiten Treibhausgas-Emissionen durch Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum mit zunehmender Geschwindigkeit angestiegen sind und dass sie die Hauptursache für die gegenwärtige Änderung des Klimas sind.“ (Umweltbundesamt, 2017: 18)

In allen vier Klimaschutzberichten gibt es einen starken Fokus auf die Reduktion von Treibhausgasen. Wie hoch die Emissionsminderung sein sollte, differiert je nach beschriebenem Szenario. Gleich ist nur eines: Letztlich ist „Klimaneutralität“ unumgänglich (Umweltbundesamt, 2017, 2018, 2019, 2020).

Daraus ergibt sich die Frage, wie der Klimawandel generell in den analysierten Dokumenten präsentiert wird und wie damit umgegangen werden soll bzw. umgegangen wird. Zunächst wird aus diesem Grund auf den Klimawandel in seiner Darstellung als unausweichliche Tatsache und Risiko eingegangen. Vor allem in Verbindung mit dem Begriff Risiko (und daher in weiterer Folge auch Sicherheit) steht die Frage im Zentrum, ob *Securitization* im österreichischen Klimawandeldiskurs bzw. in den hier herangezogenen Dokumenten eine Rolle spielt. Hierfür sind vor allem die Begriffe nationale und internationale Sicherheit in Verbindung mit Migrationsbewegungen relevant. Das ist der Tatsache geschuldet, dass *Seucritization*, wie in Kapitel 3. dargelegt, in Verbindung damit vor allem im internationalen Vergleich immer wieder maßgeblich war.

Im Zuge der Diskursanalyse wurde deutlich, dass neben der Frage, ob und welche Rolle *Securitization* in Österreich in Verbindung mit dem Klimawandel spielt, noch eine weitere Frage zentral ist. So steht die generelle Darstellung dieses Themas in enger Verbindung mit der Zuschreibung von Verantwortlichkeit. Es ist relevant, wer in Verbindung mit dem Klimawandel zu reagieren hat und wie. Aus diesem Grund wird abschließend auf Basis der analysierten Dokumente hervorgehoben, wer aus einer politischen Perspektive in Österreich die Verantwortung trägt (Umweltbundesamt, 2017, 2018, 2019, 2020). Zunächst gilt es hierfür aber zu beleuchten, wie der Klimawandel im Allgemeinen in den analysierten Dokumenten verstanden wird.

4.2.2. Der Klimawandel als unausweichliche Tatsache und Risiko

Das Thema Emissionsreduktion wird meist mit den Risiken des Klimawandels verbunden. Im Zuge dessen wird immer wieder auf die schweren Folgen des Klimawandels verwiesen. So wird der Klimawandel im Jahr 2019 und 2020 vom Umweltbundesamt als „irreversibel“ beschrieben. Einen genaueren Einblick gibt dieses Zitat:

„Dass irreversible regionale Veränderungen in Zusammensetzung, Struktur und Funktion von Meeres- und Landökosystem stattfinden werden, gilt praktisch als sicher.“ (Umweltbundesamt, 2019: 22)

Es wird also von nahezu sicheren und irreversiblen Veränderungen durch den Klimawandel ausgegangen. Als Folge davon wird erläutert, dass eine Anpassung an durch selbigen hervorgerufene Veränderungen als unabdingbar gesehen wird (Umweltbundesamt, 2019: 21, 2020: 19). Das wirft die Frage auf, wie in den Berichten selbst mit dieser Ausgangslage umgegangen wird. In den Berichten der Jahre 2017 und 2018 ist folgendes zu lesen:

„Mit dem am 12. Dezember 2015 verabschiedeten und am 4. Oktober 2016 in Kraft getretenen Pariser Klima-Übereinkommen hat die Staatengemeinschaft deutlich gemacht, dass sie entschieden gegen den vom Menschen gemachten Klimawandel ankämpfen will.“ (Umweltbundesamt, 2017: 5, 2018: 5)

Neben der Tatsache, dass dieser Abschnitt sowohl 2017 als auch 2018 bis auf den Wortlaut gleich ist, stechen die darin verwendeten rhetorischen Mittel heraus. So ist hier von einem „Kampf“ der Staatengemeinschaft gegen den Klimawandel die Rede. Das deutet darauf hin, dass hier eine globale Lösung angestrebt wird. Darüber hinaus wird impliziert, dass es sich um eine problematische Situation handelt, gegen die es

unter allen Umständen vorzugehen gilt. Eine ähnliche Aussage lässt sich auf Basis der Klimaschutzberichte der Jahre 2019 und 2020 machen:

„Mit dem Pariser Klima-Übereinkommen hat die Staatengemeinschaft deutlich gemacht, dass sie entschieden gegen den vom Menschen gemachten Klimawandel ankämpfen will.“
(Umweltbundesamt, 2019: 5, 2020: 5)

Auch hier sticht heraus, dass sich diese Passage in beiden Berichten bis ins kleinste Detail gleicht. Zudem wird auch hier wieder auf einen „Kampf“ gegen den Klimawandel verwiesen.

Neben einer globalen Ebene wird im Verlauf aller Klimaschutzberichte angesprochen, dass es für Österreich auch in einem nationalen Kontext auf den Klimawandel zu reagieren gilt. Der Fokus liegt hierbei vor allem auf der Vermeidung von Folgekosten, wie im Bericht des Jahres 2019 geschildert wird:

„Aus volkswirtschaftlicher Perspektive birgt der Klimawandel für Österreich sowohl Risiken als auch Chancen. [...] Um diese Schadenskosten, aber auch die Kosten für Klimaschutz und Klimawandelanpassung möglichst gering zu halten, ist frühzeitiges Handeln im Sinn einer Transformation zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaftsweise entscheidend.“
(Umweltbundesamt, 2019: 50)

Eine ähnliche Aussage wird im Klimaschutzbericht 2020 gemacht:

„Aus volkswirtschaftlicher Perspektive birgt der Klimawandel für Österreich sowohl Risiken als auch Chancen. Auf der Risikoseite stehen seine beträchtlichen Folgekosten.“
(Umweltbundesamt, 2020: 50)

In allen Klimaschutzberichten wird davon ausgegangen, dass die Veränderungen irreversibel sind und ein „Kampf“ der Staatengemeinschaft dagegen geführt wird. Dennoch kam es zu keiner Emissionsreduktion, wie in fast allen Klimaschutzberichten thematisiert wird (bspw. Umweltbundesamt, 2020). Trotz dieser Pläne wird also sogar in den Klimaschutzberichten selbst darauf eingegangen, dass die ursprünglichen Ziele wohl nicht mehr zu erreichen sind (in Bezug auf Emissionseinsparungen). Im Bericht des Jahres 2020 wird offengelegt, dass diese mit den bisherigen Bemühungen wohl auch nicht mehr zu erreichen sind. Gleich im Anschluss daran wird allerdings proklamiert, dass durch ein neues EU-Klimagesetz die CO₂-Neutralität bis 2050 tatsächlich erlangt werden könne (Umweltbundesamt, 2020: 29). Zudem wird bereits im Bericht 2020 darauf eingegangen, dass es zwar ein EU-weites Gesamtziel, aber keineswegs spezifische nationale Vorgaben gibt (Umweltbundesamt, 2020: 57).

Nichtsdestotrotz wird in eben jenen Klimaschutzberichten beschrieben, dass die Maßnahmen (um eben diese Emissionsreduktion herbeizuführen) fundiert und ausreichend sind (Umweltbundesamt, 2017, 2018, 2019). Hierbei wird vor allem auf

technische Lösungen gesetzt (bspw. Umweltbundesamt, 2019: 29), wie aus diesem Dokument hervorgeht:

„Die Langfriststrategie [der Europäischen Kommission] beinhaltet keine konkreten längerfristigen Zielsetzungen sondern definiert sieben Bausteine, auf deren Basis Szenarien zur Emissionssenkung durch die Modellierung verschiedener technischer Lösungen dargestellt werden.“ (Umweltbundesamt, 2019: 29)

Gleichzeitig wird jedoch offengelegt, dass es hier keine konkreten Maßnahmen zur Zielerreichung gibt, sondern es sich eher um einzelne „Bausteine“ (wie die Steigerung der Energieeffizienz) handelt, die gemeinsam zum Erfolg führen sollen (Umweltbundesamt, 2019: 29). Etwas konkreter wird die Beschreibung potentieller Maßnahmen zwar im Verlauf des Berichtes, lässt aber noch immer einiges offen, was die tatsächliche Umsetzung betrifft:

„Um dies [eine Reduktion von 81% der Treibhausgase im Jahr 2050 gegenüber 1990 und 41% im Jahr 2030 gegenüber 2005] zu ermöglichen, sind ein Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger und damit ein weitreichender Wandel von Gesellschaft und Wirtschaft notwendig. Der Fokus ist insbesondere auf Investitionen in jene langlebigen Infrastrukturen und zukunftsfähigen Technologien zu legen, die diesen Ausstieg ermöglichen. Außerdem sind eine verringerte Verkehrsleistung, ein nachhaltiges Mobilitätsmanagement sowie hohe Energieeffizienzstandards im Gebäudebereich und in der Kreislaufwirtschaft zu forcieren.“ (Umweltbundesamt, 2019: 48–49)

Auch in der Darstellung zur Umsetzung der Agenda 2030 liegt ein Fokus auf klimafreundlichen Technologien (BKA et al., 2017: 37). Das geht aus der Beschreibung einer der wichtigsten Organisationen zur Verwirklichung der gesetzten Ziele (Emissionsreduktion), klimaaktiv, hervor:

„‘klimaaktiv‘ gibt Impulse für den Umbau und schafft im Sinne eines modernen Governance-Ansatzes den Brückenschlag zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Das zentrale Ziel von klimaaktiv ist die Markteinführung und rasche Verbreitung klimafreundlicher Technologien und Dienstleistungen. Dadurch verändert „klimaaktiv“ die Wirtschaft und den Alltag.“ (BKA et al., 2017: 37)

In allen Klimaschutzberichten wird versucht, die staatliche Lösungskompetenz in Bezug auf den Klimawandel herauszustellen (Umweltbundesamt, 2017, 2018, 2019, 2020). Nichtsdestotrotz wird der Klimawandel als ungeminderte Bedrohung verstanden, die es von Seiten der Staatengemeinschaft zu bekämpfen gilt und bereits irreversible Folgen nach sich zieht. So wird versucht, bereits durch den Klimawandel entstandene Schadenskosten zu berechnen und zukünftige Ausgaben, Risiken und Chancen zu prognostizieren (Umweltbundesamt, 2019: 50). Auch finanzielle Kosten aufgrund von Anpassungsmaßnahmen werden bemessen (Umweltbundesamt, 2020: 24). In der Darstellung von Umsetzungsmaßnahmen der Agenda 2030 wird hierzu von Schadensbegrenzung durch Anpassung gesprochen (BKA et al., 2017: 36).

Allerdings sind ökonomische Kosten nicht die einzigen Gründe, den Klimawandel als Bedrohung zu verstehen. Auch andere nationale und internationale Fragestellungen sind von Belang. Auffallend ist, dass in Verbindung mit dem Klimawandel in den Klimaschutzberichten der Jahre 2017-2020 und der Umsetzungsbeschreibung der Agenda 2030 immer wieder das Thema Migration in den Vordergrund gerückt wird.

4.2.3. Klimawandel als Belang nationaler Sicherheit

Wie die Darstellung des Forschungsstandes (letztes Kapitel) zu *Securitization* gezeigt hat, wird dieser Begriff immer wieder mit Migration als Belang nationaler Sicherheit in Verbindung gebracht. Inwiefern das auch auf den österreichischen Klimawandeldiskurs zutrifft, soll im Folgenden geklärt werden.

Bereits in der Zusammenfassung aller vier Klimaschutzberichte wird darauf hingewiesen, dass es durch den Klimawandel zu einem vermehrten Migrationsdruck kommen könnte (Umweltbundesamt, 2017: 5, 2018: 5, 2019: 5, 2020: 5). So heißt es hier im Bericht aus dem Jahr 2017:

„Ökonomische Folgen des Klimawandels betreffen u.a. den Tourismus, die Land- Forst- und Energiewirtschaft und das Gesundheitswesen. Ferner wird der Migrationsdruck aus südlichen Ländern, die besonders stark vom Klimawandel betroffen sind (z.B. Afrika), zunehmen.“ (Umweltbundesamt, 2017: 5)

Auffallend ist, dass diese Formulierung fast wörtlich in den Bericht aus dem Jahr 2018 übernommen wird. So wird in der Zusammenfassung beschrieben:

„Ökonomische Folgen des Klimawandels betreffen u.a. den Tourismus, die Land-, und Forst-, und Energiewirtschaft und das Gesundheitswesen. Ferner wird der Migrationsdruck aus südlichen Ländern, die besonders stark vom Klimawandel betroffen sind (z.B. afrikanischen Ländern), zunehmen, da viele der betroffenen Länder zudem über begrenzte Anpassungskapazitäten verfügen.“ (Umweltbundesamt, 2018: 5)

Zumindest auf sprachlicher Ebene lässt sich hier für das Jahr 2020 eine Veränderung der Darstellung feststellen. So wird in diesem Bericht konstatiert:

„Ferner wird der Migrationsdruck in zahlreichen Regionen der Erde, die besonders stark vom Klimawandel betroffen sind, deutlich zunehmen, da viele der betroffenen Länder zudem über eine begrenzte Anpassungskapazität verfügen.“ (Umweltbundesamt, 2020: 5)

Im Gegensatz zu den beiden Textstellen aus den Berichten der Jahre 2017 und 2018 fallen im Jahr 2020 doch deutliche Änderungen auf. So wird der Fokus hier nicht mehr nur auf den afrikanischen Kontinent gelegt, sondern viel allgemeiner von betroffenen Ländern ausgegangen. Gleichzeitig wird proklamiert, dass genau diese über eine begrenzte Anpassungsfähigkeit verfügen würden und dies zu einem erhöhten

Migrationsdruck führt. Diese Aussage impliziert eine Veränderung für Österreich. Das ist vor allem aus den ersten beiden Textstellen herauszulesen, da dieses Statement nahtlos mit innerösterreichischen Veränderungen (wie Auswirkungen auf Forst- und Energiewirtschaft) verbunden wird.

Obwohl Migration bzw. Migrationsdruck in allen Berichten angesprochen wird, gibt es doch rhetorische Unterschiede, wie dieses Thema in den einzelnen Jahren verhandelt wird. So heißt es im Jahr 2017 noch „Ferner wird der Migrationsdruck aus südlichen Ländern, die besonders stark vom Klimawandel betroffen sind (z.B. Afrika), zunehmen“ (Umweltbundesamt, 2017: 5). Aus dieser Aussage geht hervor, dass es offensichtlich kein Bewusstsein gibt, dass Afrika wohl eher als Kontinent und nicht als Land zu verstehen ist. Im darauffolgenden Jahr wird hier zumindest von „z.B. afrikanischen Ländern“ (Umweltbundesamt, 2018: 5) ausgegangen.

Dass dem Thema Migration bereits in der Zusammenfassung eine gewisse Aufmerksamkeit zukommt, ist vor allem bei näherer Betrachtung der gesamten Berichte erstaunlich. In diesen werden die Folgen für Österreich nur sehr kurz abgehandelt. Stattdessen stehen eher Treibhausgase selbst bzw. deren Entstehung im Vordergrund (Umweltbundesamt, 2017, 2018, 2019, 2020).

Nichtsdestotrotz wird in den Berichten der Jahre 2017 und 2018 das Thema Migration unter der Überschrift „Auswirkungen für Österreich“ aufgegriffen. Im Bericht 2018 wird beispielsweise in Verbindung mit dem Thema Migration das Wort „Klimaflüchtling“ verwendet (Umweltbundesamt, 2018: 25). Wie genau eine derartige Beschreibung aussieht, wird in diesen Zitaten deutlich:

„Die Klimaerwärmung wirkt sich in südlichen Ländern besonders stark aus. Dies wird zu einer erhöhten Binnenmigration und ferner zu einer zunehmenden Migration aus diesen Gebieten (z.B. afrikanischen Ländern) führen. Im Jahr 2016 wurden weltweit rd. 23,5 Mio. Menschen durch wetterbezogene Katastrophen (Unwetter, Überflutungen, Dürre, Erdbeben) vertrieben, bei einem Durchschnitt von 21,8 Mio. seit dem Jahr 2008. Das entspricht mehr als der dreifachen Anzahl von Menschen, die durch Konflikte und Gewalt verdrängt wurden. Bei einer Erderwärmung von 2 °C und dem damit verbundenen Anstieg des Meeresspiegels können langfristig eine Landmasse welche aktuell von rd. 280 Mio. Menschen bewohnt wird, dauerhaft überschwemmt werden (OXFAM 2027). Eine aktuelle Studie der Weltbank geht von bis zu 140 Mio. Klimaflüchtlingen bis 2050 aus, falls keine entscheidenden Maßnahmen gegen den Klimawandel gesetzt werden. Mit 86 Mio. Flüchtlingen entfällt der Großteil auf die Subsahara-Region Afrikas. Mit einer Verbesserung der derzeitigen Klima- und Migrationspolitik könnte die Zahl jener Menschen, die aufgrund von Klimaveränderungen fliehen müssen, um bis zu 80% reduziert werden.“ (Umweltbundesamt, 2018: 25)

Obwohl hier fast nur internationale Folgen beschrieben werden, steht dieser Abschnitt dennoch unter „Auswirkungen für Österreich“. Das gibt Auskunft darüber, für wen

(Österreich) diese Veränderungen erwartet werden. Ähnliche Ansichten finden sich auch im Bericht von 2017. Auch hier wird Migration unter der Überschrift „Auswirkungen für Österreich“ genauer beleuchtet:

„In diesen Berechnungen sind aber etwa Effekte durch Migration aufgrund der großen Unsicherheit nicht berücksichtigt, obwohl sich der Klimawandel in südlichen Ländern besonders stark auswirken wird. Dies wird zu einer erhöhten Binnenmigration und ferner zu einer zunehmenden Migration aus diesen Gebieten (z.B. Afrika) führen. Allein in Asien und Afrika rechnet man bis 2020 mit 74-250 Mio., betroffenen Menschen.“ (Umweltbundesamt, 2017: 22)

Auffallend ist auch, dass als Regionen, in welchen zu einem verstärkten Migrationsdruck kommt, lediglich der afrikanische und der asiatische Kontinent genannt werden (Umweltbundesamt, 2017: 22, 2018: 25). Es ist anzunehmen, dass beispielsweise Inselstaaten von den Folgen des Klimawandels sehr viel direkter betroffen sind (Anstieg des Meeresspiegels), als das in anderen Gebieten der Fall ist. Diese bleiben aber unerwähnt. Zusätzlich wird sehr direkt darauf eingegangen, dass es durch den Klimawandel vor allem zu einer vermehrten Binnenmigration in den betroffenen Regionen kommen kann. Dennoch wird diese hier aber als Folge für Österreich beschrieben (Umweltbundesamt, 2017: 22, 2018: 25).

Im Allgemeinen lässt sich festhalten, dass Migration nicht unter den bereits eingetretenen Folgen des Klimawandels erwähnt wird, sondern eher als potentielle Bedrohung behandelt wird (Umweltbundesamt, 2018: 23). Obwohl hier eher internationale Auswirkungen beschrieben werden, wird stets von Österreich als Angelpunkt der Veränderung ausgegangen.

In den Klimaschutzberichten zeigt sich durchaus, dass der Klimawandel nicht bloß aufgrund von Migration als nationale Bedrohung verstanden wird. Beispielsweise werden im Bericht 2018 auch ökonomische Folgen genauer erläutert (Umweltbundesamt, 2018: 5). Zudem wird im weiteren Verlauf der Berichte auch auf ökologische Folgen (wie Hitze, Schädlinge, Niederschläge) eingegangen (Umweltbundesamt, 2018: 24, 2019: 25).

Nichtsdestotrotz wird vor allem in den Klimaschutzberichten der Jahre 2017 und 2018 Migration unter einem nationalen Gesichtspunkt behandelt. Wie im nächsten Abschnitt noch genauer beleuchtet wird, ist erst in den Jahren 2019 und 2020 eine Hinwendung zu Migration als Angelegenheit internationaler Sicherheit festzustellen (Umweltbundesamt, 2019, 2020: 21).

4.2.4. Klimawandel als Belang internationaler Sicherheit

In den beiden Klimaschutzberichten der Jahre 2017 und 2018 wurde das Thema nationale Sicherheit mit ökologischen und ökonomischen Veränderungen, aber auch mit einem erhöhten Migrationsdruck aus den betroffenen Ländern in Verbindung gebracht. Dabei waren Österreich und seine Bewohner_innen im Fokus dieser potentiellen Veränderungen.

Zwar wird bereits im Klimaschutzbericht des Jahres 2018 (im Gegensatz zu 2017) zu einer verbesserten Klima- und Migrationspolitik aufgerufen, allerdings wird dieses Anliegen auch hier noch unter dem Punkt „Auswirkungen für Österreich“ und damit einem Fokus auf nationale Sicherheit behandelt (Umweltbundesamt, 2018: 25). Ab 2019 ändert sich diese Richtung, vor allem in Bezug auf das Thema Migration in Verbindung mit dem Klimawandel. So wird in den Klimaschutzberichten des Umweltbundesamtes der Jahre 2019 (Umweltbundesamt, 2019: 21) und 2020 (Umweltbundesamt, 2020: 21) der Klimawandel auch als internationaler Risikofaktor behandelt. Sowohl Wortwahl als auch Thema sind dabei im Bericht des Jahres 2019 gleich wie jene aus dem Bericht 2018, wie dieses Zitat illustriert:

„Die Klimaerwärmung wirkt sich in südlichen Ländern besonders stark aus. Dies wird zu einer erhöhten Binnenmigration und ferner zu einer zunehmenden Migration aus diesen Gebieten (z.B. afrikanischen Ländern) führen. Im Jahr 2016 wurden weltweit rd. 23,5 Mio. Menschen durch wetterbezogene Katastrophen (Unwetter, Überflutungen, Dürre, Erdbeben) vertrieben, bei einem Durchschnitt von 21,8 Mio. seit dem Jahr 2008. Das entspricht mehr als der dreifachen Anzahl von Menschen, die durch Konflikte und Gewalt verdrängt wurden. Bei einer Erderwärmung von 2 °C und dem damit verbundenen Anstieg des Meeresspiegels können langfristig eine Landmasse welche aktuell von rd. 280 Mio. Menschen bewohnt wird, dauerhaft überschwemmt werden (OXFAM 2027). Eine aktuelle Studie der Weltbank geht von bis zu 140 Mio. Klimaflüchtlingen bis 2050 aus, falls keine entscheidenden Maßnahmen gegen den Klimawandel gesetzt werden. Mit 86 Mio. Flüchtlingen entfällt der Großteil auf die Subsahara-Region Afrikas. Mit einer Verbesserung der derzeitigen Klima- und Migrationspolitik könnte die Zahl jener Menschen, die aufgrund von Klimaveränderungen fliehen müssen, um bis zu 80% reduziert werden.“ (Umweltbundesamt, 2019: 21)

Ein Unterschied der Berichte 2018 und 2019 ist allerdings, dass das Thema Migration in letzterem nicht unter „Auswirkungen für Österreich“, sondern unter „wissenschaftliche Basis“ verhandelt wird. Insofern hat sich der Fokus von nationalen Folgen in den globalen Raum verlagert. Das gilt auch für den Klimaschutzbericht des Jahres 2020. Auch hier wird Migration unter „wissenschaftliche Basis“ gefasst. Zwar bleibt im Vergleich zu 2019 der Anfang und das Ende der Themendarstellung gleich,

im Verlauf der Beschreibung stechen aber vor allem im Mittelteil Veränderungen der Darstellung hervor:

„Die Klimaerwärmung wirkt sich in südlichen Ländern besonders stark aus. Dies wird zu einer erhöhten Binnenmigration und ferner zu einer zunehmenden Migration aus diesen Gebieten (z.B. afrikanischen Ländern) führen. Im Jahr 2016 wurden weltweit rd. 23,5 Mio. Menschen durch wetterbezogene Katastrophen (Unwetter, Überflutungen, Dürre, Erdbeben) vertrieben, bei einem Durchschnitt von 21,8 Mio. seit dem Jahr 2008. Das entspricht mehr als der dreifachen Anzahl von Menschen, die durch Konflikte und Gewalt verdrängt wurden. Bei einer Erderwärmung von 2 °C und dem damit verbundenen Anstieg des Meeresspiegels können langfristig eine Landmasse welche aktuell von rd. 280 Mio. Menschen bewohnt wird, dauerhaft überschwemmt werden (OXFAM 2027). Zwischen Jänner und Juni 2019 wurden mehr als 6,7 Mio. Menschen zur Migration gezwungen, ausgelöst durch extreme Wetterereignisse, wie den Zyklon Idai in Südafrika, den Zyklon Fani in Südostasien, den Hurrikan Dorian in der Karibik und Überschwemmungen im Iran, auf den Philippinen und in Äthiopien. Es wird prognostiziert, dass diese Zahl im Jahr 2019 fast 22 Mio. erreichen wird, gegenüber 17,2 Mio. im Jahr 2018. Von allen Naturgefahren trugen Überschwemmungen und Stürme am meisten zur Vertreibung bei. Eine Studie der Weltbank geht von bis zu 140 Mio. Klimaflüchtlingen bis 2050 aus, falls keine entscheidenden Maßnahmen gegen den Klimawandel gesetzt werden. Mit 86 Mio. Flüchtlingen entfällt der Großteil auf die Subsahara-Region Afrikas. Mit einer Verbesserung der derzeitigen Klima- und Migrationspolitik könnte die Zahl jener Menschen, die aufgrund von Klimaveränderungen fliehen müssen, um bis zu 80% reduziert werden.“ (Umweltbundesamt, 2020: 21–22)

Es fällt auf, dass das Thema durch den Klimawandel ausgelöste Bevölkerungsbewegungen viel ausführlicher beschrieben wird als in den beiden Jahren zuvor (Umweltbundesamt, 2019: 21). In den Klimaschutzberichten der Jahre 2019 und 2020 werden die Folgen für Menschen in den betroffenen Regionen dargestellt (internationale Sicherheit). Darüber hinaus wird das Thema Migration nicht mehr in der Rubrik „Auswirkungen für Österreich“ behandelt, sondern unter der Überschrift „Wissenschaftliche Basis“ (Umweltbundesamt, 2019: 19–21, 2020: 17–21). Diese Tatsache lässt vermuten, dass hier ein Diskurswandel, wie Klimawandel gesehen wird, stattgefunden hat. Die Wahrnehmung desselben hat sich von einer reinen Bedrohung für die österreichische nationale Sicherheit hin zu einer globalen Bedrohung gewandelt. So wird beispielsweise im Klimaschutzbericht 2020 Migration und andere Vulnerabilitäten als Belang internationaler Politik beschrieben und nicht ausschließlich als zentral für die nationale Sicherheit (Umweltbundesamt, 2020: 19).

Es werden in diesem Bericht zwar auch potentielle Auswirkungen für Österreich genannt, prinzipiell stehen aber die Folgen für die vom Klimawandel stärker betroffenen Regionen im Vordergrund. Im Zuge dessen wird auch eine, wie bereits im vorhergehenden Kapitel erwähnt, typische Verbindung zwischen angeblich durch den Klimawandel ausgelösten, gewaltvollen Konflikten und Fluchtbewegungen hergestellt (Umweltbundesamt, 2020: 21–22). Diese Aussage wurde bereits im Klimaschutzbericht 2019 gemacht. Dabei sticht heraus, dass hier ein

Kausalzusammenhang zwischen Klima und bewaffneten Konflikten proklamiert wird (Umweltbundesamt, 2019: 21–22), wie in diesem Zitat beschrieben wird:

„Eine Analyse von Asylanträgen in über 157 Ländern in Zeitraum 2006-2015, welche den kausalen Zusammenhang zwischen Klima, Konflikt und Zwangsmigration untersuchte, kam zu dem Schluss, dass [sic!] klimatische Bedingungen – indem sie die Schwere der Dürre und die Wahrscheinlichkeit eines bewaffneten Konflikts beeinflussen – eine wesentliche Ursache für den Asylantrag waren.“ (Umweltbundesamt, 2019: 22, 2020: 22)

Diese Passage ist sowohl im Bericht des Jahres 2019 als auch in jenem des Jahres 2020 gleich. Im Gegensatz zu den Klimaschutzberichten der Jahre 2017 und 2018 findet hier ein deutlicher Wandel in Richtung Belang internationaler Sicherheit statt. Der Eindruck, dass durch diese Beschreibung ein Eingreifen legitimiert werden soll, entsteht allerdings nicht. Viel eher steht die Beschreibung der Betroffenen als „Opfer“ im Vordergrund. Das geht auch noch aus einer weiteren Passage des Klimaschutzberichtes 2019 hervor. Dort heißt es:

„Durch die Klimafinanzierung sollen Entwicklungsländer dabei unterstützt werden, ihre Emissionen zu reduzieren bzw. sich an die unausweichlichen Folgen des Klimawandels anzupassen.“ (Umweltbundesamt, 2019: 28)

Auch in diesem Zitat wird wieder deutlich, dass stark vom Klimawandel betroffene Regionen im Fokus stehen und nicht etwaige Auswirkungen für Österreich.

Ein ähnlicher Eindruck entsteht bei Betrachtung der Darstellung zur Umsetzung der Agenda 2030. Auch in diesem Dokument wird der Klimawandel explizit in Verbindung mit dem Thema internationale Sicherheit verhandelt. So wird vor allem Österreichs Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung (im Sinne der Finanzierung von Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern) besonders verdeutlicht und unter das Banner von Entwicklungszusammenarbeit gestellt (BKA et al., 2017: 53).

„Der Schutz der Umwelt und Maßnahmen gegen den Klimawandel sind auch in Entwicklungsländern von großer Bedeutung. Österreich trägt in vielen Bereichen zum Erhalt der Lebensgrundlagen in Entwicklungsländern bei. Dies erfolgt u.a. durch die Umsetzung der Strategie zu Umwelt und Entwicklung, der Klimafinanzierungsstrategie, Beiträgen zu multilateralen Umweltübereinkommen und spezifischen Projekten.“ (BKA et al., 2017: 53)

Im weiteren Verlauf des Berichtes heißt es:

„Bei der internationalen Klimafinanzierung (KF) geht es – verkürzt gesagt- um finanzielle Unterstützung für Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern. Die Unterstützung kann bilateral (vorwiegend auf Projektbasis) oder multilateral (vorwiegend durch Beiträge an Fonds wie z.B. den Green Climate Fund) erfolgen. Neben Zuschüssen zählen auch Kredite und andere Finanzinstrumente als Beitrag zu KF.“ (BKA et al., 2017: 53)

In dieser Darstellung wird der Zusammenhang hergestellt, dass Österreich durch diese Maßnahmen einen Beitrag zur Sicherheit (beispielsweise Ernährungssicherheit) im

jeweiligen Land leistet (BKA et al., 2017: 53). So wird in Verbindung mit Entwicklungszusammenarbeit beschrieben:

„Zukünftige Ansätze und Entwicklungsmaßnahmen sollen sich zudem noch stärker als bisher auf eine menschenrechtsorientierte Herangehensweise beziehen und die Wechselbeziehungen, Synergien und möglichen Zielkonflikte zwischen den einzelnen Sektoren (Land- und Forstwirtschaft/Ernährungssicherheit, Wasser und Energie) sowie mit den Bereichen Umwelt und Klimaschutz berücksichtigen.“ (BKA et al., 2017: 51)

Zusätzlich wird auch in der Darstellung der Umsetzung der Agenda 2030 auf durch ökologische Folgen ausgelöste Fluchtbewegungen, die es mit österreichischer Beteiligung zu bekämpfen gilt, verwiesen (BKA et al., 2017: 49):

„Gleichzeitig hilft Österreich mit diesem Engagement [wirtschaftliche und soziale Entwicklung für alle, Schutz der Umwelt und Sicherung des Friedens und Einsatz für Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung], die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Ursachen vieler Konflikte und die daraus resultierende irreguläre Migration zu bekämpfen.“ (BKA et al., 2017: 49)

Auch in der Umsetzungsbeschreibung der Agenda 2030 wird also von einem Kampf zum Schutz der Umwelt ausgegangen. Das impliziert, dass es ein Risiko gibt, welches es zu verhindern gilt. Eine ähnliche Formulierung wurde auch bei der Beschreibung des Klimawandels als globales Problem in den österreichischen Klimaschutzberichten gewählt.

Ein Beispiel, wie der Klimawandel als internationale Angelegenheit beschrieben wird, findet sich gleich zu Beginn des Klimaschutzberichtes 2020. So wird proklamiert, dass die Staatengemeinschaft entschieden gegen diesen ankämpfen will (Umweltbundesamt, 2020: 5). In dieser Aussage sticht die im vorigen Kapitel erwähnte Rhetorik von Kampf und Konflikt im Zuge einer Inszenierung des Klimawandels als globales, existentielles Risiko heraus. Sowohl in der Umsetzungsbeschreibung der Agenda 2030 als auch in den Klimaschutzberichten wird dabei deutlich, dass dieses globale Problem eigentlich einer internationalen Lösung bedürfte. Das wirft die Frage auf, wer nun die eigentliche Handlungsverantwortung für die Umsetzung trägt.

4.2.5. Die Frage nach der Handlungsverantwortung

Neben der Darstellung des Klimawandels als unausweichliche Tatsache und Risiko und der daraus hervorgehenden Frage, ob *Securitization* dabei eine Rolle spielt, stach noch ein weiteres Thema im Zuge der Diskursanalyse heraus. Hierbei handelt es sich um die Verantwortung, auf den beschriebenen Klimawandel zu reagieren und damit

einhergehende Risiken zu minimieren. Neben der bereits erwähnten globalen Ebene spielen hier auch der Staat Österreich, aber auch das Individuum eine Rolle.

Die globale Ebene wird vor allem in der Umsetzungsdarstellung der Agenda 2030 thematisiert. Hier werden unterschiedliche Verantwortlichkeiten beschrieben, wie aus dieser Aussage hervorgeht:

„Die Umsetzung dieser Ziele erfolgt auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene, insbesondere durch nationale Beiträge (NDCs) unter dem Übereinkommen von Paris. In Österreich erfolgt die Umsetzung in verschiedenen Prozessen auf Basis von Gesetzen, Strategien und Einzelinitiativen.“ (BKA et al., 2017: 36)

Neben unterschiedlichen Maßnahmen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene werden verschiedene Akteur_innen als zuständig für deren Umsetzung erachtet. Diese werden im Verlauf des Dokuments mittels einer Tabelle dargestellt. Allein auf nationaler Ebene wird Bund, Ländern, Gemeinden, Sozialpartnern, NGOs und Gemeinden die Verpflichtung zu handeln attestiert. Des Weiteren werden auch Einzelinitiativen als unabdingbar für die erfolgreichen Maßnahmen gesehen. Gleich wie auf internationaler Ebene lässt sich also auch hier nicht deutlich sagen, welche Akteur_innen bzw. Organisationen und Institutionen nun hauptsächlich für die Bekämpfung des Klimawandels verantwortlich sind (BKA et al., 2017: 36). Trotzdem wird auch in diesem politischen Dokument, der Beschreibung der Umsetzung der Agenda 2030, dem Staat in gewisser Weise eine besondere Verantwortung zugesprochen, wie aus obigem Zitat hervorgeht, dass er derjenige ist, der Abkommen unterzeichnet und dann auch dafür Sorge tragen muss, diese einzuhalten.

In der Darstellung zur Umsetzung der Agenda 2030 wird davon ausgegangen, dass ein Umbau des Sozial- und Wirtschaftssystems von Nöten ist, um dem Klimawandel entgegenzuwirken (BKA et al., 2017: 37). Eine Maßnahme, gängige wirtschaftliche und soziale Praktiken zu ändern, wird im Zuge der Umsetzung der Agenda 2030 beschrieben. Klimaaktiv¹⁵ arbeitet vor allem mit Informationskampagnen (BKA et al., 2017: 37):

„Der aufgrund der Klimaziele notwendige Umbau unseres Gesellschafts- und Wirtschaftssystems in Richtung Energieeffizienz und Nachhaltigkeit gelingt nur, wenn immer mehr AkteurInnen den Veränderungsprozess aktiv mitgestalten und dafür sorgen, dass die Veränderungen auch als Chance und nicht nur als Bedrohung wahrgenommen wird.“

¹⁵ Klimaaktiv ist eine Initiative des österreichischen Umweltministeriums. Darauf wird beispielhaft in der Darstellung zur Umsetzung der Agenda 2030 eingegangen.

Neben globalen Absprachen und einer staatlichen Verantwortung wird hier auch das Individuum in der Pflicht gesehen, den eigenen Lebensstil zu ändern. Wie genau das aussehen soll und welche Strukturen hierfür von Nöten sind, wird allerdings ausgespart.

Eine ähnliche Aussage lässt sich auf die Frage nach der Handlungsverantwortung auch für die österreichischen Klimaschutzberichte treffen. Im Zuge dessen wird der nationale Status quo dargestellt und vor allem auch auf Maßnahmen und Szenarien zur Risikominimierung eingegangen (Umweltbundesamt, 2017, 2018, 2019, 2020). Nichtsdestotrotz wird auch in den österreichischen Klimaschutzberichten immer wieder auf andere Verantwortlichkeiten als die eigene verwiesen. Das geschieht oftmals mittels allgemeiner Aussagen, wie dieses Zitat illustriert:

„Die Ziele für ein klimaverträgliches Wirtschaftssystem (Ökologische Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Leistbarkeit), der Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 und 2050 der EU sowie die Pariser Klimaziele bilden die Grundlage der Integrierten Klima- und Energiestrategie.“ (Umweltbundesamt, 2018: 44)

Hier wird auf größere Strukturen wie Klimaabkommen und die EU als Grundlage für die eigenen Bestrebungen verwiesen. Nichtsdestotrotz deutet dies aber auch auf eine nationale Verantwortlichkeit bei der Umsetzung hin. Der Fokus auf einen Umbau des Wirtschaftssystems sticht auch in den anderen Klimaschutzberichten immer wieder hervor.

In den Klimaschutzberichten des Jahres 2019 und 2020 wird dargestellt, dass eine Veränderung von Lebensstilen unabdingbar ist, um die gesetzten Ziele zu erreichen. Wie dies allerdings bewerkstelligt werden soll, wird ausgespart (Umweltbundesamt, 2019: 52, 2020: 55–56). Einen Einblick gibt diese Passage:

„Die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft ist in den nächsten 30 Jahren unumgänglich, um die Klimaerwärmung in einem wirtschaftlich, sozial und ökologisch akzeptablen Rahmen zu halten.“ (Umweltbundesamt, 2019: 29)

Obwohl hier immer von Österreich als Ganzes gesprochen wird, werden im weiteren Verlauf immer wieder einzelne Gruppen hervorgehoben. In Verbindung mit einer effektiven Bekämpfung des Klimawandels (dieser wird in den analysierten Dokumenten häufig mit der Reduktion von Treibhausgasen gleichgesetzt) kommt Konsument_innen eine besondere Rolle zu. So wird im Klimaschutzbericht 2019 proklamiert, dass hierfür beim Konsumverhalten angesetzt werden muss:

„Internationale Institutionen empfehlen Österreich daher seit Längerem eine Ökonomisierung des Steuersystems bei gleichzeitiger Entlastung des Faktors Arbeit. [...] Eine

klimaverträglichere Gesellschaft erfordert aber auch eine Abkehr von Österreichs bisherigem CO₂- und ressourcenintensiven Konsumverhalten.“ (Umweltbundesamt, 2019: 51)

„Um Österreichs globaler Verantwortung gerecht zu werden, ist daher eine Umstellung unserer Lebensstile nötig. Politikinstrumente zur Minderung konsumbasierter Emissionen können dazu beitragen.“ (Umweltbundesamt, 2019: 52)

„Die Diskrepanz zwischen konsum- und produktionsbasierten Emissionen zeigt, dass effektive Maßnahmen zur Reduktion von Österreichs globalen Emissionen auch beim Konsumverhalten ansetzen müssen.“ (Umweltbundesamt, 2019: 55)

In weiterer Folge stellt sich die Frage, wie dies bewerkstelligt werden soll. So wird in den Jahren 2019 und 2020 erwähnt, dass konsumbasierte Emissionen mit einem höheren Haushaltseinkommen ansteigen (Umweltbundesamt, 2019: 55, 2020: 67). Sowohl 2019 als auch 2020 wird darauf verwiesen, dass das Konsumverhalten maßgeblich von Wirtschaftsleitung und Haushaltseinkommen bestimmt wird:

„Aus den Entwicklungen seit 1990 wird ersichtlich, dass im betrachteten Zeitraum insgesamt gesehen ein enger Zusammenhang zwischen Wirtschaftsleistung (gemessen am BIP bzw. BIP/Kopf) und der Entwicklung des Bruttoinlandsenergieverbrauchs und damit der nationalen Treibhausgas-Emissionen besteht. Auch im Ergebnis der Komponentenerlegung wird die Einkommenskomponente (BIP/Kopf) als größter emissionserhöhender Faktor unter den ausgewählten Einflussgrößen identifiziert.“ (Umweltbundesamt, 2019: 65, 2020: 67)

Auch hier ist anzumerken, dass sich der Wortlaut dieser Beschreibung in beiden Berichten identisch ist. Wie genau diese Situation zu verändern ist, wird in den Klimaschutzberichten nicht thematisiert. Viel eher wird es den Konsument_innen überlassen, darauf zu reagieren.

Einerseits liegt die Verantwortung also beim Staat, darauf zu reagieren, bei konkreten Umsetzungsvorschlägen wird allerdings auf globale Strukturen und einzelne Bevölkerungsgruppen verwiesen. Diese Vorgehensweise wird im nächsten Abschnitt bei einer genaueren Betrachtung der Analyseergebnisse thematisiert. Bevor das Thema Verantwortung behandelt wird, ist die Frage zentral, ob *Securitization* im österreichischen Klimawandeldiskurs eine Rolle spielt.

4.2.6. Diskussion der Ergebnisse - *Securitization* des Klimawandels in Österreich und die Frage nach der Handlungsverantwortung

Wie im letzten Kapitel beschrieben, gab es ab 2003 unzählige Handlungen in der internationalen Politik, die den Klimawandel als existentielle (Sicherheits-)Bedrohung darstellen (Oels and Von Lucke, 2015: 54). Auch in Österreich wurde der Klimawandel in Bezug zu nationaler als auch internationaler Sicherheit in den Jahren 2017 bis 2020

diskutiert. Ob die dabei entstandenen politischen „Sprechakte“ ausreichen, um hier von *Securitization* zu auszugehen, wird in diesem Abschnitt thematisiert.

Der Klimawandel wird als existentielles Risiko für Sicherheit (global und in Österreich) begriffen. Diese Vermutung liegt vor allem bei einer näheren Betrachtung der in den Klimaschutzberichten benutzten Rhetorik nahe. Dabei wird von einem „Kampf“ ausgegangen. Aufgrund dessen ist anzunehmen, dass der Klimawandel als Problem begriffen wird, das es bestmöglich zu vermeiden gilt. Zusätzlich wird dieser als unausweichliche Tatsache wahrgenommen.

In Österreich wurde der Klimawandel sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene in dieser Arbeit in Verbindung mit dem Thema Migration behandelt. Von „normaler“ Politik abweichenden Maßnahmen werden dabei allerdings nicht vorgeschlagen. Wie im letzten Kapitel beschrieben, ist es aber nicht zwingend, um in Bezug auf die für diese Arbeit gewählte Definition von *Securitization* zu sprechen. In diesem Sinne stellt sich eher die Frage, ob die in Österreich gemachten politischen Aussagen in Verbindung mit dem Klimawandel ausreichen, um von erfolgreicher *Securitization* auszugehen.

Sicherheitsdebatten sind länderspezifisch. So wird der Begriff Sicherheit beispielsweise in den USA und in Europa unterschiedlich verwendet. Erstere fokussieren sich hier vor allem auf den Verteidigungs- und Sicherheitssektor. Im Falle von Europa steht eher die menschliche Sicherheit in Ländern des globalen Südens im Mittelpunkt (Oels and Von Lucke, 2015: 58).

Das ist vor allem in Verbindung mit dem österreichischen Klimawandeldiskurs relevant. Österreich ist vor allem in Bezug auf die Klimaschutzberichte 2017 und 2018 kein typisches EU-Land. Statt internationaler Sicherheit (Bedürfnisse von Menschen in betroffenen Regionen) stehen eher Belange nationaler Sicherheit (Migration als Bedrohung) im Vordergrund. So wird in den Klimaschutzberichten der Jahre 2017 und 2018 eher von nationaler Sicherheit, 2019 und 2020 von internationaler Sicherheit ausgegangen. Unter dem Begriff nationale Sicherheit wird der Klimawandel in Österreich nicht bloß als Bedrohung begriffen, da er Umweltveränderungen nach sich zieht, sondern gleichzeitig auch als potentiell verantwortlich für zukünftige Migrationsbewegungen gesehen wird (vor allem in den Klimaschutzberichten der Jahre 2017 und 2018). Neben der Darstellung des Klimawandels als Belang nationaler

Sicherheit gibt es in den analysierten Quellen durchaus auch Verweise auf Darstellung des Klimawandels als internationales Sicherheitsrisiko.

Im Gegensatz zu den Jahren 2017 und 2018 scheint Österreich ab 2019 einen für EU-Länder typischeren Umgang mit dem Thema Klimawandel zu haben. Das gilt zumindest in Bezug auf die hier analysierten politischen Dokumente. Gleich wie in anderen Ländern der Europäischen Union ab den 2000er Jahren stehen die Schlagworte menschliche und internationale Sicherheit im Vordergrund. Im Zuge dessen liegt der Fokus auf Ländern des globalen Südens und nur indirekt auf den Folgen für Industrieländer (Oels and Von Lucke, 2015: 50–51).

In Verbindung mit dem Thema Migration sticht der Begriff „Klimaflüchtling“ heraus. Dieser wird in allen vier Klimaschutzberichten verwendet. In den ersten beiden Jahren wurden „Klimaflüchtlinge“ eher mit Naturkatastrophen als Folgen des Klimawandels in Verbindung gebracht (Umweltbundesamt, 2018: 25). Erst im Jahr 2020 werden durch klimatische Veränderungen bedingte, bewaffnete Konflikte explizit als Migrationsfaktor genannt (Umweltbundesamt, 2020: 22).

Es lässt sich sagen, dass klimatische Bedingungen dazu beitragen können, bestimmte Situationen zu verschärfen. Davon auszugehen, dass diese der einzige Grund für Fluchtbewegungen wären, ist wahrscheinlich aber eine unzureichende Vereinfachung komplexer Situationen. Wie in Kapitel 3 dargelegt, kann die Annahme, dass Klimawandel der alleinige Auslöser wäre, dazu führen, andere wichtige Faktoren zu übersehen. Dadurch kann es zu einer Fehleinschätzung der vorliegenden Situationen kommen.

Der Umgang mit Migration als potentiell negative Folge des Klimawandels begünstigt die Stereotypisierung sogenannter „Klimaflüchtlinge“ als Bedrohung. Die Begriffe „climate refugee“ oder „climate-induced migrant“ wurden international zu zentralen Punkten des Klimasicherheitsdiskurses (Oels, 2015: 188–189). Das trifft auch für Österreich zu. Das ist problematisch, da dieses Wording die Bildung von Stereotypen begünstigt. So wird beispielsweise im österreichischen Klimaschutzbericht des Jahres 2017 von Migrationsbewegungen aus „Afrika“ ausgegangen, da hier einige Regionen als besonders vom Klimawandel betroffen gesehen werden. Es ist problematisch, hier keine weiteren Differenzierungen vorzunehmen, da diese Beschreibung der tatsächlichen Ausgangslage (ein heterogener und vielfältiger Kontinent) wohl kaum gerecht wird.

Im Gegensatz zu vielen anderen Fällen, bei denen geprüft wird, ob *Securitization* vorliegt, entsteht bei genauerer Betrachtung des österreichischen Klimawandeldiskurses weniger der Eindruck, dass eine rigide Einwanderungspolitik (wie im Falle von Australien) oder das Eingreifen in andere Länder (wie durch die Aussage Ban-Ki-Moons zum Darfur-Konflikt) legitimiert werden sollte. Viel eher liegt der Fokus im Falle von Österreich darauf, den Klimawandel als unumgänglich für alle Akteur_innen darzustellen. Die Darstellung des Klimawandels als Risiko war oft begleitet von der Darlegung potentieller Folgen. Dadurch wird implizit auf Sicherheit bzw. Klimasicherheit verwiesen.

Dies führt wie in vielen internationalen *Securitization*-Szenarien jedoch nicht zum Aushebeln der Demokratie oder außergewöhnlichen Handlungen. Im Gegenteil, die beschriebenen Maßnahmen wirken unkonkret und eine Abwendung der Bedrohung (in den analysierten Dokumenten vor allem durch die drastische Reduktion von Treibhausgasen zu erreichen) ist nicht in Sicht. Dies wird sogar in den Berichten selbst thematisiert (bspw. Umweltbundesamt, 2020). Welche Gründe es hierfür geben könnte, wird im weiteren Verlauf der Ergebnispräsentation in Bezug auf das Thema Verantwortung hervorgehoben.

Auffallend ist dennoch, dass in den Klimaschutzberichten der Jahre 2017 und 2018 im Gegensatz zu den beiden Folgeberichten durchaus ein nationaler Fokus auszumachen ist. Das ist vor allem daran zu erkennen, dass potentielle klimabedingte Migration unter der Überschrift „Auswirkungen für Österreich“ behandelt wird. In den Klimaschutzberichten der Jahre 2019 und 2020 und in der Umsetzungsbeschreibung der Agenda 2030 wird hingegen mehr auf den Klimawandel als globales Risiko und Problem (internationale Sicherheit) eingegangen. Aus diesem Grund ist anzunehmen, dass dieser Diskurswandel nicht unbedingt etwas mit dem Veröffentlichungsdatum (die Darstellung zur Umsetzung der Agenda 2030 wurde 2017 publiziert) zu tun hat, sondern viel eher mit der Ausrichtung der politischen Agenda selbst. So galt es in letzterer schon vor 2019, einen klaren Bezug zu internationalen Anliegen herzustellen, da es sich hier um einen Aktionsplan der Vereinten Nationen handelt. Aus diesem Grund liegt es nahe, auch das eigene Engagement auf einem globalen Level darzustellen. Die eher auf Österreich bezogenen Klimaschutzberichte greifen diese Richtung erst zwei Jahre später auf.

Zur Frage, ob *Securitization* in Bezug auf nationale Sicherheit vorliegt, lässt sich sagen, dass die hierzu gemachten Aussagen eher schwach sind. Es lässt sich also kaum von „reiner“ *Securitization* ausgehen. Das ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass die gemachten Aussagen nicht eindeutig mit vorgeschlagenen Veränderungen in der Einwanderungspolitik oder Ähnlichem verbinden lassen.

Im Gegensatz dazu findet in den analysierten politischen Dokumenten zumindest an gewissen Stellen *Securitization* in Hinblick auf internationale Belange statt. Hier wird vor allem die Rolle Österreichs als „Helfer“ hervorgehoben. Als Beispiel hierzu sind getätigte Klimafinanzierungen zu nennen, die zu Ernährungssicherheit beitragen sollen oder dafür sorgen, dass Wetterextreme besser bewältigt werden können und damit in weiterer Folge Fluchtbewegungen zu verhindern (bspw. BKA et al., 2017: 51). Die durch diese Maßnahmen erhofften Veränderungen sind also weniger ein direktes (militärisches) Eingreifen, sondern zielen auf strukturelle Veränderungen in den betroffenen Regionen ab.

Grundsätzlich wird dabei immer wieder betont, dass Klimawandel ein internationales Problem ist, für welches eine globale Lösung gefunden werden müsse. Das wirft die Frage nach der Handlungsverantwortung auf. Wie sich im Verlauf der Diskursanalyse gezeigt hat, handelt es sich hierbei um einen zentralen Punkt des österreichischen Klimawandeldiskurses.

Neben der Frage, ob und welche Rolle *Securitization* für den österreichischen Klimawandeldiskurs spielt, ist relevant, wer die Verantwortung trägt, darauf zu reagieren und welche Implikationen das mit sich bringt.

Ein zentrales Element des Klimawandeldiskurses in Österreich ist es, diesen als unausweichliche Tatsache mit irreversiblen Folgen darzustellen (bspw. Umweltbundesamt, 2019, 2020). Daraus ergibt sich die Frage, wer die Verantwortung trägt, mit dieser Situation umzugehen. Ob *Securitization* vorliegt und wie stark jene ist, ist für diesen Teil des Klimawandeldiskurses eher nebensächlich. So kommt es in Bezug auf diese Frage bei nationalen oder internationalen Sicherheitsbelangen (diese wurden in dieser Arbeit vor allem über das Thema Migration verhandelt) nicht zu verschiedenen Auffassungen darüber, welche Akteur_innen oder Organisationen zu handeln haben. Das ist vor allem vor dem Hintergrund relevant, dass es in Bezug auf das Thema nationale Sicherheit Österreich betreffend wohl nicht von *Securitization* gesprochen werden kann, es in Verbindung mit internationaler Sicherheit allerdings an

bestimmten Stellen der analysierten Dokumente sehr wohl gewisse Tendenzen in diese Richtung gibt.

Im Allgemeinen lässt sich sagen, dass in allen analysierten Dokumenten immer von einer globalen Verantwortung mit vielen internationalen Akteur_innen ausgegangen wird. Nichtsdestotrotz wird alleine durch die Tatsache, dass der Staat die Pflicht hat, Fortschrittsberichte zur Umsetzung und Implementierung von Klimaschutzmaßnahmen (bspw. BKA et al., 2017) und jährliche Berichte über den derzeitigen Status quo (bspw. Umweltbundesamt, 2017, 2018, 2019, 2020) zu veröffentlichen, eine gewisse Verantwortung, Veränderungen auf nationaler Ebene anzustoßen, deutlich. Darüber hinaus ist er derjenige, der die dementsprechenden Abkommen (Kyoto-Protokoll, Paris Agreement, Agenda 2030, etc.) unterschreibt und sich somit zur Einhaltung derselben verpflichtet.

Dennoch wird sogar in den Berichten selbst (bspw. Umweltbundesamt, 2020) darauf eingegangen, dass die gesetzten Ziele (darunter wird im Grunde eine drastische Reduktion von Treibhausgasen verstanden) bis jetzt nicht erreicht wurden. Das wirft die Frage auf, wieso dies nicht der Fall war.

Eine mögliche Antwort hierauf geben Oels und Von Lucke. Diese gehen davon aus, dass die Darstellung des Klimawandels als unausweichlich in weiterer Folge zur Handlungsunfähigkeit führt, wie in diesem Zitat genauer beschrieben:

„Für den Fall des Klimawandels muss nun aber festgehalten werden, dass durch den Klimasicherheitsdiskurs eine gewisse Tatenlosigkeit gegenüber dem Klimawandel gerechtfertigt wird. Es ist gerade die Darstellung des Klimawandels und seiner gefährlichen Folgen als unvermeidbar, die politischen Maßnahmen zu seiner Bekämpfung die Handlungsgrundlage entzieht und sie aus dem Reich des Denk- und Machbaren verbannt. [...] Unseres Erachtens ist die im Klimasicherheitsdiskurs erfolgte Darstellung des Klimawandels als unabänderliche Tatsache die größte Bedrohung für seine politische Bearbeitung.“ (Oels and Von Lucke, 2015: 63)

In weiterer Folge gehen die Autor_innen davon aus, dass durch diese Darstellung potentielle Mitigationsstrategien (wie die Reduktion von Treibhausgasen) in den Hintergrund treten (Oels and Von Lucke, 2015: 45, 61). So ist es für sie vor allem die Konzentration auf Anpassungsmaßnahmen (Adaption) an eine unausweichliche Situation, die die politische Grundlage für eine nötige Emissionsreduktion entzieht (Oels and Von Lucke, 2015: 61).

Zumindest auf rhetorischer Ebene ist das Thema Reduktion von Treibhausgasen in Österreich politisch allzeit präsent (BKA et al., 2017; Umweltbundesamt, 2017, 2018, 2019, 2020). Von einer Abkehr der Emissionsreduktion kann hier also keine Rede sein.

Nichtsdestotrotz bleibt festzuhalten, dass die genannten Maßnahmen wohl bis jetzt keinen dementsprechenden Erfolg mit sich brachten. Das rückt einen weiteren in obigem Zitat genannten Grund in den Mittelpunkt. Die Inszenierung des Klimawandels als unumgänglich führt zu einer Legitimation einer gewissen Tatenlosigkeit. Dieser Eindruck wurde in der Diskursanalyse selbst verstärkt. So lag der Fokus stets darauf, den Klimawandel als irreversibel und mit schweren Risiken behaftet darzustellen. Darüber hinaus wurde vor allem in den Klimaschutzberichten der Darstellung dieses Status quo äußerst viel Raum gegeben (Umweltbundesamt, 2017, 2018, 2019, 2020). Tatsächliche Maßnahmen werden, wenn überhaupt, sehr vage beschrieben. Darüber hinaus wird stetig drauf verwiesen, wie viele Akteur_innen hierfür nötig sind und dass es eigentlich Lösungen in einem größeren (globalen) Stil bräuchte.

Obwohl der Staat sich in Verbindung mit dem Klimawandel selbst Verantwortung zuschreibt, wird diese im gleichen Zug also auch auf andere Organisationen und Akteur_innen aufgeteilt. Statt einer Abkehr vom Thema Emissionsreduktion oder Ähnlichem liegt der fehlende Erfolg dem Klimawandel entgegenzuwirken wohl eher daran, dass nicht klar ist, wer die Verantwortung trägt. Dadurch, dass der Klimawandel als universelle, unaufhaltsame Bedrohung für jeden und jede Einzelne_n dargestellt wird und es somit keine eindeutige Richtung der Auswirkungen gibt, ist dies auch leicht zu argumentieren. Dadurch, dass alles und jeder bedroht ist, ist es einfach, zur Annahmen zu gelangen, dass auch jede_r einen Beitrag zur Risikominimierung zu leisten hat. Diese Vermutung wird durch die den einzelnen Konsument_innen zugeschriebenen Stellungen untermauert. So wird in mehreren analysierten Dokumenten davon ausgegangen, dass eine Abkehr vom derzeitigen Konsumverhalten nötig ist, um dem Klimawandel entgegenzuwirken (BKA et al., 2017; Umweltbundesamt, 2019, 2020). Dies soll beispielsweise über staatliche Informationskampagnen (BKA et al., 2017) erreicht werden. Hierbei handelt es sich allerdings um eine sehr vereinfachte Einschätzung.

Aus der sozialwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsforschung ist bekannt, dass ein ausgeprägtes Bewusstsein in Bezug auf Nachhaltigkeit (und damit auch dem Entgegenwirken des Klimawandels) zwar eine teilweise notwendige, aber nicht

ausreichende Voraussetzung für nachhaltiges Handeln ist. So zählen gerade umweltbewusste, nachhaltigkeitsorientierte und einkommensstarke soziale Milieus zu jenen mit dem höchsten Umweltverbrauch (Brunner/Littig 2017: 223-224, Kleinhückelkotten/Neitzke/Moser 2016: 15). Ähnliche Ergebnisse werden auch in einem Bericht des deutschen Umweltbundesamtes präsentiert. Die Diskrepanz zwischen einer umweltbewussten Einstellung und dementsprechenden Handlungen liegt vor allem darin begründet, dass diese im Mittel über überdurchschnittlich hohe finanzielle Möglichkeiten verfügen. Die vorhandenen Geldmittel korrelieren wiederum positiv mit einem höheren Ressourcen-Konsum (Kleinhückelkotten/Neitzke/Moser 2016: 14-15).

Der hier beschriebenen Value-Action-Gap kann als Indiz für das Scheitern von Konzepten gesehen werden, die lediglich auf individuellen Entscheidungen von Konsument_innen aufbauen (Shove, 2010: 1276). Die Einstellung sagt also nichts über den ressourcenintensiven (und damit nicht nachhaltigen und klimafeindlichen) Lebensstil aus, sondern das Einkommen. Auf diesen Sachverhalt wird auch im Klimaschutzbericht des Jahres 2020 verwiesen (Umweltbundesamt, 2020). Die Weitergabe von Verantwortung an einzelne Konsument_innen ohne große systematische und strukturelle Veränderungen ist hier also nicht zielführend. Eine Möglichkeit, wieso bisherige Maßnahmen zur Emissionsreduktion bisher nicht zielführend waren, ist demnach, dass die Erwartungshaltung des Staates (er ist derjenige, der die Abkommen, die es einzuhalten gilt, vereinbart) an einzelne Akteur_innen verzerrt ist.

In den analysierten Dokumenten wird immer wieder auf unterzeichnete Vereinbarungen wie das Abkommen von Paris verwiesen. In weiterer Folge wird dargestellt, ob und wie die darin gesteckten Ziele zu erreichen sind (BKA et al., 2017; Umweltbundesamt, 2019, 2020). Nichtsdestotrotz wurde im Zuge der Diskursanalyse deutlich, dass von staatlicher Seite von einer aufgeteilten Verantwortung in Bezug auf den Klimawandel ausgegangen wird. Die damit einhergehenden Ansprüche und vor allem, wie diese umgesetzt werden sollten, ist weniger deutlich.

Auf Basis der durchgeführten Diskursanalyse liegt also die Annahme nahe, dass genau dieses Aufteilen von Zuständigkeit zielführende Maßnahmen unterminiert. Dadurch, dass der Klimawandel als irreversibel und als gleiches Risiko für jede_n Einzelne_n dargestellt wird, kann Verantwortung einfacher abgewälzt werden. Obwohl

in den analysierten Dokumenten durchaus ein Bewusstsein über die Position des Staates vermittelt wird, gibt es gleichzeitig das Narrativ der geteilten, globalen und individuellen Verantwortlichkeiten auf Basis der Darstellung des Klimawandels als unausweichliche Tatsache und Risiko mit irreversiblen Folgen. Dieses bildet gleichzeitig die Legitimation für das Scheitern der genannten Maßnahmen und Tatenlosigkeit in unterschiedlichen Bereichen.

5. Conclusio

In den letzten Jahrzehnten wurde der Klimawandel von einem außerhalb der Wissenschaft kaum diskutiertem Thema zu einem heiß umkämpften, politischen Anliegen. Er wurde von einer schwammigen Thematik zu einem Objekt öffentlicher Besorgnis und internationaler Regulierungsinteressen.

Klimawandel ist ein bedeutsames politisches Thema. Dieses wird in den letzten Jahren als Risiko gesehen und in weiterer Folge aus einer sicherheitspolitischen Perspektive verhandelt. In dieser Arbeit wurde diese Tendenz durch den Begriff *Securitization* beschrieben. Zudem war die Frage vordergründig, wem die Verantwortung zugeschrieben wird, auf den Klimawandel zu reagieren.

Im internationalen Kontext gibt es zahlreiche Beispiele für die Verbindung zwischen *Securitization* und Klimawandel. Statt dringende, drastische Handlungen zu legitimieren, führt dies allerdings durch die Darstellung der gefährlichen Folgen als unausweichlich zu einer Akzeptanz der Tatenlosigkeit in Anbetracht der Bedrohung und einer Priorisierung von Anpassungsmaßnahmen.

Im Zuge der Analyse des österreichischen Klimawandeldiskurses anhand der Klimaschutzberichte der Jahre 2017, 2018, 2019, 2020 und einer Darstellung der Umsetzung der Agenda 2030 (2017) wurde deutlich, dass einige generelle Tendenzen des internationalen Klimawandeldiskurses auch in Österreich wiederzufinden sind. Diese sind unter anderem die Darstellung des Klimawandels als unausweichlich oder der Fokus auf Treibhausgase. Der Klimawandel wird als existentielles Risiko für Sicherheit (global und in Österreich) begriffen. Dies wird in Österreich durch die benutzte Rhetorik vom „Kampf“ gegen diesen deutlich.

Was die Darstellung des Klimawandels als Belang nationaler und/oder internationaler Sicherheit betrifft (hier in Verbindung mit Migration behandelt) ist das Vorliegen von *Securitization* in Österreich weit weniger deutlich als dies bei den dargestellten internationalen Beispielen der Fall ist. Hierzu ist zu sagen, dass Sicherheitsdiskurse länderspezifisch sind. Das ist vor allem bei der Betrachtung der Klimaschutzberichte relevant. So weisen diese in den Jahren 2017 und 2018 keine typischen Tendenzen für EU-Länder auf. Statt internationaler Sicherheit (Bedürfnisse von Menschen in betroffenen Regionen) stehen eher Belange nationaler Sicherheit (Migration als Bedrohung) im Vordergrund. So wird in den Klimaschutzberichten der Jahre 2017 und

2018 eher von nationaler Sicherheit, 2019 und 2020 von internationaler Sicherheit ausgegangen. Nichtsdestotrotz bleibt zu sagen, dass die Verweise in den Klimaschutzberichten der Jahre 2017 und 2018 wohl kaum ausreichen, um von *Securitization* auf einer nationalen Ebene zu sprechen.

In Bezug auf internationale Sicherheit sind in Österreich die *Securitization*-Tendenzen sehr viel deutlicher als auf nationaler Ebene. Im Gegensatz zu den Jahren 2017 und 2018 scheint Österreich ab 2019 einen für EU-Länder typischeren Umgang mit dem Thema Klimawandel zu haben. Das gilt zumindest in Bezug auf die hier analysierten politischen Dokumente. Gleich wie in anderen Ländern der Europäischen Union ab den 2000er Jahren stehen die Schlagworte menschliche und internationale Sicherheit im Vordergrund. Im Zuge dessen liegt der Fokus auf Ländern des globalen Südens und nur indirekt auf den Folgen für Industrieländer. Im Gegensatz zu vielen anderen Fällen entsteht in Verbindung mit dem österreichischen Klimawandeldiskurs weniger der Eindruck, dass innen- und/oder außenpolitische Maßnahmen dadurch legitimiert werden sollten. Viel eher liegt der Fokus im Falle von Österreich darauf, den Klimawandel als unumgänglich darzustellen.

Es muss angemerkt werden, dass sich das Verständnis, wie *Securitization* aussehen kann, während dieser Masterarbeit veränderte. Das ist der Tatsache geschuldet, dass - während diese Arbeit entstand - sowohl national als auch international ein sehr starker *Securitization*-Diskurs aufflammte. So wurde Covid-19 nicht nur als Besorgnis und Sicherheitsbedrohung begriffen, sondern führte auch zur Ergreifung „außergewöhnlicher“ Maßnahmen.

Im Vergleich zu diesem Beispiel sind etwaige *Securitization*-Tendenzen im österreichischen Klimawandeldiskurs allenfalls sehr schwach. So beeinflusste der politische und gesellschaftliche Umgang mit Covid-19 auch die Analyse des österreichischen Klimawandeldiskurses in Bezug auf Sicherheitskonzepte maßgeblich. Es lässt sich sagen, dass der Klimawandel zwar eindeutig als unumgängliche Bedrohung und Risiko begriffen wird, ob dabei allerdings wirklich von kompletter und vor allem stark ausgeprägter *Securitization* auszugehen ist, ist fraglich.

Bei einer Gegenüberstellung des politischen Umgangs mit Covid-19 und dem Klimawandel wird deutlich, dass es bei ersterem zu extremen politischen Maßnahmen kommt, während bei letzterem eher von einem Abschieben von Verantwortung gesprochen werden kann. Wieso es hier Unterschiede im Umgang mit diesen Themen

gibt, erschließt sich auch aus der im Klimawandeldiskurs proklamierten Aufgabenverteilung.

Wie während der Analyse deutlich wurde, ist neben dem Vorliegen von *Securitization* noch eine zweite Frage relevant für den österreichischen Klimawandeldiskurs: jene nach der Verantwortung, auf den Klimawandel zu reagieren.

Im Allgemeinen wird immer wieder von einer globalen Vernetzung und Zuständigkeit verschiedener Akteur_innen ausgegangen. Nichtsdestotrotz ist der Staat derjenige, der die Abkommen unterzeichnet, die es in weiter Folge einzuhalten gilt. Dennoch wird sogar in den analysierten Berichten selbst darauf eingegangen, dass die gesetzten Ziele (darunter wird im Grunde eine drastische Reduktion von Treibhausgasen verstanden) bis jetzt nicht erreicht wurden. Das wirft die Frage auf, wieso dies nicht der Fall war.

Zumindest auf rhetorischer Ebene ist das Thema Reduktion von Treibhausgasen in Österreich politisch allzeit präsent. Nichtsdestotrotz bleibt der gewünschte Erfolg aus. Eine mögliche Erklärung von Oels und Von Lucke hierzu ist, dass die Inszenierung des Klimawandels als unausweichliche Tatsache Handlungslosigkeit legitimiert. Dieser Eindruck wurde in der Diskursanalyse selbst verstärkt. So lag der Fokus stets darauf den Klimawandel als irreversibel und mit schweren Risiken behaftet darzustellen. Darüber hinaus wurde vor allem in den Klimaschutzberichten der Darstellung dieses Status quo äußerst viel Raum gegeben. Tatsächliche Maßnahmen werden, wenn überhaupt, sehr vage beschrieben. Zudem wird stetig drauf verwiesen, wie viele Akteur_innen hierfür nötig sind und dass es eigentlich Lösungen in einem größeren (globalen) Stil bräuchte. Obwohl der Staat sich in Verbindung mit dem Klimawandel selbst Verantwortung zuschreibt, wird diese im gleichen Zug also auch auf andere Organisationen und Akteur_innen aufgeteilt. Statt einer Abkehr von Thema Emissionsreduktion oder Ähnlichem liegt der fehlende Erfolg dem Klimawandel entgegenzuwirken wohl eher daran, dass nicht klar ist, wer die Verantwortung trägt. Dadurch, dass der Klimawandel als universelle, unaufhaltsame Bedrohung für jeden und jede Einzelne_n dargestellt wird und es somit keine eindeutige Richtung der Auswirkungen gibt, ist dies auch leicht zu argumentieren. Auf Basis der durchgeführten Diskursanalyse liegt also die Annahme nahe, dass genau dieses Aufteilen von Zuständigkeit zielführende Maßnahmen unterminiert.

Der Klimawandel wird als unausweichlich und nicht mehr aufzuhalten *geframed*. Mittlerweile trifft diese Aussage wohl auch zu. Nichtsdestotrotz legitimiert diese Darstellung, dass Alternativen in den Hintergrund gedrängt werden und stattdessen eher die Frage nach Adaptionsmechanismen im Vordergrund steht. Aus diesem Grund sollte das Framing des Klimawandels als existentielle, unabwendbare Bedrohung wohl nochmals überdacht werden. Diese Inszenierung führt, statt Sicherheit mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln herzustellen, eher dazu, nichts zu tun.

Die Darstellung als existentielle, unausweichliche Bedrohung trägt letztlich dazu bei, das Risiko Klimawandel aufrecht zu halten und rückt tatsächliche Maßnahmen zur Klimasicherheit in den Hintergrund. Darüber hinaus ist das Aufteilen von Verantwortung in diesem Fall wenig zielführend. In Zukunft ist dementsprechend eine klarere Vereinbarung von Zuständigkeiten wünschenswert. Wie genau diese aussehen sollte, bedarf allerdings weitergehender Analysen.

Abschließend leistet diese Masterarbeit einen Beitrag dazu, zu verstehen, wieso gewisse Themen, die als Sicherheitsrisiko dargestellt werden, sofort und mittels „außergewöhnlicher“ Maßnahmen bekämpft werden, auf andere, die ebenso als unausweichliche Bedrohung dargestellt werden, hingegen kaum reagiert wird. Zum einen liegt dies wohl an einer viel drastischeren Form von *Securitization*, die beispielsweise bei Covid-19 vorliegt, als dies beim Klimawandel der Fall ist. Zum anderen geht dies darauf zurück, dass die Verantwortlichkeiten, wer auf letzteren zu reagieren hat, nicht klar festgelegt sind. Durch eine derartig unklare Aufteilung und der Einbeziehung nahezu aller Individuen auf diesem Planeten ist es beispielsweise von staatlicher Seite einfacher, Verantwortung „abzugeben“, obwohl dieser sämtliche Abkommen und Verträge unterzeichnet und somit in gewisser Weise als zuständig erachtet werden könnte, auf den Klimawandel zu reagieren.

6. Annex

BJA, BMEIA, BMAK, et al. (2017) *Beiträge der Bundesministerien zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung durch Österreich. Darstellung 2016*. Wien.

Umweltbundesamt (2017) *Klimaschutzbericht 2017*. Wien.

Umweltbundesamt (2018) *Klimaschutzbericht 2018*. 2. korrigierte Auflage. Wien.

Umweltbundesamt (2019) *Klimaschutzbericht 2019*. Wien.

Umweltbundesamt (2020) *Klimaschutzbericht 2020*. Wien: Umweltbundesamt.

7. Quellenverzeichnis

- Adam B (1998) *Timescapes of Modernity: The Environment and Invisible Hazards*. Global environmental change series. London, New York: Routledge.
- Adam B and Groves C (2007) *Future Matters: Action, Knowledge, Ethics*. 3rd ed. Supplements to The study of time. Leiden, Boston, Boston: Brill.
- Andersson J (2012) The Great Future Debate and the Struggle for the World. *The American Historical Review* 117(5). University of Chicago Press: 1411–1430.
- Beck S, Borie M, Esguerra A, et al. (2014) Towards a Reflexive Turn in the Governance of Global Environmental Expertise. The Cases of the IPCC and the IPBES. *GAIA* 23(2): 80–87.
- Beck S, Forsyth T, Kohler PM, et al. (2017) The Making of Global Environmental Science and Politics. In: Felt U, Fouché R, Miller CA, et al. (eds) *The Handbook of Science and Technology Studies. Fourth Edition*. Fourth Edition. Cambridge, Massachusetts: The MIT Press, pp. 1059–1086.
- Beck U (2015) *Risikogesellschaft: auf dem Weg in eine andere Moderne*. 22nd ed. Edition Suhrkamp 1365. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Berger M and Beck U (1989) Mit Ulrich Beck im Gespräch über sein neues Buch: Risikogesellschaft: die Gegengifte. 68(5). Genossenschaftsdruckerei Zürich.
- Berkhout F (2006) Normative expectations in systems innovation. *Technology Analysis & Strategic Management: The Sociology of Expectations in Science and Technology* 18(3–4). Routledge: 299–311.
- BJA (n.d.) Nachhaltige Entwicklung - Agenda 2030 / SDGs - Bundeskanzleramt Österreich. Available at: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/nachhaltige-entwicklung-agenda-2030.html> (accessed 25 October 2020).
- BJA, BMEIA, BMASK, et al. (2017) *Beiträge der Bundesministerien zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung durch Österreich. Darstellung 2016*. Wien.
- Bo Y (2016) Securitization and Chinese Climate Change Policy. *Chinese Political Science Review* (1(1)): 94–112.
- Bourbeau P (2015) Securitization. *International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences*. Second Edition. Elsevier Ltd.
- Bourk M, Rock J and Davis LS (2017) Mediating the Science: Symbolic and Structural Influences on Communicating Climate Change Through New Zealand's Television News. *Environmental Communication* 11(6). Routledge: 821–839.
- Broadbent J, Sonnett J, Botetzagias I, et al. (2016) Conflicting Climate Change Frames in a Global Field of Media Discourse. *Socius* 2(1). Los Angeles, CA: SAGE Publications.

- Brzoska M (2009) The securitization of climate change and the power of conceptions of security. *Sicherheit & Frieden* 27(3): 137–145.
- Bulkeley H (2005) Reconfiguring environmental governance: Towards a politics of scales and networks. *Political Geography* 24(8): 875–902.
- Buzan B, Wæver O and Wilde J de (1998) *Security: A New Framework for Analysis*. Boulder, Colo. [u.a.]: Rienner.
- Calhoun C (2004) A World of Emergencies: Fear, Intervention, and the Limits of Cosmopolitan Order. *The Canadian Review of Sociology and Anthropology/La Revue Canadienne de Sociologie et d'Anthropologie* 41(4): 373–395.
- Cardona OD, van Alast MK, Birkmann J, et al. (2012) Determinants of risk: exposure and vulnerability. In: Field CB, Barros V, Stocker TF, et al. (eds) *Managing the Risks of Extreme Events and Disasters to Advance Climate Change Adaption. A Special Report of Working Groups I and II of the Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)*. Cambridge, New York: Cambridge University Press, pp. 65–108.
- CCCA (n.d.) Presseberichte. Available at: <https://ccca.ac.at/wissenstransfer/presseberichte> (accessed 18 August 2020).
- Chmutina K, Fussey P, Dainty A, et al. (2018) Implications of transforming climate change risks into security risks. *Disaster Prevention and Management: An International Journal* 27(5): 460–477.
- Collier SJ and Lakoff A (2015) Vital Systems Security: Reflexive Biopolitics and the Government of Emergency. *Theory, Culture & Society* 32(2). London, England: SAGE Publications: 19–51.
- Comfort L (2005) Risk, Security, and Disaster Management. *Annual Review of Political Science* 8(1): 335–356.
- Corry O (2012) Securitisation and 'riskification': Second-order security and the politics of climate change. *Millennium: Journal of International Studies* 40(2): 235–258.
- Dahan A (2010) Putting the Earth System in a numerical box? The evolution from climate modeling toward global change. *Studies in History and Philosophy of Science Part B: Studies in History and Philosophy of Modern Physics* 41(3): 282–292.
- Dahan-Dalmedico A (2008) Climate expertise: between scientific credibility and geopolitical imperatives. *Interdisciplinary Science Reviews* 33(1): 71–81.
- Dalby S (2015) Climate change and the insecurity frame. In: O'Lear S and Dalby S (eds) *Reframing Climate Change: Constructing Ecological Geopolitics*. Abingdon, Oxon, New York: Routledge, pp. 83–99.
- Dalby S and O'Lear S (2015) Towards ecological geopolitics. Climate change reframed. In: O'Lear S and Dalby S (eds). Abingdon, Oxon, New York: Routledge, pp. 203–216.

- Davies W, Wright S and Van Alstine J (2017) Framing a 'climate change frontier': International news media coverage surrounding natural resource development in Greenland.(Report). *Environmental Values* 26(4). The White Horse Press: 481–502.
- Del Sarto RA (2006) Security and Democracy: A Reprise. *European Security: Security and Democracy in the EU* 15(4). Taylor & Francis Group: 507–518.
- Demeritt D (2001) The Construction of Global Warming and the Politics of Science. *Annals of the Association of American Geographers* 91(2): 307–337.
- European Commission and Directorate-General for Research (2007) *Taking European Knowledge Society Seriously*. Luxembourg: Publications Office.
- Felt U, Fouché R, Miller CA, et al. (2017) Introduction to the Fourth Edition of The Handbook of Science and Technology Studies. In: Felt U, Fouché R, Miller CA, et al. (eds) *The Handbook of Science and Technology Studies. Fourth Edition*. Fourth Edition. Cambridge, Massachusetts: The MIT Press, pp. 1–26.
- Fortun K, Knowles SG, Choi V, et al. (2017) Researching Disaster from an STS Perspective. In: Felt U, Fouché R, Miller CA, et al. (eds) *The Handbook of Science and Technology Studies. Fourth Edition*. Fourth Edition. Cambridge, Massachusetts: The MIT Press, pp. 1003–1028.
- Gramelsberger G (2012) Paul N. Edwards, A Vast Machine: Computer Models, Climate Data, and the Politics of Global Warming: The MIT Press, Cambridge, 2010, 518 pp. *Minerva* 50(4): 533–537.
- Grevsmühl SV (2014) The Creation of Global Imaginaries: The Antarctic Ozone Hole and the Isoline Tradition in the Atmospheric Sciences. In: Schneider B and Nocke T (eds) *Image Politics of Climate Change: Visualizations, Imaginations, Documentations*. Image. Bielefeld: Transcript, pp. 29–53.
- Grittmann E (2014) Between Risk, Beauty and the Sublime: The Visualization of Climate Change in Media Coverage during COP 15 in Copenhagen 2009. In: Schneider B and Nocke T (eds) *Image Politics of Climate Change: Visualizations, Imaginations, Documentations*. Image. Bielefeld: Transcript, pp. 127–151.
- Grundmann R and Scott M (2014) Disputed climate science in the media: Do countries matter. *Public Understanding of Science* 23(2): 220–235.
- Grunow D (2011) Soziale Dienste als „Öffentliches Gut“. In: Evers A, Heinze RG, and Olk T (eds) *Handbuch Soziale Dienste*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, pp. 229–244.
- Guzzini S (2011) Securitization as a causal mechanism. *Security Dialogue* 42(4–5). London, England: SAGE Publications: 329–341.
- Hackmann H, Moser SC and St. Clair AL (2014) The social heart of global environmental change. *Nature Climate Change* 4(8): 653–655.

- Hajer MA (2012) A media storm in the world risk society: enacting scientific authority in the IPCC controversy (2009-10). *Critical Policy Studies* 6(4): 452–464.
- Hayes J and Knox-Hayes J (2014) Security in Climate Change Discourse: Analyzing the Divergence between US and EU Approaches to Policy. *Global Environmental Politics* (14(2)): 82–101.
- Henke CR and Gieryn TF (2008) Sites of Scientific Practice: The Enduring Importance of Place. In: Hackett EJ (ed.) *The Handbook of Science and Technology Studies*. Third Edition. Cambridge, Mass. : MIT Press : Published in cooperation with the Society for the Social Studies of Science, pp. 353–376.
- Holbraad M and Pedersen MA (2012) Revolutionary securitization: an anthropological extension of securitization theory. *International Theory* 4(2). Cambridge University Press: 165–197.
- Hulme M (2011) Reducing the Future to Climate: A Story of Climate Determinism and Reductionism. *Osiris* 26(1): 245–266.
- Initiative Wachstum im Wandel (n.d.) Umweltbundesamt veröffentlicht Klimaschutzbericht – Wachstum im Wandel. Available at: <https://wachstumimwandel.at/umweltbundesamt-veroeffentlicht-klimaschutzbericht/> (accessed 20 October 2020).
- Jäger M (2010) Diskursanalyse. In: Becker R, Kortendiek B, and Budrich B (eds) *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung: Theorie, Methoden, Empirie*. 3., erw. und durchges. Aufl. Geschlecht & Gesellschaft 35. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss, pp. 386–391.
- Jäger M and Jäger S (2007) *Deutungskämpfe: Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. DOI: 10.1007/978-3-531-90387-3.
- Jäger S (2015) *Kritische Diskursanalyse: eine Einführung*. 7., vollst. überarb. Aufl.. Edition DISS 3. Münster: Unrast.
- Jasanoff S (2010) Testing Time for Climate Science. *Science* 328(5979): 695–696.
- Jasanoff S and Kim S-H (2009) Containing the Atom: Sociotechnical Imaginaries and Nuclear Power in the United States and South Korea. *Minerva* 47(2). Dordrecht: Springer Netherlands: 119–146.
- Jones MD and Song G (2014) Making Sense of Climate Change: How Story Frames Shape Cognition. *Political Psychology* 35(4): 447–476.
- Kenix LJ (2011) *Alternative and Mainstream Media: : The Converging Spectrum*. London: Bloomsbury Academic, Bloomsbury Publishing.
- Konrad K, van Lente H, Groves C, et al. (2017) Performing and Governing the Future in Science and Technology. In: Felt U, Fouché R, Miller CA, et al. (eds) *The Handbook of Science and Technology Studies. Forth Edition*. Fourth Edition. Cambridge, Massachusetts: The MIT Press, pp. 465–493.

- Lal PN, Mitchell T, Aldunce P, et al. (2012) National systems for managing risks from climate extremes and disasters. In: Field CB, Barros V, Stocker TF, et al. (eds) *A Special Report of Working Groups I and II of the Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)*. Cambridge, New York: Cambridge University Press, pp. 339–392.
- Lavell A, Oppenheimer M, Hess J, et al. (2012) Climate Change: New Dimensions in Disaster Risk, Exposure, Vulnerability, and Resilience. In: Field CB, Barros V, Stocker TF, et al. (eds) *Managing the Risks of Extreme Events and Disasters to Advance Climate Change Adaptation. A Special Report of Working Groups I and II of the Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)*. Cambridge, New York: Cambridge University Press, pp. 25–64.
- Link J (2003) Zum Anteil der Diskursanalyse an der Öffnung der Werke: Das Beispiel der Kollektivsymbolik.
- Link J (2010) Was die Diskursanalyse zur praktischen Soziologie beitragen kann Das Beispiel des Normalismus und der Normalisierung der Krise. *Sozialwissenschaften und Berufspraxis* (2). Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft mbH: 270–276.
- Lövbrand E, Stripple J and Wiman B (2009) Earth System governmentality. *Global Environmental Change* 19(1): 7–13.
- Lövbrand E, Beck, Silke, Chilvers, Jason, et al. (2015) Who speaks for the future of Earth? How critical social science can extend the conversation on the Anthropocene. *Global Environmental Change* 32: 211–218.
- Mahony M and Hulme M (2014) The Color of Risk: Expert Judgement and Diagrammatic Reasoning in the IPCC's 'Burning Embers'. In: Schneider B and Nocke T (eds) *Image Politics of Climate Change: Visualizations, Imaginations, Documentations*. Image. Bielefeld: Transcript, pp. 105–124.
- McDonald M (2012) The Failed Securitization of Climate Change in Australia. *Australian Journal of Political Science* (47(4)): 579–592.
- McDonald M (2013) Discourses of climate security. *Political Geography* (33): 42–51.
- McNeil M, Arribas-Ayllon M, Haran J, et al. (2017) Conceptualizing Imaginaries of Science, Technology, and Society. In: Felt U, Fouché R, Miller CA, et al. (eds) *The Handbook of Science and Technology Studies. Fourth Edition*. Fourth Edition. Cambridge, Massachusetts: The MIT Press, pp. 435–463.
- Meierding E (2015) Disconnecting climate change from conflict. A methodological proposal. In: O'Lear S and Dalby S (eds) *Reframing Climate Change: Constructing Ecological Geopolitics*. Abingdon, Oxon, New York: Routledge, pp. 52–66.
- Mody CCM and Kaiser D (2008) Scientific Training and the Creation of Scientific Knowledge. In: Hackett EJ (ed.) *The Handbook of Science and Technology Studies*. Third Edition. Cambridge, Mass. : MIT Press : Published in cooperation with the Society for the Social Studies of Science, pp. 377–402.

- Moernaut R, Mast J and Pauwels L (2018) Working Mechanically or Organically?: Climate change journalist and news frames in mainstream and alternative media. *Journalism Practice* 12(10). Routledge: 1311–1331.
- Nerlich B (2012) 'Low carbon' metals, markets and metaphors: the creation of economic expectations about climate change mitigation. *Climatic Change* 110(1–2). Dordrecht: Springer Netherlands: 31–51.
- Nocke T (2014) Images for Data Analysis: The Role of Visualization in Climate Research Processes. In: Schneider B and Nocke T (eds) *Image Politics of Climate Change: Visualizations, Imaginations, Documentations*. Image. Bielefeld: Transcript, pp. 55–77.
- Nyman J and Zeng J (2016) Securitization in Chinese climate and energy politics. *Wiley Interdisciplinary Reviews: Climate Change* (7(2)): 301–313.
- Oels A (2015) Resisting the climate security discourse. Restoring 'the political' in climate change politics. In: O'Lear S and Dalby S (eds) *Reframing Climate Change: Constructing Ecological Geopolitics*. Abingdon, Oxon, New York: Routledge, pp. 188–202.
- Oels A and Von Lucke F (2015) Failed Securitization or Changing Security Conceptions: Is the Copenhagen School Helpful when Analyzing Climate Change? *Zeitschrift fur Internationale Beziehungen* 22(1): 43–70.
- O'Lear Shannon and Dalby S (2015) Reframing the climate change discussion. In: O'Lear S and Dalby S (eds) *Reframing Climate Change: Constructing Ecological Geopolitics*. Abingdon, Oxon, New York: Routledge, pp. 1–13.
- Ottinger G, Brandiarán J and Kimura AH (2017) Environmental Justice: Knowledge, Technology, and Expertise. In: Felt U, Fouché R, Miller CA, et al. (eds) *The Handbook of Science and Technology Studies. Fourth Edition*. Fourth Edition. Cambridge, Massachusetts: The MIT Press, pp. 1029–1057.
- Pollock N and Williams R (2010) The business of expectations: How promissory organizations shape technology and innovation. *Social Studies of Science* 40(4). London, England: SAGE Publications: 525–548.
- Ramírez R and Selin C (2014) Plausibility and probability in scenario planning. *foresight* 16(1). Emerald Group Publishing Limited: 54–74.
- Roe P (2012) Is securitization a 'negative' concept? Revisiting the normative debate over normal versus extraordinary politics. *Security Dialogue* 43(3). London, England: SAGE Publications: 249–266.
- Ross AS and Rivers DJ (2019) Internet Memes, Media Frames, and the Conflicting Logics of Climate Change Discourse. *Environmental Communication* 13(7). Routledge: 975–994.
- Rothe D (2016) *Securitizing Global Warming: A Climate of Complexity*. Routledge Studies in Resilience. London ; New York: Routledge.

- Russill C (2015) The climate of communication. From detection to danger. In: O'Lear S and Dalby S (eds) *Reframing Climate Change: Constructing Exological Geopolitics*. Abingdon, Oxon, New York: Routledge, pp. 31–51.
- Sahu AK (2011) Securitization of climate change: A case study of India's National Action Plan on Climate Change (NAPCC). *IUP Journal of History and Culture* (5(4)): 25–40.
- Schäfer MS, Scheffran J and Penniket L (2016) Securitization of media reporting on climate change? A cross-national analysis in nine countries. *Security Dialogue* (47(1)): 76–96.
- Schaffrin A, Sewerin S and Seubert S (2014) The innovativeness of national policy portfolios – climate policy change in Austria, Germany, and the UK. *Environmental politics* 23(5). Informa UK Limited, Routledge: 860–883.
- Schneider B and Nocke T (2014) Image Politics of Climate Change: Introduction. In: Schneider B and Nocke T (eds) *Image Politics of Climate Change. Visualisations, Imaginations, Documentations*. Image. Bielefeld: Transcript, pp. 9–25.
- Schneider B, Nocke T and Feulner G (2014) Twist and Shout: Images and Graphs in Skeptical Climate Media. In: Schneider B and Nocke T (eds) *Image Politics of Climate Change: Visualizations, Imaginations, Documentations*. Image. Bielefeld: Transcript, pp. 153–186.
- Schuldt JP and Roh S (2014) Media Frames and Cognitive Accessibility: What Do 'Global Warming' and 'Climate Change' Evoke in Partisan Minds? *Environmental Communication* 8(4). Routledge: 529–548.
- Scott SV (2012) The Securitization of Climate Change in World Politics: How Close have We Come and would Full Securitization Enhance the Efficacy of Global Climate Change Policy? *Review of European Community & International Environmental Law* (21(3)): 220–230.
- Shapin S (2012) The sciences of subjectivity. *Social Studies of Science* 42(2). London, England: SAGE Publications: 170–184.
- Shove E (2010) Social Theory and Climate Change. *Theory, Culture & Society* 27 (2–3): 277–288.
- Spaargaren G (2011) Theories of practices: Agency, technology, and culture: Exploring the relevance of practice theories for the governance of sustainable consumption practices in the new world-order. *Global Environmental Change* 21 (3): 813–822.
- Steuer R (1999) Klimaschutzpolitik in Österreich. Bilanz der 1990er Jahre und Ausblick. *SWS-Rundschau* 39(3): 197–219.
- Stoddart MCJ, Haluza-Delay R and Tindall DB (2016) Canadian News Media Coverage of Climate Change: Historical Trajectories, Dominant Frames, and International Comparisons. *Society & Natural Resources* 29(2): 218–232.

- Stritzel H (2011) Security, the translation. *Security Dialogue* 42(4–5). London, England: SAGE Publications: 343–355.
- Thomas MD (2015) Climate securitization in the Australian political–military establishment. *Global Change, Peace & Security* (27(1)): 97–118.
- Tierney K (2012) Disaster Governance: Social, Political, and Economic Dimensions. *Annual Review of Environment and Resources* 37(1): 341–363.
- Umweltbundesamt (2017) *Klimaschutzbericht 2017*. Wien.
- Umweltbundesamt (2018) *Klimaschutzbericht 2018*. 2. korrigierte Auflage. Wien.
- Umweltbundesamt (2019) *Klimaschutzbericht 2019*. Wien.
- Umweltbundesamt (2020) *Klimaschutzbericht 2020*. Wien: Umweltbundesamt.
- Umweltbundesamt (n.d.) Über uns. Available at: <https://www.umweltbundesamt.at/ueber-uns> (accessed 20 October 2020).
- Umweltbundesamt (n.d.b.) Akkreditierte Inspektionsstelle. Available at: <https://www.umweltbundesamt.at/klima/emissionsinventur/emi-akkreditierung> (accessed 26 October 2020).
- UNFCCC (2020) What is the United Nations Framework Convention on Climate Change? | UNFCCC. Available at: <https://unfccc.int/process-and-meetings/the-convention/what-is-the-united-nations-framework-convention-on-climate-change> (accessed 11 August 2020).
- Vogel KM, Balmer B, Weiss Evans S, et al. (2017) Knowledge and Security. In: Felt U, Fouché R, Miller CA, et al. (eds) *The Handbook of Science and Technology Studies. Fourth Edition*. Fourth Edition. Cambridge, Massachusetts: The MIT Press, pp. 973–1001.
- Wæver O (2011) Politics, security, theory. *Security Dialogue* Pram Gad U and Lund Petersen K (eds) 42(4–5): 465–480. DOI: 10.1177/0967010611418718.
- Walsh L (2014) ‘Tricks,’ Hockey Sticks, and the Myth of Natural Inscription: How the Visual Rhetoric of Climategate Conflated Climate with Character. In: Schneider B and Nocke T (eds) *Image Politics of Climate Change: Visualizations, Imaginations, Documentations*. Image. Bielefeld: Transcript, pp. 81–104.
- Warner J and Boas I (2017) Securitisation of climate change: The risk of exaggeration. *Ambiente e Sociedade* (20(3)): 203–224.
- Williams MC (2011) Securitization and the liberalism of fear. *Security Dialogue* 42(4–5). London, England: SAGE Publications: 453–463. DOI: 10.1177/0967010611418717.
- WMO (2015) A History of Climate Activities. Available at: <https://public.wmo.int/en/bulletin/history-climate-activities> (accessed 11 August 2020).

- Wrobel M and Reusser D (2014) Towards an Interactive Visual Understanding of Climate Change Findings on the Net: Promises and Challenges. In: Schneider B and Nocke T (eds) *Image Politics of Climate Change: Visualizations, Imaginations, Documentations*. Image. Bielefeld: Transcript, pp. 187–210.
- Yearly S (2008) Nature and the Environment in Science and Technology Studies. In: Hackett EJ (ed.) *The Handbook of Science and Technology Studies*. Third edition. Cambridge, Mass.: MIT Press: Published in cooperation with the Society for the Social Studies of Science, pp. 921–944.

8. Anhang

8.1. Zusammenfassung

Klimawandel ist ein bedeutendes politisches Thema. Dieses wird in den letzten Jahren als Risiko gesehen und in weiterer Folge aus einer sicherheitspolitischen Perspektive verhandelt. In dieser Arbeit wurde diese Tendenz durch den Begriff *Securitization* beschrieben. Zudem war die Frage vordergründig, wem die Verantwortung zugeschrieben wird, auf den Klimawandel zu reagieren. Im Gegensatz zu vielen Beispielen auf globaler Ebene kann in Österreich nicht von *Securitization* des Klimawandels in Bezug auf die nationale Sicherheit ausgegangen werden. Im Gegensatz dazu gibt es zumindest leichte *Securitization*-Tendenzen, indem der Klimawandel im österreichischen Diskurs zumindest teilweise als Sicherheitsrisiko auf internationaler Ebene begriffen wird.

Diese Masterarbeit leistet einen Beitrag, um zu verstehen, wieso gewisse Themen, die als Sicherheitsrisiko dargestellt werden, sofort und mittels „außergewöhnlicher“ Maßnahmen bekämpft werden, auf andere wie den Klimawandel, die ebenso als unausweichliche Bedrohung dargestellt werden, hingegen kaum reagiert wird. Zum einen liegt dies wohl an einer viel drastischeren Form von *Securitization*, als dies beim Klimawandel der Fall ist. Zum anderen geht dies darauf zurück, dass die Verantwortlichkeiten, wer auf den Klimawandel zu reagieren hat, nicht klar festgelegt sind. Durch eine derartig unklare Aufteilung und der Einbeziehung nahezu aller Individuen auf diesem Planeten ist es beispielsweise von staatlicher Seite einfacher, Verantwortung „abzugeben“, obwohl dieser sämtliche Abkommen und Verträge unterzeichnet und somit in gewisser Weise als zuständig erachtet werden könnte, auf den Klimawandel zu reagieren.

8.2. Abstract

Climate change is one of the top political issues. In recent years, it has been represented as a risk and has been subsequently negotiated from a security policy perspective. In this thesis, this tendency was described by the term *securitization*. In addition, the primary question was who is found responsible to handle climate change. In contrast to many examples on a global level, climate change is not *securitized* in Austria in relation to national security. Rather, there are slight *securitization* tendencies in connection with international security.

This master thesis contributes to the understanding of why certain topics, which are presented as security risks, are fought immediately and by means of “extraordinary” measures, whereas others, such as climate change, which are also presented as an unavoidable threat, are hardly reacted to at all. On the one hand this is likely because a much more drastic form of *securitization* occurs than it is the case in connection with climate change. On the other hand, this is due to the fact that the responsibilities in relation to climate change are not clearly defined. With such an unclear division and the involvement of almost all individuals on the planet, it is easier for the state to “hand over” responsibility, even though it could sign all agreements and treaties and thus be considered in some way responsible for responding to climate change.